PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 40 000 – Redaktion: Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/75 20 14 - Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Nr. 18 909 05, oder: PSchA Karlsruhe Nr. 958 37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, 16. März 1976, fertiggestellt.

18. März 1976 Jg. 4 Nr. 11 50 Pfennig



Streikversammlung auf dem Hof von Hoesch Rothe Erde in Eckesey. Seite 5

Poker um Polenverträge

Tag für Tag mußte man in der letzten Woche am Fernsehschirm ein übles Schauspiel ansehen: Die bürgerlichen Parteien pokerten im Auftrag des westdeutschen Imperialismus gegen die polnische Regierung. Im Topf befanden sich die polnische Souveränität, ein paar Millionen Rentengelder und Kredite sowie über hunderttausend Menschen, die aus Polen in die BRD ausreisen wollen. Über die Kredite und die Menschen war bereits vorher entschieden. Geld und Menschen sollten die Hände wechseln. Damit sie aber die Hände wechseln konnten, ging es für die westdeutschen Imperialisten darum, wieviel Stück polnischer Souveränität sie noch mit ergattern können. In diesem Poker um die polnische Souveränität ist der westdeutsche Imperialismus mit zwei Spielern aufgetreten, die innenpolitisch gegeneinander spielten, außenpolitisch gegen die polnische Regierung jedoch zusammenspielten. Das Spiel hat sich für den westdeutschen Imperialismus ziemlich gelohnt. Mit seinen Krediten wird er in Polen weiter Fuß fassen. Die Grenzen Polens anerkennt er nach wie vor nicht, wenn er auch bereits früher bestätigt hat, sie gegenwärtig nicht gewaltsam zu ändern. Für die Kredite an den polnischen Staat und die Rentengelder, auf die ein Teil der polnischen Bevölkerung seit je rechtlich einen Anspruch hat, hat er die poolnische Regierung ziemlich nach seiner Pfeife tanzen lassen. Völkerrechtlich und diplomatisch ganz ungewöhnliche Machenschaften hat die polnische Regierung in verschiedenen Wellen über sich ergehen lassen müssen, bevor die CDU/CSU dem Vertrag im Bundesrat schließlich zustimmte. Zuletzt ging es um das Wörtchen „können“. Ob über die 125 000 zugesagten Leute hinaus „weitere Ausreisegenehmigungen erteilt werden können“. An sich ist das Sache des polnischen Staates. Schon das „können“ ist ein ziemlicher Abstrich an der Souveränität Polens, da die ganze Frage mit dem fraglichen Vertrag an sich nichts zu tun hatte. Das „können“ war der CDU/CSU zuviel. Schließlich haben es die Polen gestrichen. Vertraglich sind sie damit nicht wesentlich enger gebunden, aber die Einmischungsmöglichkeiten des westdeutschen Imperialismus und die Möglichkeit, mit dem polnischen Staat Streit vom Zaun zu brechen, sind beträchtlich erhöht worden. Aus jeder verweigerten Ausreise können die westdeutschen Imperialisten jetzt einen diplomatischen Streit machen, und letzten Endes kann alles, was zu einem diplomatischen Streit Anlaß gibt, auch zu einem militärischen Streit Anlaß geben. Polen ist wieder offen, wenn auch erst ein Stückchen. Das war der Zweck des Pokers. Die CDU/CSU wollte sogar gleich über die Ausreisegenehmigungen selber entscheiden. Dahin haben sie's noch nicht gebracht.

Die Sowjetunion, diese sozialimperialistische Macht, die Polen unter ihrer Oberhoheit hält, hat die Zustimmung des Bundesrats inzwischen begrüßt. Ihr zählt die polnische Souveränität ohnehin einen Dreck. In der Konkurrenz um Einfluß mit dem BRD-Imperialismus verläßt sie sich darauf, die stärkeren Trümpfe in der Hand zu haben.

Das polnische Volk ist ein freiheitsliebendes Volk. Das würdelose Schauspiel seiner Regierung wird es verletzt haben. Das deutsche Volk aber darf niemals glauben, daß der Imperialismus die Versöhnung der Völker wolle, wie die bürgerlichen Politiker behaupten. Es geht ihm um Profite und Herrschaft.

Tarifauseinandersetzungen

Die Kapitalisten können geschlagen werden

„Einen Schritt zurück – zehn vor“ überschreibt die Bild-Zeitung einen Kommentar vom Donnerstag letzter Woche. Gemeint ist, die Arbeiter sollen einen Schritt zurück machen, damit die Kapitalisten zehn Schritte nach vorn machen. Die Arbeiter sollen sich ans Hungern gewöhnen, damit die Kapitalisten ihren Heißhunger nach profitablen Weltmarktanteilen befriedigen können. Bezogen ist der Satz auf die Arbeitslosen, die durch die pure Not gezwungen sind, „einen Job anzunehmen, bei dem sie weniger verdienen als an ihrem alten Arbeitsplatz“.

Höhnisch stellt die Bild-Zeitung fest: „Bevor also Bonn mit einem Gesetz gekommen ist, das die Arbeitslosen zwingt, *jede* ihnen nachgewiesene Arbeit anzunehmen, haben die Arbeitslosen reagiert. Sie haben vernünftig reagiert – und bescheiden.“

Gemeint sind mit diesem Kommentar nicht nur die Arbeitslosen, sondern alle Arbeiter: Sie sollen dem ökonomischen Zwang des Arbeitsmarktes folgen und ihre Arbeitskraft verschleudern, bevor sie die herrschende Klasse mit offener politischer Gewalt zwingt, Arbeitskraft und Leben den Imperialisten zu opfern. „Bescheiden“ einen Schritt zurück machen, damit die Imperialisten zehn Schritte in die Welt hinaus machen können, dahin möchte die herrschende Kapitalistenklasse die Arbeiter gerade in der jetzigen Lohnauseinandersetzung bekommen. Bereits heute ist der Anteil der Lohnsumme am Bruttosozialprodukt in der BRD so niedrig wie in keinem anderen europäischen Land und ist der Anteil der Lohnkosten an den Produkten teilweise um ein Mehrfaches niedriger als in den anderen europäischen Ländern. Die EG-Kommission hat gerade die Zahlen veröffentlicht und in diesen Zahlen steckt das Erfolgsgeheimnis der deutschen Imperialisten. Keiner kann ihnen den Rang ablaufen, was die Ausbeutung der Arbeitskraft betrifft. Aber es reicht ihr nicht. Weiter Lohnabbau ist ihr Ziel, und mit Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und der sozialdemokratischen Politiker ist sie dabei, dieses Ziel zu erreichen. Am gleichen Tag, wo der schön dreinschauende Steinkühler die Kampfkraft der baden-württembergischen Metallarbeiter für ein Linsengericht verkauft hat, sind die neuesten Zahlen für die Steigerung der Nahrungsmittelpreise herausgekommen. Sie sind in einem Jahr um 7 Prozent gestiegen. Steinkühler aber preist den 5,4-Prozent-Abschluß als „fairen Kompromiß“ an. Kompromiß zwischen wem und wem? Für die unteren Lohngruppen bedeutet dieser Abschluß den Schritt zurück, den die Bild-Zeitung fordert, und dieser Schritt führt ins Elend. Die Löhne reichen hier nicht weiter als zu den Nahrungsmitteln, und die allein sind bereits schneller gestiegen als der Lohn. Der aber wird zusätzlich durch die staatliche Abgabenzange geplündert. Von der immer heftigeren Auspressung der Arbeitskraft gar nicht zu reden. Direkte Verelendung, darauf läuft es hinaus, wenn die Sozialdemokraten in der Lohnauseinandersetzung gegen die Kapitalisten die Führung inne haben und „faire Kompromisse“ schließen. Daß es in diesen Lohnauseinandersetzungen um einen Kampf direkt gegen die Verelendung geht, das wissen die Arbeiter und Angestellten gut, und sie handeln entsprechend. In allen Bereichen fordern die Arbeiter vor allem Festgeldforderungen, wie jetzt nach dem öffentlichen Dienst und der Druckindustrie auch die Chemiearbeiter. Aber nur im öffentlichen Dienst ist es richtig gelungen, die Festgeldforderung gegen die Sozialdemokraten durchzusetzen. In der IG Druck ist ebenfalls eine Festgeldforderung durchgesetzt worden, wenn auch durch die Sozialdemokratie verpackt und nicht als Mindestforderung. Die Tarifkommission Hessen der IG Chemie hat wieder entgegen dem erklärten Willen vieler Mitglieder eine Mischforderung mit 5 Prozent und 50 DM aufgestellt. Das Wichtigste seien die Prozente.

Die Arbeiter und Angestellten wissen, warum sie immer bewußter für die Festgeldforderungen eintreten: Sie stärken die Einheit, weil sie nach unten eine Schranke gegen die direkte Verelendung ziehen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer fürchten die Festgeldforderungen, weil sie die Selbständigkeit der Arbeiter und Angestellten fürchten, die sich auf solch einheitlicher Forderung gut entwickeln kann. Die Kapitalisten aber und ihr Staat lehnen, wie Maihofer sagt, die Festgeldforderungen „aus Prinzip“ ab. Sie wissen, ihre Pläne sind zum Scheitern verurteilt, wenn die Arbeiter und Angestellten sich zusammenschließen und damit beginnen, die Fesseln sozialdemokratischer Lohn- und Gewerkschaftspolitik zu sprengen.

In dieser Tarifauseinandersetzung haben sie schon oft einen Eindruck bekommen, welche Kraft die Arbeiter entfalten können, auch in der gegenwärtigen Situation auf dem Arbeitsmarkt entfalten können. Hat diese Situation die Metallarbeiter am Streik gehindert oder hindert sie sie am Streik? Nicht durch die Lage am Arbeitsmarkt einfach wird der Kampf zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern in der Lohnauseinandersetzung entschieden, sondern durch die Be-

Fortsetzung Seite 2

Libanon: Die Reaktion ist angeschlagen

Libanon: Neue Kämpfe

Der Bürgerkrieg im Libanon ist erneut entbrannt. Staatspräsident Frandschieh hat sich in seine befestigte Villa auf einem Hügel Beiruts, die ihm als Fluchtburg dient, zurückziehen müssen. Sein Rücktritt wird verlangt. Frandschieh ist der Präsident der Reichen. Unterstützt wird er von Camille Chamoun und dessen Privatarmee. Dieser hat 1958 den US-Imperialismus zur Invasion im Libanon eingeladen.

Lange konnte der Waffenstillstand, und um mehr hat es sich seit Februar nicht gehandelt, nicht halten. Keine der Forderungen der Massen wurde erfüllt. Das „Programm der nationalen Aktion“, das Frandschieh am 14. Februar verkündete und das den Bürgerkrieg beenden sollte, hat sich darauf beschränkt, daß die Machtbefugnisse des Präsidenten etwas beschränkt, die Rechte des Parlaments ihm gegenüber etwas erweitert werden. Mehr nicht. Für die Massen ein Hohn.

In der Zwischenzeit ist eingetreten, was die Reaktionäre und ihre imperialistischen Hintermänner fürchteten, für das Voranschreiten des Kampfes der Massen jedoch ausgezeichnet ist: Die Armee wird durch den Kampf zersetzt und in Teile zerbrochen. Sie ist 15 000 Mann stark. Ihr Zweck ist Niederhaltung der Massen, Schutz der Reichen. Sie wurde nicht zum Kampf gegen den zionistischen Besatzerstaat eingesetzt und nicht verwandt zur Verteidigung des Libanon sowie der Palästinenserlager gegen die Angriffe der Zionisten. Herausgebildet hat sich eine „Arabisch-Libanesische Armee“ unter Führung des Leutnant Chafib, deren erklärtes Ziel ist, gegen den Zionistenstaat gemeinsam mit den Palästinensern zu kämpfen. Sie soll 2 000 Mann stark sein. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. März)

Ein zweiter Teil schlägt sich offen auf die Seite der Christen, der Reichen. Ein dritter Teil steht unter Führung des Brigadegenerals Ahtab, der die Garnison in Beirut mit 1 000 Mann bildet und in den USA eine Polizeiausbildung erhalten hat. (Neue Zürcher Zeitung, 13. März) Er hat einen Militärputsch versucht. Dessen Ziele waren begrenzt auf den Austausch Frandschiehs und die Wahl eines neuen Staatspräsidenten binnen sieben Tagen.

Die libanesischen Arbeiter, Bauern und Fischer sind im langandauernden Bürgerkrieg gegen die Reaktion erwacht und haben sich bewaffnet. Ihre Forderungen sind nicht erfüllt. Sie wollen die nationale Unabhängigkeit des Libanon. Dies richtet sich gegen den Imperialismus und die mit ihm verfilzte libanesische Bourgeoisie. Sie wollen einen souveränen Staat, der sich einreiht in die arabische Front gegen den israelischen Besatzerstaat, gemeinsam mit dem palästinensischen Volk kämpft und es unterstützt. Ihre Ziele sind Volksdemokratie und selbständige Entwicklung des Landes. Ihr Kampf hat die herrschenden Klassen angeschlagen. Diese haben bis zu Beginn dieses Jahres die Armee weitgehend aus der Auseinandersetzung herausgehalten, weil sie um deren Zerbrechlichkeit wußten und sie lediglich im christlichen Offizierskorps eine feste Stütze hatten. Im Frühjahr mußten sie die Armee jedoch einsetzen. Resultat ist jetzt, daß sie tatsächlich am Zerbrechen ist.

Diese günstige Lage kann jedoch nicht genutzt werden, solange die Massen keine eigenständige Parteiorganisation haben, die sie führt und das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern herstellt. Sie stehen unter dem Einfluß der revisionistischen KP Libanons und anderer Organisationen, die ein gemeinsames Programm „Für eine Erneuerung des politischen Systems“ aufgestellt haben. Die Politik dieser Organisationen läuft unter der Flagge der „Erneuerung der Demokratie“, wobei gegenwärtig weder Demokratie existiert noch das politische System reformiert werden kann. Es ist ein bürokratischer Staatsapparat, der den herrschenden Klassen dient und die Besitzlosen und armen Klassen unterdrückt. Zur Verteidigung ihres Privateigentums unterhalten die Bourgeois und die Großgrundbesitzer starke Privatarmeen. Nicht einmal das Parlament ist demokratisch gewählt, noch hat es Macht.

Gefordert wird von diesem Programm die „Neuorganisierung der Armee auf demokratischer Grundlage“, wobei die Massen sich selber schon bewaffnen mußten, um gegen die Reaktion zu kämpfen.

Erneut wird verhandelt. Erneut hat sich die Regierung Syriens eingeschaltet, um einen Waffenstillstand zu erreichen. Die syrische Regierung fürchtet den selbständigen Kampf der Massen. Sie will jedoch die Einheit des Landes bewahren, um die Einmischungsmöglichkeiten der imperialistischen Mächte möglichst klein zu halten.

Die Reaktion ist angeschlagen, und ihr wichtigstes Instrument, die Armee, ist am Zerbrechen. Die Massen sind nicht zurückgeschlagen, haben jedoch keine einheitliche revolutionäre Führung. Die Lage ist also nicht entschieden. – (hjh)

Tarifauseinandersetzungen

Fortsetzung

wußtheit und Organisiertheit der Arbeiter. Die Arbeitslosigkeit, die der Kapitalismus hervorbringt wie der Krieg die Pest, hat die Arbeiter und Angestellten nicht desorganisiert. Das Bewußtsein über die Notwendigkeit des organisierten Kampfes steigt vielmehr. Nicht die Arbeitslosigkeit entwaffnet die Arbeiter, sondern die sozialdemokratische Politik. Sobald man das erkennt, weiß man auch, wie es weitergehen kann: Man muß sich von der sozialdemokratischen Politik befreien. Schon die bisherigen Streiks haben gezeigt: Als produzierende Klasse haben die Arbeiter auch dann schon eine große Macht, wenn sie sie noch nicht bewußt revolutionär einsetzen. Ein Zugeständnis an diese Macht, die die Kapitalisten fürchten müssen, selbst wenn sie noch durch die Sozialdemokraten gefesselt ist, steckt sogar in dem Metallabschluß in Baden-Württemberg. 110 Mark haben die Kapitalisten für die ersten drei Monate zugestanden, obwohl sie im November noch von 2 Prozent geschwärmt haben, um erst nach einigen Schlägen der organisierten Arbeiterschaft zunächst vier anzubieten und jetzt für den Rest des Jahres mit 5,4 Prozent rauskommen zu wollen. Diese 110 Mark zeigen, was die Metallarbeiter auf jeden Fall herausholen können, wenn es ihnen gelingt, den Ausverkauf durch die Gewerkschaftsführer vom Schlag eines Steinkühler zu verhindern. Die 110 Mark, Ergebnis bereits der bisherigen Streikbewegung, die über Warnstreiks noch nicht hinauskam, sind in den Augen der Kapitalisten der „Stein des Anstoßes", der nach Presseberichten die Anerkennung des Abschlusses durch Gesamtmetall verhindert hat. Ein sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer in Nordrhein-Westfalen soll diese 110 Mark laut „Die Welt" „unheimlich hoch" genannt haben. Damit zeigt er bloß, daß die Sozialdemokraten die Kampfkraft der Arbeiter nicht entfalten, sondern fesseln wollen und daß ihnen selbst dieses magere Zugeständnis an die bisherige Streikbewegung unheimlich ist. Die Sozialdemokraten treten in den Gewerkschaften gern als die Realisten auf und machen viel von ihrer angeblich umfassenden Lageeinschätzung daher. Bei dieser umfassenden Lageeinschätzung lassen sie die Kraft der Arbeiter bloß immer heraus, und sie haben mit dieser Kraft auch nicht mehr vor, als sie zu fesseln.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schreibt in einem Kommentar: „Beide Tarifpartner (und damit meint die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" die Kapitalisten und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer) stehen dieses Mal vor einer denkbar undurchsichtigen Situation." Was macht die gegenwärtige Tarifauseinandersetzung „undurchsichtig" für alle bürgerlichen Kräfte? Sie wissen nicht, wie weit es ihnen gelingen wird, das Proletariat in dieser Lohnauseinandersetzung noch weiterhin niederzuhalten. Noch ist überhaupt nichts entschieden, und auch der Steinkühlerstreich in Stuttgart hat nichts entschieden. Der Abschluß enthält in den 110 DM ein Stückchen Erfolg der Streikbewegung. Das macht ihn für die Kapitalisten außerhalb Baden-Württembergs unannehmbar. Mit seinen 5,4 Prozent, die einen Teil der Arbeiter direkt dem Elend ausliefern, ist er für die Arbeiter und Angestellten, für die Arbeiterklasse und alle Lohnabhängigen unannehmbar. Richtig verstanden, braucht einen dieser Lohnabschluß nicht zu entmutigen. Er zeigt den Arbeitern, wo der sozialdemokratische Ausverkauf hinführt: ins Elend. Er zeigt aber aber, daß sie selbst unter dem Druck der Arbeitslosigkeit viel werden erreichen können. wenn es ihnen nur gelingt, die Fesseln der Sozialdemokratie zu sprengen und sich auf Grundlage der eigenen Interessen zusammenzuschließen. Die Streikbewegung hat bisher verhindert, daß die Arbeiter zum Spielball der Kapitalisten werden. Die Fortsetzung und Stärkung dieser Streikbewegung und aller selbständigen Aktion kann die Fesseln der Sozialdemokratie sprengen, und dann kann die Arbeiterklasse mit den Kapitalisten Klartext sprechen. Das aber ist nötig. Denn die Kapitalisten sprechen Klartext: Die Arbeiter sollen jetzt zunächst einen Schritt zurück gehen, damit die Kapitalisten zehn Schritte voran gehen. Wird dieser Weg eingeschlagen, dann führt er ins Elend und über die Stärkung des Imperialismus in den Krieg. Wird dieser Weg abgeblockt, dann wird es der Arbeiterklasse leichter fallen, Schritt zu fassen in Richtung auf Befreiung von Kapitalismus und Imperialismus. In der ganzen letzten Woche ist an den verschiedensten Stellen die Streikbewegung fortgesetzt worden und nur selten auf einen Wink von oben. Zum ersten Mal seit drei Jahren haben die VW-Arbeiter wieder gestreikt. Schnell mußte Schmücker vom hohen Roß herunter und ein neues Angebot ankündigen. Die Frankfurter Postler haben ihre Aktionen fortgesetzt und haben zu Tausenden demonstriert (laut Fernsehnachrichten 3 000, nach Gewerkschaftszählungen 2 000). An zahlreichen Orten, sowohl in der Metallindustrie als im öffentlichen Dienst, wurden erneut selbständige Kampfaktionen durchgeführt. Die Situation bleibt, um mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" zu sprechen, „undurchsichtig". Man kann aber gut sehen, welchen Weg die Arbeiter und Angestellten fortsetzen müssen, um Klarheit zu schaffen. Für sich und den Feind.

Währungskrise

In der Nacht zum Montag hat die französische Regierung den Austritt Frankreichs aus der „Europäischen Währungsschlange" beschlossen. Am Montag wurden an der Frankfurter Devisenbörse für 100 Francs noch 54,55 DM bezahlt, wofür bis letzten Freitag noch mindestens 2 DM mehr bezahlt werden mußten. Die Krise des Franc ist Teil und Vorbote einer allgemeinen Währungskrise.

Die Europäische Währungsschlange war im April 1972 von Belgien, der BRD, Frankreich, Italien, Luxemburg und Niederlande gebildet worden. Im Mai traten Großbritannien und Dänemark bei. Sie bildete einen Block gegen die USA, für die der Zusammenbruch des Systems der fest an den Dollar gebundenen Wechselkurse (Bretton-Woods-System) 1971 einen schweren Schlag bedeutet hatte. Innerhalb der „Schlange" sollten Maßnahmen der Notenbanken für relativ feste Wechselkurse sorgen, während die Kursverhältnisse der „Schlange" insgesamt gegenüber dem Dollar und den anderen Währungen entsprechend Angebot und Nachfrage am Devisenmarkt schwanken sollten.

Die Austauschverhältnisse der verschiedenen Währungen zueinander drücken ein wirtschaftliches Verhältnis der Länder zueinander aus. Die bürgerliche Presse bezeichnet die Abwertung des Franc als bisher schwerste außenpolitische Niederlage der französischen Regierung. Ein Land, das seine Währung abwerten muß, macht sich damit für das Ausland billiger. Zwar begünstigt es auch seinen Export, wenn seine Waren für das Ausland billiger werden, aber es hat auch den Kunstgriff der Abwertung nötig, um überhaupt noch am Weltmarkt bestehen zu können. Und nach einer Abwertung kommen ihm seine Einfuhren wie z.B. Rohstoffe teurer und es muß zu ihrer Bezahlung und zur Bezahlung der rund 100 Milliarden Franc Auslandsschulden mehr als bisher produzieren und ausführen.

Um eine Abwertung zu verhindern, hat die französische Nationalbank im Januar 2 Milliarden Franc, im Februar 4 Milliarden und im März 8 Milliarden Franc ausländische Währung und damit 40 Prozent ihrer Devisenreserven verkauft. Jetzt mußte sie dies aufgeben.

Kaum tönt die Regierungspropaganda, die Krise sei nun vorbei, da schlägt sie als Währungskrise – produziert von den angeblichen Antikrisen-Maßnahmen – zurück. Zu Beginn des Jahres mußte Italien seine Devisenbörsen schließen und die Lira wurde inzwischen um runde 20 Prozent abgewertet; gleichzeitig mußte Spanien auf Druck der internationalen Konzerne abwerten; letzte Woche ist der Kurs des britischen Pfundes, der einstmals bei 20 DM lag, unter 5 DM gesunken und sinkt weiter. Nun wurde der Franc um 5 Prozent abgewertet und wird im Schwarzhandel schon 10 Prozent darunter gehandelt. Ebenfalls ist das türkische Pfund abgewertet, und bis diese Zeitung erscheint, haben wahrscheinlich Belgien und Dänemark auch abgewertet. Nahezu alle Währungen sinken im Wert, der Außenwert der DM gegen die Europäische Gemeinschaft ist seit Ende 1972 um über 20 Prozent gestiegen. Auch bei den Preissteigerungen liegt die BRD am Ende und putzt ihre Führung innerhalb Europas und ihre Konkurrenzstellung gegenüber den Supermächten heraus.

Den europäischen Konkurrenten soll es gehen wie Italien, das mit der Lira-Krise durch Kreditauflagen der USA und der BRD erpreßt wird. Der US-Schatzminister Simon teilte letzte Woche der italienischen Regierung die Auflagen mit und erklärte, „daß das Land Maßnahmen zur Korrektur der Strukturprobleme seiner Wirtschaft ergreifen müsse, sonst wäre eine Finanzhilfe weggeworfenes Geld". Mit Struktur ist die „Struktur" von Löhnen und Profiten gemeint. Wie Frankreich abgewertet hat, haben die Minister der Europäischen Gemeinschaft die Deutsche Bank beauftragt, unter ihrer Führung mit einem internationalen Bankenkonsortium einen Kredit für 1 Milliarde Dollar für Italien und 300 Millionen für Irland zu vermitteln. Es ist das größte je getätigte Kreditgeschäft, in dem die deutschen Großbanken das Rennen gemacht haben und mit dem sich das westdeutsche Finanzkapital ausländische Regierungen zum Schuldner macht. Die Kosten für die Kredite müssen von den Schuldnerländern erbracht werden. Die neuen Kredite sind lediglich dazu da, alte zurückzuzahlen.

Sie wurden benutzt, um die italienische Regierung auf einen noch schärferen Kurs gegen die Volksmassen zu verpflichten. Diese Woche noch will sie eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um bis zu 100 Prozent beschließen. Das so dem Volk abgepreßte Geld soll dazu dienen, „die Sozialkosten der Unternehmen zu vermindern" – also die Kapitalisten zu stopfen.

Die weltweite Wirtschaftskrise und der Zusammenschluß der Dritten Welt bringt die Imperialisten in Schwierigkeiten und treibt sie in schärfere Konkurrenz. Die Währungskrise ist Ausdruck davon, und es geht schon alles andere als friedlich zu.

An der Börse ist man mit seinem Staat zufrieden

Im Börsenreport der Wochenzeitung „Zeit" steht in Nr. 12/1976: „Anhaltender Beliebtheit erfreuen sich die Versorgungsaktien" von Kapitalgesellschaften wie RWE und Preussag. Die Profite und Aktienkurse dieser Energieerzeugungs-Konzerne steigen – „dies um so mehr, als es gelungen ist, überall Strompreiserhöhungen durchzusetzen", wozu bekanntlich viel Polizei nötig war. Der Stadt Hamburg wird nahegelegt, ihre Aktien der Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW), die dieses Jahr noch einen Extra-Bonus abwerfen, an die Kapitalisten zu verkaufen. Die „Millionenerlöse" aus diesem Verkauf sollen dann den Industriekapitalisten zugeschoben werden, „um Arbeitsplätez in der Hansestadt zu erhalten". Setzen sich jedoch umgekehrt die Volksmassen im Kampf gegen die Kapitalisten und ihren Staat durch, reagiert die Börse sauer: „Am wenigstens steigen übrigens die Papiere des Badenwerks, dessen Börsenimage durch die Ereignisse um das zunächst zurückgestellte Kernkraftwerk Wyhl mächtig gelitten hat." – (f., Frankfurt)

Ausplünderung

71,2 Milliarden DM Lohnsteuer haben die Kapitalisten letztes Jahr den Arbeitern und Angestellten beschlagnahmt. Das waren 14,6 Prozent der Bruttolohn- und -gehaltssumme. Damit steht nun amtlich fest, daß die groß hergeputzte Steuerreform ein Beschiß ist. Genau ein halbes Prozent weniger wurde vom Lohn abgezogen als im Jahr zuvor, aber fast doppelt soviel wie vor zehn Jahren. Damals waren es 8 Prozent, 1960 noch 6 Prozent. Jahr für Jahr wird durch die Steuer mehr vom Lohn geplündert. 35 Prozent aller Steuern waren 1975 Lohnsteuern. 1960 waren es noch 16 Prozent. (Zahlen laut Bundesbank)

Mehr Kaviar, Billigwurst schlechter

Der Verbrauch von Kaviar kletterte im Krisenjahr 1975 auf die Rekordhöhe von 36,8 Tonnen und lag damit um rund 30 Prozent über dem Absatz von 1974. Ebenso brachte es die feinere Welt auf einen Rekordverbrauch an Sekt. – Währenddessen führen die Eigentümer von Wurstfabriken einen heftigen Kampf um die Billigwurst, der sie gesundheitsgefährdendes Abfallfleisch und industriell hergestellten „Knochenputz" zusetzen. Das ist für die Einfachqualität von Koch- und Brühwurst erlaubt, nicht dagegen für die höheren Wurstqualitäten. Die Bundesanstalt für Fleischforschung sieht keinen Anlaß, das zu ändern. Sie sieht in der Verar-
das zu ändern. Sie sieht in der Verar-
beitung von großen Mengen keimanfälliger Fleischreste für Arme-Leute-Wurst einen „technischen Fortschritt". (Nach Süddeutsche Zeitung, 11. März,

Aufhebung des Wahlrechts

Eine Entscheidung über das Urlaubsgesuch des Genossen Hildebrandt, der weiterhin im Gefängnis Ludwigsburg inhaftiert ist, will die Anstaltsleitung erst dann fällen, wenn die Strafvollzugskammer über den Einspruch der Staatsanwaltschaft Heidelberg gegen die zwei Drittel Bewährung entschieden hat. Genosse Hildebrandt kandidiert für den KBW bei den Landtagswahlen Baden-Württemberg im Wahlkreis IV Stuttgart. Der Termin für die zwei Drittel Entlassung auf Bewährung war am 23. Februar. Die Entscheidung über die zwei Drittel Bewährung wird also willkürlich über den zwei Drittel Termin hinaus verschleppt. Und diese Willkür wird nun noch dazu benutzt, widerrechtlich eine Entscheidung über das Urlaubsgesuch zu unterlassen, was einer Aufhebung des passiven Wahlrechts gleichkommt, da es verhindern soll, daß Genosse Hildebrandt als Kandidat öffentlich den Wahlkampf führt. Darüberhinaus sind von der Anstaltsleitung Solidaritätserklärungen an den Genossen Hildebrandt einfach zurückgeschickt und ihm nicht ausgehändigt worden. Die Kommunistische Volkszeitung erhält er nur noch während der Wahlkampfzeit unter dem Vorbehalt, sie keinem Mitgefangenen zeigen noch mit irgendjemandem über ihren Inhalt sprechen zu dürfen. Für alle anderen Gefangenen besteht ein generelles Verbot für den Bezug der KVZ. Im Gefängnis exerziert die Justiz, was sie generell vor hat. Der Kommunismus läßt sich nicht verbieten, auch nicht im Gefängnis.

Das Ernährungssicherstellungsgesetz:

Das Ernährungssicherstellungsgesetz:

Kriegsvorbereitungen mit der Landwirtschaft

Hinter den Kulissen des bürgerlichen Staatsapparates laufen in diesen Monaten intensive Kriegsvorbereitungen. Unter strenger Geheimhaltung werden die Möglichkeiten des Ernährungssicherstellungsgesetzes (eines Teils der Notstandsgesetzgebung von 1965) in die Praxis umgesetzt.

Schon 1972 kam das „Weißbuch zur zivilen Verteidigung" zu dem Schluß, daß in Krisen- und Kriegszeiten die Versorgung mit Erzeugnissen der Ernährungs- und Landwirtschaft nicht dem „freien Marktgeschehen" überlassen bleiben könne. Man sah deshalb im Ernährungssicherstellungsgesetz umfassende Zwangs- und Lenkungsmaßnahmen vor:

Der Staat kann hiernach die gesamte Produktion und die Verteilung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Betriebsmitteln reglementieren. Er kann den Bauern vorschreiben, welche Früchte sie anzubauen haben und er kann Vorschriften erlassen über „... die Gewinnung, die Herstellung, die Erfassung, die Ablieferung, die Lieferung, den Bezug, die Zuteilung, die Verwendung, die Verlagerung, die zeitliche und räumliche Lenkung, die Bearbeitung, die Verarbeitung, die Verpackung und die Kennzeichnung der Erzeugnisse sowie die Haltung von Tieren" (§ 1, Abs. 2). Regierungsrat Krattenmacher kommentiert: „In Frage kommen z.B. Vorschriften über die Verpflichtung zur Einstellung einer bestimmten Anzahl von Milch-, Mast- oder Zugtieren; Vorschriften über die zu bevorzugenden Leistungsrassen; Vorschriften über die Festlegung des zulässigen Umfangs der Kleintierhaltung." (Kommentar, München 1967, S. 38). Diese Gängelung erstreckt sich bis auf Schrebergärten. Weitere Vorschriften regeln, wie der Produktionsprozeß zu verlaufen hat und welche Maschinen beispielsweise dabei zu verwenden sind. Maschinen, Treibstoffe, Dünger und andere Betriebsmittel werden nur gegen Bezugsschein verteilt.

Weiter wird der persönliche Verbrauch der Bauernfamilien festgelegt, für die darüberliegende Erzeugung besteht im Kriegsfall ein Ablieferungssoll. Ein höherer Selbstverbrauch wird als „unberechtigte Entnahme" bestraft und notfalls durch Beschlagnahme eingetrieben. Die Zahlungs- und Lieferbedingungen werden ebenso vom Staat festgelegt wie Preise, Kosten und Handelsspannen. Für 48 Stunden kann der Staat den Bauern und dem Handel jeglichen Verkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen verbieten. Die Verbraucher bekommen Lebensmittel ohnehin nur noch gegen Bezugsschein. Der Staat kann ferner Höfe „verwalten und umstellen" und Ernährungsbetriebe schließen und zusammenlegen. Auf Zuwiderhandlungen stehen bis zu 5 Jahren Gefängnis oder 100000 DM Geldstrafe.

All dies kann die Regierung sogar schon vor Kriegsbeginn durchführen: „Die Grenzen zwischen Frieden und Krieg sind nach den Erfahrungen der Gegenwart fließend. Bei der Beurteilung, ob eine Maßnahme Zwecken der Verteidigung dient, wird man daher nicht nur reguläre militärische Operationen im Auge haben dürfen. Die Voraussetzungen könnten u.U. auch bejaht werden müssen im Hinblick auf gelenkte subversive Tätigkeit irregulärer Kräfte, die von fremden Mächten gestützt den Bestand und die Sicherheit der Bundesrepublik in Frage stellen." (Kommentar, S. 35). Eine Versorgungsstörung braucht im übrigen nur zu „drohen", nicht erst einzutreten, – als Vorwand gelten hierbei „Betriebsausfälle, Verkehrsstörungen, Angst- und Hamsterkäufe" und „nicht marktgerechtes Verhalten der Marktbeteiligten" (S. 47). Wesentliche Bestimmungen gelten ohnehin nicht nur im Kriegsfall, sondern schon bei „Versorungskrisen".

Zur Durchführung all dieser Zwangsmaßnahmen ist bereits ein „Bundesamt für Ernährungs- und Forstwirtschaft" geschaffen worden. Es soll „Bestände, Erzeugung und Verbrauch" zentral feststellen und Versorgungs- und Bevorratungspläne aufstellen. Hierzu werden auf Landes-, Bezirks- und Kreisebene Ernährungsämter geschaffen. Diese bilden gegenwärtig sogenannte „Veranlagungsausschüsse", die die landwirtschaftlichen Ertragsverhältnisse der Landkreise einschätzen und das „Aufbringungssoll" auf die Dörfer und Höfe verteilen sollen. In diese Ausschüsse werden unter Vorsitz des Ernährungsamtsleiters Vertreter der Landwirtschaftskammern, Landwirtschaftsbehörden sowie des Verbraucher- und Bauernverbandes berufen, die im Kriegsfall auch bei der Durchführung mitwirken sollen. Die Tatsache, daß alle einer strengen Geheimhaltungspflicht unterliegen, zeigt den schmutzigen Charakter dieser Pläne überdeutlich: das Volk soll davon nichts erfahren! Erste Ergebnisse liegen bereits vor: Die Ernährungswirtschaftsmeldeverordnung vom September 75 schreibt vor, daß bis zum 31.3.76 alle Betriebe, die Nahrungs- und Futtermittel herstellen oder lagern, Angaben machen müssen über: Produktion, Lagerkapazität, Vorräte, Bestand und Bedarf an Arbeitskräften und Kraftfahrzeugen usw. Dies betrifft nicht nur Mühlen, Bäckereien, Zuckerfabriken, Molkereien, Schlachtereien, Brauereien, Futtermittelfabriken und Handel, sondern auch landwirtschaftliche Nebenbetriebe. Wer diese Auskunfts- und Meldepflicht verletzt, dem drohen 2 Jahre Gefängnis und bis zu 20000 DM Geldstrafe.

Es bleibt aber nicht nur bei Planung und Erfassung: Im Herbst 75 hat die Regierung eine straffe Marktordnungsstelle geschaffen. Neben den Aufgaben der „Marktordnung" (siehe KVZ 8/76) hat sie bereits jetzt eine „Verteidigungsreserve" zu halten. Im „Einsatzfalle" sollen beispielsweise in der Nähe dieser Lager die Feldbäckereien der Wehrbereichsverpflegungsämter eingerichtet werden.

Die bürgerliche Klasse bereitet sich gut vor auf den imperialistischen Krieg. Vorbereiten kann sie sich dabei nur durch Zwangsmaßnahmen gegen das Volk. Der Staatssekretär des Bundeskanzleramtes, von und zu Guttenberg, begründete 1965 die Notstandsverfassung damit, man müsse „auch in einer Krise Herr im eigenen Hause bleiben".

Daß die imperialistische Bourgeoisie nicht Herr im Land und über die Produktion bleibt, ist dagegen das Ziel der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und den breiten Volksmassen. „Gelingt es dem Proletariat nicht, einem weiteren imperialistischen Krieg durch die Revolution zuvorzukommen, so wird es zu seiner Aufgabe, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie zu verwandeln." (Programm des KBW) – (e)

Ägypten kündigt Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion

Vor der ägyptischen Volksversammlung hat Präsident Sadat erklärt, daß der im Mai 1971 auf fünfzehn Jahre mit der Sowjetunion abgeschlossene Freundschaftsvertrag aufgekündigt wird. Dies ist ein weiterer Schlag gegen den Sozialimperialismus, ein weiterer Schlag in der Beendigung der Abhängigkeit Ägyptens von der Sowjetunion.

Bereits 1972 hatte die ägyptische Regierung den Staat im Staat, die 20 000 Militärberater der Sowjetunion, aus Ägypten verjagt. In seiner Rede erklärte Präsident Sadat, daß die Sowjetunion eine großzügige Regelung der Rückzahlung der Schulden Ägyptens verweigere. „Sie verlangten sogar, ich solle Zins für die militärischen Schulden zahlen, obwohl es üblich ist, Kriegsschulden zu streichen." Er prangerte die unzureichenden Waffenlieferungen der Sowjetunion und deren schlechte Qualität an: „In einem Jahr oder in 18 Monaten werden alle Waffen in Ägypten nur noch Schrott sein. Im vergangenen Jahr sei nun eine sowjetische Waffenlieferung eingetroffen. Außerdem habe Moskau Ersatzteile geschickt, ‚die wir nicht brauchen'. Dutzende von Kampfflugzeugen hätten außer Dienst gestellt werden müssen, weil die Ersatzteile fehlten." (Die Welt, 16. März)

Insgesamt belaufen sich die Schulden Ägyptens gegenüber der Sowjetunion auf 11 Milliarden Mark. Diese Schulden sind durch ungleiche Verträge, ungleichen Tausch, durch übermäßig teure und in der Qualität schlechte Waffenlieferungen zustandegekommen. Für die Sowjetunion war all dies Mittel, um selber Profite zu erzielen, das Land in Abhängigkeit zu bringen und im Kampf gegen die andere Supermacht, die Sowjetunion, um Vorherrschaft im Nahen Osten einen Stützpunkt zu erringen.

Vermittelst der Waffenlieferung und der Kontrolle über den Gebrauch der Waffen wollte die Sowjetunion die Politik Ägyptens kontrollieren. Vor allem wollte sie gemeinsam mit der anderen Supermacht den Ausbruch des gerechten nationalen Befreiungskrieges gegen den zionistischen Aggressor verhindern. Die arabischen Völker, darunter das ägyptische, nahmen dies jedoch nicht hin. Sie wollten für die Rückeroberung der von den Zionisten besetzten Gebiete kämpfen und den Kampf fortsetzen bis zur Zerschlagung des Kolonialstaates Israel. Der Rausschmiß der sowjetischen Berater aus Ägypten hat so überhaupt erst die Bedingung für den Oktoberkrieg 1973 geschaffen, indem die arabischen Völker und Staaten die Situation von weder Krieg noch Frieden durchbrachen und dem Zionistenstaat schwere Schläge versetzten. Indem die Sowjetunion den Waffenersatz und den Nachschub an Ägypten blockierte, gelang es ihr im Zusammenspiel mit der anderen Supermacht, den Oktoberkrieg zu beenden, Israel zu retten und erneut die Situation von weder Krieg noch Frieden herzustellen.

In der Folgezeit nutzte die sozialimperialistische Supermacht die Schuldenlast Ägyptens aus, um es zu erpressen und erneut in Abhängigkeit zu bringen. Es gelang ihr aber nicht, die neugewonnene Selbständigkeit Ägyptens zu vernichten. Dies drückt sich in den Verhandlungen über die Schuldenfrage aus.

Vom 22. November bis 16. Dezember 1975 fanden zwischen der ägyptischen Regierung und der Sowjetunion Verhandlungen statt. Sie sind gescheitert aufgrund der räuberischen und erpresserischen Bedingungen dieser Supermacht. In den Verhandlungen hatte die ägyptische Regierung folgenden Vorschlag gemacht: zehn Jahre Zahlungsfreiheit für Ägypten; ratenweise Rückzahlung in den darauf folgenden 30 Jahren; Erlassung aller Zinsen der Schulden aus Krediten für militärische Zwecke. Dies lehnten die Unterhändler des Sozialimperialismus kategorisch ab. Gleichzeitig nutzten sie erneut die Unselbständigkeit der ägyptischen Wirtschaft aus und schlossen ein neues Handelsabkommen ab, das die Benachteiligung Ägyptens und die Bereicherung der Sowjetunion auf Kosten eines Landes der Dritten Welt fortsetzt: Das Volumen der ägyptischen Exporte in die Sowjetunion sollte sich auf 195 Millionen Pfund Sterling belaufen, der Import auf 125 Millionen Pfund Sterling. Die entstehende Differenz muß auf die Rückzahlung der Schulden angerechnet werden.

Diese imperialistische Politik der Sowjetunion in Ägypten hat eine lange Geschichte von fast zwei Jahrzehnten. Ungleicher Tausch und ungleiche Verträge wurden bereits 1958, 1960 und 1964 von den revisionistischen Sowjetführern gegenüber Ägypten praktiziert, das sich gleichzeitig verpflichten mußte, seine Baumwollernte an die Sowjetunion zu verkaufen. Genauso wie Kuba mit Zuckerprodukten und -export sollte das Land vollständig von der Sowjetunion abhängig gemacht und eine selbständige wirtschaftliche Entwicklung verhindert werden. Wie sich die Sowjetunion bereichert, zeigt folgender Bericht:

„In den vergangenen Jahren hat die Sowjetunion die Bedürfnisse ihres Imports aus den arabischen Ländern bei Baumwolle zu 80 Prozent gedeckt, bei Reis zu 55 Prozent, bei Zitrusfrüchten zu 77 Prozent, bei Baumwollfasern zu 100 Prozent und bei Wein zu 65 Prozent. Wie auch das Erdöl bezieht sie all diese Waren zu für die arabischen Länder sehr ungünstigen Preisen. Die arabische Presse schreibt, daß der gegenwärtige Erdöl- und Baumwollhandel zwischen der Sowjetunion und den arabischen Ländern zu dermaßen niedrigen Preisen erfolgt, daß Moskau sie gegen Devisen unter den normalen Preisen ihrer Exporteure wieder ausführt. Andererseits sind die von der Sowjetunion auf Kredit im Rahmen des üblichen Handels geschickten Waren nicht nur von einer sehr schlechten Qualität, sondern auch viel teurer als auf dem Weltmarkt. Zum Beispiel hat die Sowjetunion eine Tonne Gußeisen an Ägypten 214 Prozent teurer verkauft als an die BRD, eine Tonne Steinkohle zu 218 Prozent teurer." Eine ägyptische Zeitung schrieb unter Berufung „auf hohe ägyptische Persönlichkeiten, daß 20 Prozent der ägyptischen Industrie wegen des Mangels an Ersatzteilen und Rohstoffen, die aus der Sowjetunion kommen müßten, nicht mehr funktionstüchtig sind. Andere arabische Zeitungen schreiben, daß die Preise einer Reihe von Waren, die die Sowjetunion arabischen Ländern liefert, um 13 bis 100 Prozent teurer waren als auf dem Weltmarkt.

Gleichzeitig muß betont werden, daß diese Waren aus der Sowjetunion in Form ziemlich kurzfristiger Kredite mit hohem Zinssatz, der sich auf fünf bis sieben Prozent beläuft, geliefert werden. Das ist eine weitere zusätzliche Last zu der Preisdifferenz. Um ihre Vormachtstellung auf den Märkten der arabischen Länder zu verwirklichen, hat sich die Sowjetunion bemüht, ihr wichtigster Lieferant zu werden und daraufhin ihre Bedingungen zu diktieren, was ihr egoistische Kredite einbringt. So ist sie zum Hauptlieferant Ägyptens bei Steinkohle geworden, und zwar zu 95 Prozent der Menge, die Ägypten im vergangenen Jahr einführte, bei Holz zu 50 Prozent." (Radio Tirana, Ausgewählte Sendungen, Nr. 15/1975)

Die Kündigung des Abkommens registriert die bürgerliche Presse erfreut. Jetzt bestünden wieder „bessere Aussichten für den Westen". Sie setzten auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Ägyptens, die Ergebnis der imperialistischen Ausbeutung des Landes sind. Die gegenwärtig herrschende bürokratische Bourgeoisie kann aus eigener Kraft das Land nicht entwickeln, sondern ist angewiesen auf ausländisches Kapital und Kredite. Der BRD-Imperialismus hat seit 1972 über 700 Millionen Mark Kapital nach Ägypten exportiert. Japan hat seit 1973 rund 425 Millionen Mark ins Land gesteckt. Vor allem die andere Supermacht, die USA, macht sich erneut Hoffnungen.

Ägypten ist auf Nahrungsmittelimporte angewiesen, weil der Großgrundbesitz in Ägypten die Befriedigung der Bedürfnisse der breiten Volksmassen nicht garantieren kann. Deshalb wurde im März zwischen den USA und Ägypten ein erneutes Abkommen über die Lieferung von 500 000 Tonnen Weizen und Weizenmehl unterzeichnet. Die USA wollen an Ägypten Waffen liefern und versuchen daran die Bedingung zu knüpfen, daß der zionistische Staat weiter geschont wird.

Umgekehrt widersetzen sich die arabischen Länder mehr und mehr der imperialistischen Ausplünderung und Kontrolle. Die Regierung Ägyptens hat nicht nur den Kampf gegen die Beherrschung und Infiltration der Sowjetunion geführt. In letzter Zeit hat sie die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den arabischen Staaten entwickelt und Abkommen zur Förderung der Erdölproduktion geschlossen. Die Volksmassen Ägyptens wollen erst recht nicht, daß nach dem erfolgreichen Kampf gegen die eine Supermacht jetzt wieder die andere verstärkt an die Tür klopft und an deren Stelle tritt. Das ägyptische Volk hat bereits große Opfer im gerechten Kampf der gesamten arabischen Nation gegen Zionismus und Imperialismus gebracht. Im Oktoberkrieg haben die ägyptischen Massen, die ägyptische Armee bewiesen, welche Kraft sie im gerechten Befreiungskrieg gegen den Zionistenstaat besitzen. Diese Errungenschaften sind nicht mehr ohne weiteres rückgängig zu machen.

Dementsprechend dämpfte im Wirtschaftsteil der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" deren Ägypten-Korrespondent Helmensdorfer die Erwartungen. Angesichts ihrer Lebensverhältnisse müssen die Massen „von revolutionären Gefühlen einfach übermannt werden". Sadats „Politik der offenen Tür" habe Grenzen, die durch die Massen gesetzt werden: „Demonstrationen und Ausschreitungen in Port Said, Kairo und in den Textilwerken von Mehalla el Kubra im Nil-Delta waren alarmierende Signale für die Führung." Der gute Mann fürchtet den nationalrevolutionären Kampf, der die ägyptische Regierung zur Verteidigung der staatlichen Souveränität treibt und schließlich die nationale Befreiung und die Volksdemokratie erreichen wird. – (hjh)

Sozialimperialisten drohen mit Prager Erinnerungen

Die Zeitschrift „Nova Mysl" der tschechoslowakischen Revisionistenpartei hat nach dem XXV. Parteitag der KPdSU für nötig befunden, erneut den „Internationalismus" sozialimperialistischer Prägung zu erläutern und das Prinzip der „begrenzten Souveränität" der von der Sowjetunion als sozialistisch bezeichneten Länder. Das sozialistische Souveränitätsprinzip, so schreibt die Zeitschrift, „beschränkt sich nicht nur auf die formale Anerkennung der Unabhängigkeit, sondern umfaßt auch die Verpflichtung zum gemeinsamen Schutz der sozialistischen Errungenschaften. Die sozialistische Souveränität ist der Ausdruck unverbrüchlicher Freundschaft und gegenseitiger Hilfe der sozialistischen Länder." Die tschechoslowakische Zeitschrift weiß wovon sie redet: In ihrem Land stehen noch heute die Russenpanzer, die 1968 die „sozialistischen Errungenschaften" vor dem tschechoslowakischen Volk geschützt haben und unter deren besonderem Schutz wohl auch die besagte Zeitschrift erscheint. (Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. März)

Seerechtskonferenz:

Gegen die imperialistische Plünderung der Meere

schen Volk geschützt haben und unter deren besonderem Schutz wohl auch die besagte Zeitschrift erscheint. (Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. März)

Seerechtskonferenz:

Gegen die imperialistische Plünderung der Meere

Am Montag begann in New York die vierte Runde der „Dritten Seerechtskonferenz", auf der annähernd 3 000 Delegierte aus fast allen Ländern der Erde eine neue „Seerechtskonvention der Vereinten Nationen" aushandeln, die gültiges und für alle Staaten verbindliches Völkerrecht werden soll.

Diese Seerechtskonferenz ist von den Ländern der Dritten Welt durchgesetzt worden gegen die wachsende Ausplünderung der Meeresschätze durch ein paar imperialistische Mächte, die die Freiheit der Meere zu ihrem Besitz und Eigentumstitel gemacht haben. Insbesondere die beiden imperialistischen Supermächte haben die Weltmeere insgesamt zu ihrem Fischereigebiet, zu ihrem Rohstoffreservoir und zum Aufmarschgebiet ihrer Kriegsflotten gemacht, um den Völkern ihre Reichtümer zu rauben und ihre Unabhängigkeit zu bedrohen. Um welche Interessen es geht, kann man auch an der britischen Aggression gegen die isländischen Meeresgebiete sehen.

Der Kabeljaukrieg

Seit Beginn des „Kabeljaukrieges" Mitte November 1975 haben die etwa 30 britischen Fischtrawler unter dem Schutz von vier britischen Fregatten fast doppelt soviel Fisch aus den isländischen Gewässern geraubt wie in der gleichen Vorjahreszeit (20 500 Tonnen gegenüber 13 000 nach Süddeutsche Zeitung vom 2. März).

Der isländische Außenminister Einar Augustsson erklärte, daß Island zunächst die USA zur Räumung des Stützpunktes auffordern könne, und wenn dies immer noch nicht genüge, solle Island aus der NATO austreten. Außerdem werde erwogen, zwei norwegische Torpedoboote zu kaufen oder zu mieten, um die vier Küstenschutzboote zu verstärken (Süddeutsche Zeitung, 6.3.). Auch auf das Angebot einer friedlichen Lösung auf der Grundlage, daß Großbritannien für eine Übergangszeit eine Fischereischutzzone von 100 Seemeilen statt der bestehenden 200 Meilenzone akzeptiere, ist Großbritannien bisher nicht eingegangen.

Die britischen Trawler waren sogar in Laichgebiete eingedrungen, die auch gegenüber den isländischen Fischern als Schutzgebiet aufrechterhalten werden. Der isländische Ministerpräsident Hallgrimsson erklärte, daß bis 1979 der Kabeljau vor Island ausgerottet sei, wenn keine Maßnahmen ergriffen werden. Die Ausnutzung der Reichtümer des Meeres ist eine „Existenzfrage des isländischen Brudervolkes", erklärte der nordische Rat, der die britischen Übergriffe einstimmig verurteilt hatte. (nach: Süddeutsche Zeitung, 6.3.)

Die britische Aggression ihrerseits hat die verschärfte Konkurrenz innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zum Hintergrund. „Ein Sprecher der britischen Trawler-Vereinigung erklärte, daß die britischen Trawler, die hauptsächlich isländischen Kabeljau fischten, von Billigimporten aus den EG-Ländern hart bedrängt seien. Die letzte Woche sei katastrophal gewesen, kein Trawler habe Gewinn machen können, und einige hätten bis zu 10 000 Pfund (55 000 DM) verloren." (Süddeutsche Zeitung, 6.3.)

Man sieht, die imperialistische Europäische Gemeinschaft ist eine Gemeinschaft von Räubern, die sich untereinander bekriegt, und andere Völker angreift. Das ist direkte Folge der Gesetze der kapitalistischen Konkurrenz, die die Produzenten ruiniert, zum Raubbau an den Schätzen der Natur und schließlich zum Austragen der Konkurrenz mit kriegerischen Mitteln zwischen Staaten und gegen die Interessen der Völker führt.

Streit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft

Innerhalb der EG ist der Streit über die Neuordnung des internationalen Seerechts voll entbrannt. Am 15. März findet die internationale Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen in New York statt. Die Europäische Kommission in Brüssel hat einen Vorschlag ausgearbeitet, der zur Festlegung einer gemeinsamen Linie der EG für diese Konferenz führen soll. Der Vorschlag sieht die Anerkennung der 200 Meilenzone, die von 77 Entwicklungsländern gefordert wird, als 200 Meilen-Wirtschaftszone vor, nicht aber die Ausdehnung der nationalen Hoheitsgewässer, die die volle nationale Hoheit und Kontrolle der Küstengewässer vorsieht und die gegen die militärische Bedrohung durch die imperialistischen Flotten, vor allem der beiden Supermächte USA und Sowjetunion gerichtet ist.

Der EG-Vorschlag sieht vor, daß die EG die 200 Meilenwirtschaftszone gegenüber Nicht-EG-Mitgliedern beansprucht, für die EG-Mitglieder untereinander aber diese Zone auf 12 Meilen beschränkt. Dagegen hat nun Großbritannien Einspruch erhoben mit der Forderung, seine Wirtschaftszone auch gegenüber EG-Mitgliedern auf 100 Seemeilen auszudehnen, „wonach den anderen EG-Ländern nur übrigbleibe, sich die verbleibenden Gewässer zu teilen." (Süddeutsche Zeitung, 3.3.)

Wie schon beim Nord-Süd-Dialog über die neue Weltwirtschaftsordnung hat die EG Schwierigkeiten aufgrund ihrer inneren Widersprüche, mit einer gemeinsamen Position bei der internationalen Seerechtskonferenz aufzutreten. Insbesondere der westdeutsche Imperialismus drängt jedoch darauf, daß die EG gegenüber der Dritten Welt mit einer Position auftritt, um aus dem Widerstand der Völker gegen das Hegemoniestreben der Supermächte, ausgestattet mit dem politischen Gewicht der Europäischen Gemeinschaft, selbst Nutzen zu ziehen, und seine Position auf der Welt zu stärken. Während die Supermächte USA und Sowjetunion zunächst keinerlei Beschränkung ihrer Vorherrschaft auf den Weltmeeren und der Ausbeutung der Schätze des Meeres hinnehmen wollten, und auch der BRD-Imperialismus für die „Freiheit der Meere" eingetreten war, um überall plündern zu können, sind sie nun gezwungen, dem geschlossenen Widerstand der Dritten Welt nachzugeben.

Mit der Anerkennung der 200 Meilen-Wirtschaftszone will sich die EG die Position des bevorzugten „Wirtschaftspartners" der Dritten Welt erringen, darauf rechnend, daß die Staaten der Dritten Welt auf Kooperation mit Industrieländern eingehen, um die Schätze des Meeres, vor allem die mineralischen Schätze, ausbeuten zu können.

Dagegen bestehen die Länder der Dritten Welt, die als zahlenmäßig stärkste „Gruppe der 77" über 90 Länder repräsentieren, darauf, eine internationale Meeresbehörde einzurichten, die den Abbau der Meeresbodenschätze selbst leitet in Form einer Produktionsgenossenschaft, der sämtliche Länder mit einer Stimme angehören. Damit wollen sie verhindern, daß die Ausbeutung dieser Schätze von den imperialistischen Industrieländern monopolisiert werden kann.

Als „Anwalt des Unabhängigkeitsstrebens" der Völker der Dritten Welt solle die EG auftreten, erklärte Genscher. Die Länder der Dritten Welt können diese Position nutzen, wenn sie sich zugleich keinerlei Illusionen über den imperialistischen Charakter der EG machen, der am Beispiel des Auftretens von Großbritannien gegenüber Island erneut für aller Augen sichtbar wurde. – (bb)

Jugendliche Arbeitslose in den USA überfallen Güterzüge

Nahezu 75 Prozent der Güterzüge zwischen Detroit und Chicago werden überfallen. „Wie in den schlimmsten Zeiten des Wilden Westens", so ein Eisenbahnpolizist, „fallen bis zu 80 Räuber über die Frachtzüge her und rauben, was nicht niet- und nagelfest ist." Der typische amerikanische Eisenbahnräuber des Jahres 1976 ist zwischen 15 und 16 Jahre alt und – wie die Kriminalpolizei in Chicago erklärte – von schwarzer Hautfarbe. Er gehöre in eine Arbeitslosenfamilie, die auf Wohlfahrtsunterstützung angewiesen sei, und seine sieben-, acht- und neunjährigen Geschwister begleiteten ihn bei seinen Überfällen. Das reichste Land der Welt läßt großen Teilen der Jugend der arbeitenden Klasse keinen anderen Ausweg. (Nach Mannheimer Morgen, 10. März)

Sowjetbomber testen Reaktion der NATO

Sowjetische Bomberpulks fliegen nach Angaben des dänischen Armeechefs General Otto Blixenkrone-Moeller, bis hart an die dänische Grenze, um die Reaktion der NATO zu testen. Der General erklärte im dänischen Verteidigungskommando in Kopenhagen, erst am 20. Februar habe „eine größere Anzahl sowjetischer Flugzeuge" von der Ostsee her Dänemark angeflogen und sei erst zehn Seemeilen vor dänischem Territorium umgekehrt. In einem Bericht heißt es, daß sowjetische Flugzeugpulks 1975 nicht weniger als einhundertzehnmal erst unmittelbar vor der dänischen Territorialgrenze halt machten. Die größte Anzahl sowjetischer Flugzeuge bei einem solcher Anflüge betrug etwa 50.

Kampf gegen die Entrechtung im öffentlichen Dienst

Der Zusammenstoß mit dem bürgerlichen Recht ist unausweichlich

1972 haben die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten der Bundesländer den Radikalenerlaß zur Säuberung des öffentlichen Dienstes beschlossen. Seitdem ist die Unruhe über den Erlaß und der Widerstand gegen die umfassende Bespitzelung unter den Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst ständig gewachsen. Außer den hochbezahlten Beamten der Dienstaufsicht ist fast jeder dagegen.

Kürzlich hat die Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft ÖTV einen Antrag beschlossen, in dem es heißt: „Die Gewerkschaft ÖTV wendet sich gegen jede Form von Berufsverboten, politischen Überprüfungen und Entlassungen in der privaten Wirtschaft und im öffentlichen Dienst.“ Gestrichen wurde von der Konferenz die im Antragsentwurf enthaltene Forderung nach gerichtlich nachprüfbaren Begründungen für die Ablehnung von Bewerbern. Stattdessen erklärte sich die Konferenz ausdrücklich gegen das oberste Gericht und „mißbilligt ... den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 11. Mai 1975 zur Frage des Zugangs zum öffentlichen Dienst, da diese Entscheidung das Ziel verfolgt, die volle Geltung wesentlicher Grundrechte den Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu versagen.“

Die Resolution beruft sich zur Begründung ihrer Forderungen auf demokratische Rechte des Grundgesetzes, nicht auf *das* Grundgesetz, sondern auf einzelne darin genannte Rechte. Sie nennt Artikel 12, in dessen Absatz 1 allen Deutschen das Recht versprochen wird, „Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen“, freilich nur, um im Artikel 12 a zu ergänzen, daß im Notstandsfall dieses Recht für die Lohnabhängigen aufgehoben ist und jeder dienstverpflichtet werden kann.

Weiter beruft sich die Konferenz auf den Artikel 33 Grundgesetz, hier mit dem wichtigen einschränkenden Zusatz: „Absatz 1 – 3.“ Die Absätze 1 bis 3 versprechen jedem Deutschen die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten, den gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt und daß niemandem aus seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem Bekenntnis oder einer Weltanschauung ein Nachteil erwachsen darf.

Ausdrücklich nicht mit aufgeführt sind die Absätze 4 und 5 des Artikels 33 Grundgesetz, in denen die Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse, also von Gewalt über das Volk, in der Regel solchen Angehörigen des öffentlichen Dienstes zugewiesen wird, „die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen“, also den Beamten, wozu es im folgenden heißt: „Das Recht des öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln.“ Diese Bestimmungen hat die Bundesjugendkonferenz der ÖTV nicht zu den demokratischen Rechten gezählt.

Getan hat sie es aber mit dem Artikel 21, der – ohne in seinem Inhalt dargelegt zu werden – den Delegierten durch den Zusatz „Parteienprivileg“ vorgestellt wurde. Hier hat sie das vermeintlich fortschrittliche Argument aufgegriffen, daß den Mitgliedern nicht-verbotener Parteien keine Nachteile aus ihrer Mitgliedschaft erwachsen dürfen. Indirekt wird damit dem Staat das Recht zugebilligt, den freien Zusammenschluß des Volkes in einer revolutionären Partei zu verbieten. Eben das – und nicht irgendein „Parteienprivileg“ – ist auch der Inhalt des Artikels 21. Es handelt sich bei ihm um das Staatsprivileg, revolutionäre Parteien zu verbieten und bürgerlich-reaktionäre zu fördern.

An diesem Punkt tritt der widersprüchliche Charakter des Beschlusses der ÖTV-Bundesjugendkonferenz am deutlichsten hervor. Die Resolution endet mit der gleichermaßen gegen SPD-Regierung und CDU-Opposition gerichteten Erklärung: „Wir lehnen deshalb *jedes* Gesetz, das die Berufsverbote regelt, entschieden ab.“ Sie wendet sich also entschieden gegen die besondere Entrechtung im öffentlichen Dienst, aber sie versucht das noch vom Boden des bürgerlichen Rechts aus selber zu tun. Während sie die besondere Entrechtung bekämpft, macht sie Zugeständnisse an die allgemeine Entrechtung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen, denen der Zusammenschluß gegen die Ausbeuterordnung verboten ist.

Durch solche Zugeständnisse bringen sich die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst in Widerspruch zu den Interessen der Arbeiterklasse und auch zu ihren eigenen Interessen. Tatsächlich ist dieser Widerspruch auflösbar und löst sich auch überall auf, wo die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst aufhören, Beamtenrecht und besonderes Dienstrecht als Privileg zu betrachten und es als Fessel erkennen.

Breite Massen der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst machen aber gegenwärtig gerade diese Erfahrung. Der raschen Ausdehnung der Staatstätigkeit seit Mitte der sechziger Jahre folgt gegenwärtig wachsender Druck auf die erhöhte Ausnutzung der angekauften Arbeitskraft und auf Senkung ihres Preises. Das macht die Lohnabhängigkeit fühlbarer und führt zum Aufschwung der gewerkschaftlichen Bewegung im öffentlichen Dienst. Gleichzeitig bedeutet die Ausdehnung der Staatstätigkeit, daß auf immer mehr Gebieten der Staat den Massen gegenübertritt. Sei es als Erzieher der Kinder und Jugendlichen, als Eintreiber von Steuern, Gebühren und Abgaben oder als Polizei in den verschiedensten Formen, von der uniformierten auf der Straße bis zum Sozialarbeiter, Amtsarzt in den Wohnungen. Und überall, wo der Staat den Massen entgegentritt, wird der Widerspruch spürbar zwischen den Zwecken, die er im Interesse der bürgerlichen Klasse verfolgt, und den Bedürfnissen der Massen. Ob er nun den Nachwuchs der arbeitenden Klassen für die unterschiedlichen Bedürfnisse der Kapitalisten siebt und zurichtet, ob er die Schraube der Steuern und Abgaben bis zu offenen Ausplünderung steigert oder ob er jede Regung im Volk – bis in den Mutterleib – überwachen und kontrollieren läßt.

Mit der Ausdehnung der Staatstätigkeit und der Schärfung der Unterdrückung entwickelt sich der Widerstand an immer mehr Punkten und mit immer mehr Entschiedenheit. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, insbesondere die Beamten, werden damit konfrontiert und durch verschärfte Dienstaufsicht gehalten, den Massen reaktionär entgegenzutreten. Der Widerspruch „Volksdiener oder Staatsdiener“ stellt sich, und das besondere Dienstrecht wird nicht nur als Fessel für die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst, sondern auch in seinem Zweck als Mittel zur Verwandlung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes in Kettenhunde gegen das Volk erkannt.

Die oberen Chargen der Beamtenschaft trifft diese Entwicklung nicht: Sie betreiben sie. Ausgestattet mit reicher Pfründe und Aufsichtsrechten, sind für sie die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums keine Fessel, sondern Privileg sowie Schutzschild gegen das Volk und ihre eigenen Untergebenen. Der Widerspruch zwischen ihnen und den Volksmassen sowie der zwischen ihnen und der Masse der Lohnabhängigen innerhalb des öffentlichen Dienstes wird schärfer. Letzteres auch in solchen Bereichen, wo er früher häufig verborgen blieb, wie in der Lehrerschaft. Dort wurde in den letzten Jahren die Zahl der Schulaufsichtsbeamten erheblich erweitert und durch Schaffung von höher bezahlten Aufsichtsstellen eine engmaschige Kontrolle bis in die Kollegien hinein ausgebaut, die gegen Schüler, Eltern und Lehrer die Herrschaft der bürgerlichen Klasse über die Schule behauptet. Wie diese Kontrolle stattfindet, dazu berichtet die KVZ-Ortsbeilage Wilhelmshaven das folgende Beispiel.

Ärger mit dem „Hofmeister“ im Deutschunterricht

Neulich wurde im Fernsehen das Theaterstück „Der Hofmeister“ gezeigt. Dieses Stück wurde um 1770 vom Dichter J.M.R. Lenz geschrieben und 1950 von Bertold Brecht neu bearbeitet.

„Hofmeister“ wurden die in der Epoche des Feudalismus üblichen Hauslehrer genannt, die sich adelige Familien zur Erziehung und Unterrichtung ihrer Kinder hielten.

Hauptfigur dieses Stücks ist solch ein Hofmeister einer Adelsfamilie, der sich allerdings nicht so verhält, wie es von ihm erwünscht wird: Er verführt die Tochter des Hauses und flieht. Um zukünftigen Versuchungen widerstehen zu können, kastriert er sich schließlich.

Im klassischen „Hofmeister“ werden so zwar die gesellschaftlichen Mißstände des Feudalismus angeprangert und die Unterdrückung der Bürger durch den Feudaladel beschrieben; aber eine Perspektive zur Überwindung dieser Lage wird nicht angegeben – im Gegenteil: Die Selbstkastration des Hofmeisters zeigt tiefe Resignation des Dichters.

Nun hatte eine Referendarin dieses Stück in der Schule behandelt und zum Thema einer Vorführstunde gemacht. Dort sollten die Schüler u.a. erörtern, was Bertold Brecht wohl dazu erwogen haben könnte, den Stoff dieses 200 Jahre alten Stückes aufzugreifen und neu zu bearbeiten.

Ein Schüler sah den Grund in dem im „Hofmeister“ enthaltenen Lehrerproblem, das ja gerade wieder aktuell sei. Er sagte etwa:

„Auch heute muß sich der Lehrer vielfach geistig kastrieren und muß Lügen verbreiten, obwohl er genau weiß, daß es Lügen sind. Oft erkennt er gesellschaftliche Mißstände, muß sie aber verteidigen und weitergeben, wenn er nicht unter das Berufsverbot fallen will.“

Nun trifft der Schüler damit ziemlich gut die Funktion, die der Staat dem Lehrer zuweist, nämlich die bestehenden Verhältnisse zu rechtfertigen, und er sieht die Bedrohung des Lehrers durch den Staat, wenn dieser sich nicht zum blinden Erfüller dieser Funktion hergeben möchte.

Brecht selbst läßt den Hofmeister am Ende seines Stückes sagen:

„Den deutschen Hofmeister habt ihr gesehn
Zu seinem Gelächtergolgatha gehn.
Einen armen Teufel, den sie so schinden,
Daß er nicht mehr weiß, was vorn und was hinten.
In einem Gleichnis überlebensgroß
Geht er am End auf sich selber los
Austilgend seine Zeugungskraft.
Die ihm nur Pein und Elend schafft.
Denn wenn er sich natürlich gibt
Macht er sich oben unbeliebt.
Hat er sich gebückt, verbeugt, gebogen,
Wird ihm der Brotkorb hochgezogen,
Und erst wenn er verstümmelt und entmannt,
Wird er von oben gnädigst anerkannt.
Gebrochen ist sein Rückgrat. Seine Pflicht
Ist, daß er nun das seiner Schüler bricht.
Der deutsche Schulmeister, erinnert ihn nur:
Erzeugnis und Erzeuger der Unnatur!“

Die Ausbilder, die die in dieser Stunde gebotene „Unterrichtsleistung“ der Kollegin beurteilten, ärgerten sich gewaltig über diese Schüleräußerung. In der anschließenden Besprechung kritisierten sie zuerst den Schüler: Er hätte eine verhärtete Position, die er nicht mehr in Frage stellen lassen wolle; er könne an der Schule nichts mehr lernen, er sei fertig; er würde unerhörte Unwahrheiten in der Klasse verkünden. Als ein Kollege den Schüler unterstützte und meinte, der Schüler hätte recht, dieser Staat wolle genau solche Lehrer, wie er sie beschrieben hätte, fielen sie über diesen Kollegen her: So sei es ja nicht, man könne doch allerhand fortschrittliche Dinge unterrichten, und sie seien nicht bereit, sich so etwas sagen zu lassen. Zu Recht müsse vom Lehrer verlangt werden, daß er sich voll für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einsetze.

Dann wurde die Kollegin vorgenommen, die die Stunde gehalten hatte. Sie hätte mit ihrer Fragestellung diese Schülerantwort „provoziert“. Außerdem hätte so etwas keinesfalls unbeantwortet bleiben dürfen. Sie hätte sagen müssen, das sei „ein Problem“, darüber müsse man sich in der nächsten Stunde unbedingt „unterhalten“.

Die Sache ging aber noch weiter: Im Kollegium der betreffenden Schule machte der „Vorfall“ die Runde und wurde weiter besprochen. Sogar der Gemeinschaftskundelehrer der Klasse wurde kritisiert (dort wird gerade der Radikalenerlaß besprochen): Das müsse ja ein Unterricht sein, wenn solche Schülerantworten kämen ...

Diese massive Reaktion der Ausbilder bestätigt im Grunde nur, was der Schüler sagte: Wer *solche* Antworten gelten läßt und ihnen nicht gleich entgegentritt, der muß noch etwas lernen, wenn er ein „guter“ Lehrer werden will. Er muß lernen, bestimmten Schülerantworten wirkungsvoll entgegenzutreten.

Als den Ausbildern in der Besprechung einer anderen Vorführstunde der Text des Entwurfes zum niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz vorgelesen wurde, wurden sie schon leiser und zogen es vor, sich eines „Kommentars“ zu enthalten.

Denn die darin vorgesehene rechtlich abgesicherte umfassende Bespitzelung aller Kollegen im öffentlichen Dienst zeigt die Marschrichtung des Staates: Alle sollen eingeschüchtert und zu Duckmäusern und „Kastraten“ gemacht werden!

Daß aber eine immer weitergehende Disziplinierungsdrohung im öffentlichen Dienst für den Staat erforderlich ist, das beweist, daß die Kollegen im öffentlichen Dienst – und auch die Lehrer – sich nicht „kastrieren“ wollen und lieber ihre „Zeugungskraft“ dazu nutzen, für ihre berechtigten Interessen und Rechte einzutreten.

Bertold Brechts Fassung des „Hofmeisters“ endet mit der Aufforderung:

„Schüler und Lehrer einer neuen Zeit
Betrachtet seine Knechtsseligkeit
Damit ihr euch davon befreit!“ – (r., Wilhelmshaven)

Kampf gegen die Entlassung des Personalrats Mützelburg: Auf die Verfassung kann man sich nicht berufen

Ob man sich beim Kampf gegen politische Disziplinierung auf die Verfassung berufen soll, darüber findet gegenwärtig eine Auseinandersetzung an der Bremer Universität statt. Die KVZ hat schon berichtet über die Kündigung des Angestellten und Personalratsmitgliedes Dieter Mützelburg und über den Beschluß der Personalversammlung, eine Demonstration gegen die wegen Unterstützung des KBW ausgesprochene Kündigung durchzuführen. Die KBW-Zelle berichtet über die vorangegangenen Auseinandersetzungen innerhalb der Belegschaft und in der Gewerkschaft:

Beschlossen wurden als Parolen für die Demonstration: „Keine Angriffe auf die Personalvertretung! Weg mit dem Radikalenerlaß – Weg mit den Berufsverboten!“ „Weg mit dem besonderen Dienstrecht!“ „Keine Entlassungen aus politischen Gründen!“ „Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung!“

So mehrheitlich diese Beschlüsse letztlich gefaßt wurden, so umkämpft waren sie doch. Steht auch die Unimitgliedschaft einhellig hinter Dieter Mützelburg, so gibt es doch verschiedene politische Kräfte und Linien. Da sind vorneweg die Sozialdemokraten. Ihre Regierung spricht die Berufsverbote aus. Sie, die im Personalrat und in der ÖVT das Sagen haben, geraten leicht in Konflikt mit ihrer Partei. Sie versuchten, die Demonstration ganz zu verhindern. „Das machen die Kollegen nicht mit“, sagten sie. „Das wird doch nur eine KBW-Demonstration unter roten Fahnen.“ Sie veranstalteten eine Auszählung und behaupteten, „nur“ 150 Beschäftigte von 800 würden mitdemonstrieren. Wobei sie unterschlugen, daß das eine sehr große Zahl von Angestellten und Beamten ist, wie sie in Bremen für ihre politischen Rechte noch nie auf die Straße gegangen sind. Und wobei sie weiter unterschlugen, daß zahlreiche Studenten und Professoren und viele Bedienstete aus anderen Behörden ihre Teilnahme an der Demonstration angekündigt haben, so unter anderem die Ausbildungspersonalräte vom Krankenhaus, der Justiz und der Referendare im Lehramt.

In der Parolenfrage machten sich vor allem DKP-Anhänger stark. Es müsse „verfassungswidrige“ Berufsverbote heißen, erklärten sie. Und „freie politische Betätigung“, da seien sie nicht für, da könnten ja Faschisten kommen oder irgendwelche Anarcho-Chaoten. Als jedoch ein sozialdemokratischer Vertrauensmann erklärte: „Wenn gegen den Kollegen Mützelburg die Verfassung als Kündigungsgrund angeführt wird, dann können wir uns doch nicht auf die Verfassung berufen“, da wurde das „verfassungswidrig“ von den Vertrauensleuten mit großer Mehrheit gestrichen. „Gegen die Nazis wehren wir uns selbst“, sagte ein anderer Kollege, „da brauchen wir keine Regierung zu. Freie politische Betätigung, da sind wir in der ÖTV jeden 1. Mai darunter demonstriert“. Die DKP-Anhänger kniffen den Schwanz ein und zogen ihre Anträge zurück.

Nachdem es so gelang, richtige Forderungen zu beschließen – nur die Forderung „Weg mit dem KPD-Verbot!“ ist noch nicht verankert, da sie von vielen nur als eine besondere Forderung der Kommunisten angesehen wird – eröffnete der Senator wieder eine neue Front im Fall Mützelburg.

Er zog „aus rechtlichen Gründen“ die fristlose Kündigung zurück und wandelte sie in eine fristgemäße um. Die Unterstützung des KBW sieht er jetzt nicht mehr im Verkauf der Kommunistischen Volkszeitung, sondern in einer Erklärung Mützelburgs, in der steht, daß mit der sozialen Revolution „der westdeutsche Staat, die Schutzhülle des Kapitalismus, zerbrochen wird“. Franke schreibt allen Kollegen der Universität, das sei ein Aufruf zur Gewalt, wohl wissend, daß die Menschen nackte Gewalt nicht lieben. Dieses Spaltungsmanöver unterstützen Sozialdemokraten und DKP-Anhänger, wenn sie sagen: „Distanzier dich doch einfach vom KBW – dann wird das Verfahren eingestellt.“ Dieter Mützelburg hat sich nicht distanziert. Das ist gut, weil es bei seiner wie vielen anderen politischen Entlassungen darum geht, die Propaganda für den Kommunismus zu verbieten und den Menschen im öffentlichen Dienst zu erklären: Für euch gibt's kein Recht auf soziale Veränderung, auf die soziale Revolution. Wer dieses Recht propagiert und für die Volksmassen in Anspruch nimmt, wie es der KBW tut, der fällt unter das KPD-Verbot und fliegt aus dem Staatsdienst. Deshalb erheben die Kommunisten in der Universität und in den Auseinandersetzungen um die Kündigung von Dieter Mützelburg die Forderung: Weg mit dem KPD-Verbot!

Beamter verweigert Polizeieinsatz gegen protestierende Bevölkerung – Zwangsversetzung und Entlassung angedroht

Wem der Beamte dienen soll, dem Volk oder dem Staat, diese Frage ist kürzlich in Waiblingen bei Stuttgart in aller Öffentlichkeit aufgerollt worden und in ihrem Zusammenhang ist das besondere Dienstrecht kritisiert worden. In einer Korrespondenz aus Waiblingen an die KVZ wird berichtet:

Weil er sich als Beamter im Amt für öffentliche Ordnung geweigert hatte, den Polizeieinsatz gegen die Gegner der Gebührenerhöhung auf der Gemeinderatssitzung am 18. Dezember 1975 zu leiten und weil er als Beamter wie weitere 880 Waiblinger sich mit seiner Unterschrift öffentlich gegen die damals geplante Gebührenerhöhung aussprach, wurde der Beamte Heinzmann von seinem Dienstherrn, Oberbürgermeister Gauß, zwangsversetzt und wird nun der Schieß-Erlaß gegen ihn in Gang gesetzt.

Die schwarzen Reaktionäre sind mit diesen Maßnahmen natürlich einverstanden. So hatte der CDU-Ortsverband in einem Pressebericht gefordert, daß ein Beamter „mit einem solchen Verhalten im öffentlichen Dienst für die Allgemeinheit auf die Dauer nicht länger tragbar“ ist.

„Die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist in Gefahr“, schrieen sie. Besonders hervor tat sich der CDU-Ortsvorsitzende Häbich, seines Zeichens Baukapitalist. Dem ist die Grundordnung so freiheitlich und so demokratisch, daß er selbst mehrere zigtausend Mark Steuerschulden hat, die er sich von der Stadtverwaltung, und dies steht ihm ja als Gemeinderat zu, stunden läßt, während er auf der Gemeinderatssitzung lauthals schrie: Diese Gebührenerhöhungen müssen von allen getragen werden.

Mit zwei persönlichen Erklärungen, die beide in der Lokalpresse veröffentlicht wurden, trat der Beamte Heinzmann seinen Dienstherren und der CDU entgegen. Dort schreibt er u.a.:

„*Als Beamter sehe ich mich im Dienste des Volkes, denn schließlich werde ich auch von ihm bezahlt, und deswegen war ich auch nicht bereit, gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung einzuschreiten.*

In diesem Rahmen wende ich mich auch gegen das besondere Dienstrecht im öffentlichen Dienst, weil es dazu da ist, daß der Staat seine Beamten als willige Bürokraten halten kann. Dagegen habe ich mich schon als Gewerkschafter und Teilnehmer bei der ÖTV-Beamtenkonferenz der Kreisverwaltung Ludwigsburg/Waiblingen am 7. Oktober 1975 gewandt. (...)

Wenn jetzt die Stadtverwaltung und der CDU-Ortsvorsitzende Häbich mein Verhalten angreifen, dann zu dem Zweck, den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und dabei besonders den Beamten die geringen Rechte weiter einzuschränken und sie zu Leuten abzustempeln, die ihre eigene Meinung nicht mehr vertreten dürfen. Daran kann die Bevölkerung bestimmt kein Interesse haben.“

Der Kampf gegen die Gebührenerhöhungen und das Verhalten des Beamten Heinzmann fanden in der Bevölkerung breite Unterstützung. Dies kam nicht nur in den vielen Gesprächen und Telefonanrufen zum Ausdruck, die der Beamte Heinzmann geführt hat, sondern auch bei Gesprächen beim KVZ-Verkauf oder bei Leserbriefen an die Lokalpresse. Allerdings weigert sich diese nun, weitere Solidaritätsleserbriefe abzudrucken. – (j., Waiblingen)

Man kann gegen die besondere Entrechtung im öffentlichen Dienst nur kämpfen, wenn man den Boden des bürgerlichen Rechts verläßt, der für die Arbeiter nichts vorsieht als Ausbeutung und für die Lohnabhängigen nichts als Abhängigkeit. Das zeigen die Beispiele. Die überwachten Lehrer und Schüler in Wilhelmshaven, die Belegschaft der Bremer Universität und das arbeitende Volk in Waiblingen, sie finden auf dem Boden der bürgerlichen Verfassung keine Möglichkeit zur Einheit: Da heißt es „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates“ (Artikel 7 Grundgesetz) – was will man dann sagen, wenn er seine Aufsicht verstärkt? Und wer das Recht des Volkes auf Revolution behauptet zwecks Umsturz der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, dem droht die Verfassung: „Wer die Freiheit der Meinungsäußerung ... zum Kampf gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte.“ (Artikel 18) Den Beamten bindet sie in ein besonderes Dienst- und Treueverhältnis und erlaubt dem Volk nicht, sich Beamte als seine verantwortlichen Diener frei zu wählen. Das bürgerliche Recht und der Staat der Besitzenden stellen sich dem Befreiungskampf der arbeitenden Massen überall hemmend und spaltend entgegen. Die Bewegungen der arbeitenden Massen findet ihre Einheit nur, wenn von den Interessen der Arbeiterklasse ausgehend die Rechte der Volksmassen gegen den Staat behauptet werden. - (wm)

Streik bei VW Wolfsburg

Schmücker mußte zurückweichen

Wolfsburg. Am letzten Freitag streikten mehrere tausend Arbeiter und Angestellte im VW Werk Wolfsburg.

Nach zwei ergebnislos abgebrochenen Verhandlungen zwischen dem IG Metall und dem VW-Vorstand hatte auf der dritten Verhandlung der VW-Vorstand ein Angebot von etwa 2 Prozent mehr Lohn vorgelegt. Die Empörung unter der Belegschaft war darüber gewaltig: „Die machen vor nichts halt, erst mehr Arbeit mit weniger Leuten, dann Lohnrückstufungen und jetzt noch dieses Angebot", hieß es am Band. Am gleichen Tag wurde ein Plan des Vorstands bekannt, nachdem er demnächst pro Tag 100 Wagen mehr produzieren will. Die Anzahl der Kollegen soll die gleiche bleiben. Die letzten Ruheminuten sollen hierfür gestrichen werden.

Seit Anfang des Jahres werden am Passatband Kollegen rauszogen, weil sie laut neuesten Stoppzeiten zuviel gewesen sein sollen. Die Taktausgleichszeiten sind zusammengestrichen worden. Jeder bekommt mehr zu tun.

Schon vor dem Freitag kam es zu Ansammlungen an den Bändern. In Einzelfällen wollte man direkt zu Arbeitsniederlegungen übergehen. Meister und Abteilungsleiter konnten dies verhindern. *Streik ist richtig* faßte die Betriebszelle die Meinung und Diskussion in der Betriebszeitung zusammen und erinnerte an die erfolgreiche Durchführung des Erfolgsprämienstreiks vor etwa drei Jahren. „Genauso müssen wir es machen", war die Stimmung an den Bändern.

Am Freitag in der Frühschicht begann die Aktion. Im Werkzeugbau wie im ganzen Schnittbau sammelten sich die Kollegen am Arbeitsplatz und debattierten die Lage. Ähnlich verlief es bei den Angestellten in der Forschung und Entwicklung. In den Produktionshallen, der Lackiererei, des Preßwerks, des Karosseriebaus, der Endmontage verließen die Arbeiter ihre Arbeitsplätze an den laufenden Bändern, um sich zu sammeln. In Trauben wurde besprochen, was getan werden soll. Die Bänder wurden von Meistern am Laufen gehalten, und raus kamen nur unfertige Autos. In verschiedenen Hallen verteilten Abteilungsleiter und Meister Flugblätter, in denen sie mit Entlassungen und Lohnabzug drohten.

„Als wir uns zum Zug formieren wollten, um die die Halle 10 zu gehen, um die dort mitzuziehen, kam der Betriebsrat und sagte, daß der Vorstand sofort bereit sei, ein neues Angebot vorzulegen, das Ziel sei erreicht." Danach wurde die Aktion abgebrochen und die Arbeit wieder aufgenommen, berichtete uns ein Vertrauensmann. Die Aktionen dauerten teilweise bis zu einer Dreiviertelstunde.

Schmücker hatte erkannt, daß die Aktionen das gesamte Werk erfassen würden. Ein Jahr lang hatte er die Belegschaft mit allen Mitteln ausgepreßt. Stets im Glauben, die Belegschaft würde sich nicht wehren können. Daß er sofort ein neues Angebot vorlegen wollte, heißt, daß er zurückweichen muß unter dem Druck der Arbeiter. Die IG Metall aber hatte kein Interesse, sofort zu verhandeln. Sie lehnte es aus Termingründen ab und schob die Verhandlungen um eine Woche hinaus.

„Warum so lange warten, soll er doch sagen, was er geben will. Wir sind gut vorbereitet", meinten viele Vertrauensleute und Kollegen, darunter auch Betriebsräte. Schmücker kommt jedes Hinauszögern gelegen. Seine Absicht ist es, einen Lohnraubabschluß durchzusetzen. Die Sozialdemokraten haben eine gute Ausgangslage für die Belegschaft verstreichen lassen.

Auf einer Arbeitsniederlegung wurde eine Resolution für die ausdrückliche Erhebung der 140 DM in der aufgestellten Forderung verabschiedet. Wie schon am Tage zuvor ein Brief mit ähnlichem Inhalt an die Große Tarifkommission mitgegeben wurde, der von über 60 Kollegen unterschrieben worden ist.

„Sollte der noch eine solche Provokation vorlegen, dann machen wir ihm die Bude dicht", ereiferte sich ein Kollege bei den Streiks. Die Kollegen sind bereit. (k., Betriebszelle VW)

plätze an den laufenden Bändern, um sich zu sammeln. In Trauben wurde besprochen, was getan werden soll. Die Bänder wurden von Meistern am Lau-
kation vorlegen, dann machen wir ihm die Bude dicht", ereiferte sich ein Kollege bei den Streiks. Die Kollegen sind bereit. (k., Betriebszelle VW)

Gangsterlogik

Der VW-Konzern hat den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 4 Prozent angeboten. Davon sollten 2 Prozent auf den Stundenlohn gerechnet werden. 0,2 Prozent sollten zur betrieblichen Altersversorgung gelegt werden. 1,8 Prozent sollten in Gestalt von zwei Tagen Urlaub gegeben werden.

Man stutzt. Ein Tag Urlaub gleich 0,9 Prozent vom Jahreslohn. Bei einem Monatslohn von 1 800 DM, dreizehntes Monatsgehalt mitgerechnet, bedeutet das: Der VW-Konzern veranschlagt einen Urlaubstag auf 210,60 DM brutto, denn das sind 0,9 Prozent vom Jahreslohn.

Allerdings bezahlt der VW-Konzern für einen Arbeitstag von 8 Stunden etwas ganz anderes. Bei 1 800 DM Monatslohn, berechnet auf die üblichen 173,3 Stunden pro Monat, entfallen auf einen Tag, also 8 Stunden, 83,10 DM. Das entspricht 0,355 Prozent vom Jahreslohn.

VW berechnet also den Arbeitstag, den der Konzern dem Arbeiter bezahlen muß und den der Arbeiter für seine Zwecke als Urlaub benutzen kann, mit immerhin der zweieinhalbfachen Summe, die dem Arbeiter für acht Stunden Arbeit gegeben wird.

Das ist ein Gangsterstück. Die Sozialdemokratie, die die Gewerkschaften beherrscht, läßt es zu. Man hört kein Wort Protest. Diese Klassenversöhnler beugen sich der Schmückerschen Gangsterlogik.

Das Rechenkunststück kommt folgendermaßen zustande: Der Konzern rechnet zuerst alle tarifrechtlichen Errungenschaften weg. Das Jahr hat 365 Tage. Während dieser 365 Tage muß sich der Arbeiter erhalten. Das interessiert den Konzern nicht. Er zieht zuerst die Samstage und die Sonntage ab. Bleiben 261 Tage. Davon werden dann die bezahlten Feiertage abgezogen und selbstverständlich auch der bezahlte Urlaub. Bleiben rund 220 Arbeitstage.

Der Jahreslohn wird dann auf diese 220 Tage umgelegt. Bei 1 800 DM entfallen auf den Arbeitstag somit 106,40 DM oder in Prozenten rund 0,45 Prozent.

Selbst wenn man sich dieser feinsinnigen Betrachtung anschließt, die immerhin bedeutet, daß man dem Konzern erlaubt, den Arbeitstag mit 106,40 DM, also die Arbeitsstunde mit 13,30 DM zu veranschlagen, wenn er sie als Urlaub gibt, dem Arbeiter, der sie als Arbeit gibt, aber bloß 83,10 DM, also 10,40 DM zu bezahlen, wenn er sie als Arbeitsstunde leistet, bleibt noch ein Rätsel zu lösen.

Immerhin hat Schmücker von VW den Urlaubstag nicht mit 0,45 Prozent berechnet, die entsprechend wären, sondern mit dem doppelten Betrag. Wie gelingt diese Verdopplung?

Die Kapitalistenseele spricht zum Arbeiter: Du mußt verstehen, es geht nicht nur um den Betrag, den ich dir zahle für eine Zeit, in der du nicht arbeitest. Schließlich muß ich den Ausfall an Arbeitszeit ersetzen. Dein Ersatzmann kostet mich zusätzlich zu den 106,40 DM, die ich dir berechne, auch noch mal das gleiche. Macht 212,80 DM. Dafür muß du mir geradestehen. Daher berechne ich den Urlaubstag, den ich dir bezahle, mit 0,9 Prozent vom Jahreslohn. Daß ich dir für einen achtstündigen Arbeitstag, den du leistest, bloß 83,10 DM bezahle, steht auf einem anderen Blatt.

Diese Logik decken die Sozialdemokraten, wenn sie den Berechnungsfuß „1 Tag Urlaub gleich 0,9 Prozent vom Jahreslohn" zulassen.

Das wär' mal ein interessanter Streit, wenn sich umgekehrt Arbeiter auf den gleichen Standpunkt stellen würden und sagen: Für den achtstünden Arbeitstag gebt ihr uns 83,40 DM. Das mag seine Ordnung haben. Aber versteht doch, die Zeit, die wir euch verkaufen, ist für uns verloren. Während dieser Zeit können wir unsere Arbeitskraft an niemand anderen weiter verkaufen. Wo wir ganz offensichtlich auch 83,40 DM dafür bekämen. Der richtige Lohn hat also genau das Doppelte von dem zu betragen, was ihr uns gebt! Ob das die Sozialdemokraten auch mitmachen würden? Sie würden sagen: Seit neuerdings spinnt ihr Arbeiter. Zu Schmücker sagen sie das nicht. Obwohl:

Nehmen wir an, in einer Halle arbeiten 222 Arbeiter. Sie alle verdienen 1 800 DM brutto. Macht, dreizehntes Monatsgehalt eingerechnet, 5,195 Millionen DM per Jahr Lohnkosten. Kriegen sie je einen Tag bezahlten Urlaub, so entstehen 222 Tage Fehlzeit, die ersetzt werden müssen. Das kann durch Einstellung eines Arbeiters geschehen, weil es 222 reale Arbeitstage sind, die im Jahr geleistet werden. Dadurch ändert sich an der Lohnsumme für die 222 Mann nichts. Der eine Mann, der hinzukommt, erhält wie die anderen auch 23 400 DM im Jahr. Die Lohnkosten für diese Halle sind genau um diesen Betrag gestiegen. Sie betrugen 5,195 Millionen, sie betragen jetzt 5,2184 Millionen DM. Dem Kapitalisten entstehen also definitiv nicht mehr als 23 400 DM oder eben 0,45 Prozent höhere Lohnkosten. Die 0,9 Prozent Berechnung ist somit als Trickdiebstahl entlarvt.

Das betrügerische Verfahren, das sofort ins Auge springt, wenn es die Arbeiter anwendeten, um einen doppelten Lohn herauszuholen, wird von den Sozialdemokraten gedeckt, wenn es feine Herrschaften sind wie zum Beispiel der Herr Schmücker, die solche Betrügereien anwenden.

Man darf die Fragen der Ökonomie auf keinen Fall den Klassenversöhnlern überlassen. Das ist ein teures Vergnügen, sich von Loderer vertreten zu lassen. Man wird, um es unfein zu sagen, göttlich beschissen.

Vulkan Bremen: Streik und Demonstration

Alle Räder stehen still, wenn der Arbeiter es will

Bremen. Am Montag hat bei der Vulkanwerft fast der ganze gewerbliche Bereich von 8.45 Uhr bis 12 Uhr gestreikt. Die große Mehrheit der streikenden Kolleginnen und Kollegen, annähernd 3000, ist dabei in einer Protestdemonstration durch Bremen-Nord marschiert. Als sich etwa 3000 versammelt hatten, berichteten zwei Betriebsräte, Bettelhäuser und Schönberger, die Mitglieder der Tarifkommission sind, über die letzte Tarifkommissionssitzung. Beifall gab es für den Beschluß der Tarifkommission, für den Nordverband das Scheitern beim Hauptvorstand zu beantragen. Zwischenrufe kamen, daß das auch die allerhöchste Zeit sei. Versuche, die Versammlung in Bewegung zu bringen und einen Protestzug zu formieren, scheiterten zunächst, weil die Sozialdemokraten nichts in diese Richtung unterstützten. Offensichtlich waren sie mit einer kleinen Protestversammlung vollauf zufrieden. Schließlich ist dieses Vorhaben durchkreuzt worden. Einige Kollegen haben über Megafon die Lage der Arbeiterklasse ausgebreitet. Preissteigerungen, wachsende Arbeitshetze und die Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat sind angeprangert worden. Auch der Abschluß in Nordbaden/Nordwürttemberg ist kritisiert worden. Bis dahin hatten fortschrittliche Funktionäre, unsere Betriebszelle und rebellische, meist jüngere Kollegen einen festen Kern von etwa 30 bis 40 Kollegen gebildet. Aus der Mitte der Protestversammlung heraus hat sich dieser Kern von Kollegen nach vorn geschoben und die anderen Kollegen nachgezogen. Noch auf dem Werksgelände hat es die ersten Sprechchöre gegeben. Vier Prozent sind ein Hohn, was wir wollen, das ist mehr Lohn. Außerhalb des Werksgeländes sind diese Sprechchöre noch stärker geworden. „Wir haben gedacht, dieses Jahr läuft nichts auf dem Vulkan, weil es soviele Entlassungen gab. Pustekuchen. Wir kriechen nicht zu Kreuze." Einer der vielen Äußerungen der Kollegen. Oder auch: „Nicht so schnell da vorne. Wir haben doch keinen Akkord zu erlaufen." Das Auftauchen des ersten Polizeiwagens an der Spitze des Demonstrationszuges ist gleich mit Unwillen von vielen Kollegen aufgenommen worden.

Also gleich gezeigt, daß wir uns selber in Bremen-Nord ganz gut auskennen. Frage vom Polizeiwagen: „Wohin wollen sie gleich?" Antwort: Nächste Kreuzung links. Der Polizeiwagen linksrum und wir weiter geradeaus. Großes Gelächter von den Kollegen und gleich der nächste Sprechchor: „Alle Räder stehen still, wenn der Arbeiter es will." Der Demonstrationszug hat sich dann in Richtung Bahnhof Vegesack zur Lürssenwerft begeben.

Etwa 200 bis 300 Kollegen sind auch auf dem Gelände gewesen. Dann ist es den Sozialdemokraten gelungen, die sich im Laufe der Demonstration in das erste Drittel vorgeschoben hatten, abzublocken. Gezwungen eine Spaltung zu verhindern, hat die Spitze des Demonstrationszuges dann die Werft wieder verlassen. Der Demonstrationszug ist durch Bremen-Nord fortgesetzt worden. An einer Straßenkreuzung hat der Demonstrationszug einen Umweg eingeschlagen, um noch an zwei Schulen vorbeimarschieren zu können. Überall auch an den Schulen hatte es lebhaftes Interesse von Seiten der Bevölkerung gegeben. Kurz nach den Schulen ist aus einem kirchlichen Gemeinschaftshaus der Pastor gekommen und hat Gelegenheit gegeben zur Aufforderung, doch ein paar Formulare für Kirchenaustritte herbeizubringen. Unterwegs ist der Zug mit Flugblättern der IG Metall über die letzten Verhandlungen im Nordverbund versorgt worden. Darin ist das Ergebnis von Nordbaden/Nordwürttemberg als erfolgreiche Verhandlung den Arbeitern verkauft worden. Darüber hat es viel Unwillen gegeben. Bevor die Kollegen wieder in das Werk marschiert sind, hat es noch eine kurze Versammlung vor dem Tor gegeben.

Dort hat die Zelle den Fehler gemacht, nicht entschieden genug darauf zu drängen, die Demonstration nicht schroff für beendet zu erklären, sondern durch gemeinsame Beschlüsse, die IGM zur Einberufung der Urabstimmung und für die Streichung der unteren Lohngruppen als Forderung aufzufordern. – (Vulkan Zelle)

IG-Metall Funktionärskonferenz

IG-Metall Funktionärskonferenz

In den Betrieben wird der 5,4 Prozent-Abschluß abgelehnt

Heidelberg. Auf der IG Metall Funktionärskonferenz am 13.3. waren 60 anwesend. In den Berichten, die von den Betrieben kamen, wurde einhellig dargestellt, daß die Stimmung in den Betrieben gegen den Abschluß sei. Bei der Firma Graubremse hatte der Vertrauensleutekörper in einem Beschluß das Ergebnis abgelehnt und eine Unterschriftensammlung eingeleitet, 290 unterschrieben. In einer Halle bei Eltro unterschrieben 38, fast alle dort. Bei Helios wurden von den Vertrauensleuten Unterschriften gesammelt, die Ablehnung des Ergebnisses wurde gefordert. Eine Erklärung gegen das Ergebnis und für Urabstimmung und Streik hatten 11 von 15 Vertrauensleuten bei SMW Walldorf unterschrieben.

Bock von der Ortsverwaltung erklärte: Die je 110 DM für Januar bis März und die 5,4 % bedeuteten insgesamt 5,7 %. Das Ergebnis wäre in der Nähe der Erwartung der Kollegen. Er meinte, daß die Arbeiter für die „dann noch verbleibenden 0,3 oder 0,5 Prozent" nicht bereit seien, in einen Streik zu treten. Dem wurde von einem Kollegen entgegengehalten: Die Metallkapitalisten haben die Absicht, durch diesen niedrigen Prozentabschluß für einen großen Teil der Metallarbeiter eine Lage zu schaffen, wo sie kaum wissen, wie sie von dem Geld ihre Familie ernähren sollen. Die Streiks Anfang Februar haben die Lage geändert. Seitdem ist kein Tag vergangen, wo nicht in irgendeinem Betrieb die Arbeit niedergelegt worden ist. Und das sei doch der Grund, warum in dem vorliegenden Ergebnis für die ersten drei Monate ein Betrag von 110 DM zugestanden werden mußte. Die Tarifkommission muß beauftragt werden, das Ergebnis abzulehnen. Der Streik muß vorbereitet werden, und zwar nicht, indem man auf den 5,4 % aufbaut, sondern den ersten Erfolg mit den 110 DM für die ersten drei Monate zur Forderung für die restlichen erhebt.

Der IGM-Sekretär Zambelli meinte gegen diese Beiträge, die sich für Ablehnung aussprachen: Man müsse sich in Zukunft sowieso öfters mit solch niedrigen Abschlüssen abfinden. In der Abstimmung sprachen sich für Annahme etwa 30 bis 35 aus, dagegen stimmten zirka 10.

Streiks in der Metallindustrie

Streiks in der Metallindustrie

Am Montag, dem 15.3., streikten in Bayern und Nordrhein-Westfalen 26000. In München insgesamt rund 20000. Weitere Streiks fanden in Nürnberg, Erlangen und Augsburg statt. Bei MAN in Augsburg wurde am Montag bereits der dritte Warnstreik in dieser Tarifrunde durchgeführt. In Nürnberg war auch in der letzten Woche Mittwoch und Donnerstag, bei AEG-Kanis und Siemens gestreikt worden.

Im Tarifbezirk Südwürttemberg-Hohenzollern haben die Metallkapitalisten bisher kein Angebot vorgelegt. In **Reutlingen** haben daraufhin am Montag 2000 Arbeiter in drei Betrieben erneut gestreikt. In diesen Betrieben war in dieser Tarifrunde zum zweiten Mal gestreikt worden. Die Beteiligung war diesmal höher.

Tübingen. Nachdem die Belegschaft, 400, der Tübinger Himmelwerke schon am Freitag bis zwei Stunden gestreikt hatte, legten die Arbeiter am Montag nach der Frühstückspause für den Rest des Tages die Arbeit nieder.

Flensburg. Am 10.3. streikten die Arbeiter der Flensburger Werft und zogen in einem Demonstrationszug zu den Fahrzeugwerken Nord. Trotz Versuchen der Polizei, den Zug zu stoppen, versammelten sich die Arbeiter auf dem Werkshof der Fahrzeugwerke Nord. Die zusammen 1000 Arbeiter verabschiedeten eine Resolution: „Unsere Geduld ist zu Ende."

Schwerte. Am Donnerstag hat die Frühschicht von Hoesch-Schwerte gestreikt (800 Mann, eine halbe Stunde lang).

Hagen. Am Donnerstag, 11.3., legten 100 Stahlwerker der Hoesch Rothe Erde/Schmiedag AG in Eckesey die Arbeit nieder. Auch im Werk Haspe hatte die Frühschicht gestreikt. Bei Osenstein und Koppel in Eckesey standen für eine halbe Stunde die Maschinen still, 350 streikten. Bei Varta in Wehringhausen legten 2000 die Arbeit nieder.

Düsseldorf. Am Freitag streikten eine Stunde lang die 1000 Beschäftigten der Waggonfabrik Uerdingen. In der Zweigniederlassung dieses Werks in Düsseldorf, bei der DÜWAG, streikten die 700 Beschäftigten drei Stunden lang. sie verlangten, daß der Kapitalist aus Aachen anreisen solle, um ihnen Rede und Antwort zu stehen. Er mußte geholt werden.

Offenbach. Auf der Vertrauensleutekonferenz der IGM-Verwaltungsstelle am 13.3. wurde der 5,4 % Abschluß von Nordbaden von allen Rednern abgelehnt. Anwesend waren etwa 120. An die VFW-Belegschaft in Speyer wurde eine Solidaritätsadresse geschickt. Von den meisten Kollegen wurde eine Resolution unterschrieben, in der der sofortige Abbruch der Tarifverhandlungen, keine Schlichtung und sofortige Urabstimmung gefordert wird.

Die Vernunft von dem mit der Prinz-Heinrich-Mütze

Köln. Am Montag, 15.3., hatten 8000 Kollegen bei Klöckner Humboldt Deutz durch Warnstreiks zum Ausdruck gebracht, daß sie von den Verhandlungen nichts mehr hielten. Für Dienstag hatte die IG Metall zu einer Protestveranstaltung um 14 Uhr aufgerufen. Obwohl bei KHD angewiesen wurde, daß diese Stunden nicht bezahlt werden sollen, und bei Rheinkabel die Vorgesetzten angewiesen wurden, den Kollegen nicht freizugeben, kamen zirka 800. Die Stimmung stand auf Streik. Der erste Bevollmächtigte der IGM Köln, Schwarting, gab zu erkennen, daß die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung bereit sind, sich auf 5,4 % einzulassen, als er erklärte: Wenn bis morgen kein Angebot auf dem Tisch liegt, reichen uns 5,4 % dann nicht mehr für Nordrhein-Westfalen. Zugleich mußte er jedoch dem Haß der Kollegen auf die Kapitalisten und ihre Regierung wortradikal entgegenkommen. Die Kollegen wissen, was sie brauchen und daß sie ihre Forderungen nur im Kampf gegen die Kapitalisten durchsetzen können. Wenn Schwarting die Kapitalisten und die Regierung angriff, war der Beifall der Kollegen groß. Zu der Regierung sagte Schwarting: „Ratschläge nach wirtschaftlicher Vernunft, wo der mit der Prinz-Heinrich-Mütze und sein Adlatus Friderichs immer von reden, darauf können wir verzichten, nach deren Ansicht sind nur die Unternehmer vernünftig, weil die 4 % anbieten. Aber das ist zu wenig für uns."

SOLIDARISIERT EUCH MIT DEN KOLLEGEN VON PRIMAVERA UND ELEMENTA

Nachdem die Kollegen beider Betriebe jahre- und monatelang von den Kreft-Kapitalisten angetrieben und ausgebeutet wurden. Nachdem die Belegschaften um die Hälfte bei der ELEMENTA und um 60 % bei der PRIMA VERA gekürzt wurden und das bei dem gleichen Produktionaaufkommen. Nachdem versucht wurde ,bei vielen Kollegen den Lohn einfach zu kürzen, sollen diese Kollegen nun gefeuert werden es sollen ihnen noch nicht mal die Löhne von Februar und März, sowie die Prämien seit Dezember ausgezahlt werden. Was war geschehen?

Die Möbelkapitalisten stehen in einer scharfen Konkurrenz zueinander. Dafür , für die Jagd nach Profit, sollen die Knochen der Kollegen herhalten. Als die beiden Werke in Münden gegründet wurden, bekamen die Kreft-Kapitalisten 7,5 Mill. aus Bundes und Landesmitteln. Inzwischen ist der Kreftkonzern mit 24 Mill bei der BFG verschuldet. Nachdem die Bank für Gemeinwirtschaft (BFG) die Billanzen des Kreft-Konzerns sehen wollte, platzte der Wechsel. Wir wollen die Ereignisse der letzten eineinhalb Wochen aufzeigen.

Einige Kollegen berichten :

Die Kollegen sind sauer

Freitag, 5.3.:

PRIMA VERA: Auf einmal hiess es , der Laden wird hier zugemacht und die Fahrer sollten Papiere und Schlüssel abgeben. Wir gingen alle mit einem unguten Gefühl nach Hause und warteten den Montag ab, an dem eine Betriebsversammlung stattfinden sollte.

ELEMENTA: Zunächst lief die Produktion normal und um 8 Uhr liess die erste Firma Material wegholen. Um 10 Uhr kam der Betriebsrat und sagte, dass die Firma Bankrott sei. Die Löhne seien aber gesichert. Wir wurden nach Hause geschickt.

Montag, 8.3.:

PRIMA VERA: Es wurde uns auf der Betriebsversammlung gesagt, das wir weiterarbeiten sollten, wie bisher. Damit waren wir aber nicht einverstanden. Der Bezirksleiter der Gewerkschaft Holz und Kunststoff riet uns dann , dass wir unseren Urlaub nahmen sollen bis zur Auszahlung der Löhne am Mittwoch. Ausserdem seien die Löhne gesichert.

Dienstag, 9.3.:

ELEMENTA: Die Angestellten sind schon am Freitag mit ungedeckten Schecks bezahlt worden. Der Betriebsrat hatte gleich nach Bekanntwerden der Schliessung den MdL Fiege verständigt, der auch dann gleich eine kleine Anfrage im Landtag einbrachte. Wir sollten Urlaub nehmen, bis der Konkurs abgewickelt sei.

Mittwoch, 10.3.:

PRIMA VERA: Vom Geschäftsleiter Olemann erfuhren wir, das es heute keine Schecks gebe, der Konzern hätte am Dienstag Konkurs angemeldet.

Donnerstag, 11.3.:

PRIMA VERA : Auf der Betriebsversammlung bekamen wir unsere fristlose Kündigung, die aber nicht zulässig war. Vom Arbeitsamt war dann auch jemand da, wegen dem Konkursausgleichsgeld. Es wusste keiner, wie es weiter geht. Mit einem mal rief Dr. Stapf ,der Firmenleiter, einige Kollegen zu sich rein und wollte sie für eine neue, am Montag zu gründene Firma anwerben. Am Schluss der Betriebsversammlung wurde beschlossen, ab Freitag das Werk zu bewachen und dafür zu sorgen, dass nichts rauskommt. Am Donnertag abend wurde ein Lastzug mit Maschinen beladen. Zwei Kollegen fuhren mit ihrem Wagen vor den Lastzug, um den Transport zu verhindern. Der Betriebsrat rief dann gleich die Polizei zu unserer Unterstützung an. Sie kam auch mit 7 Mann, rief bei dem "Konkursverwalter" an und forderte die Kollegen auf, den Wagen nicht mehr zu blockieren. Nachdem sich einige Kollegen um 20 Uhr beraten haben, was zu tun sei, fuhr ein Teil der Kollegen zum Werk, einige zur Polizei und zum MdL Fiege. Der Lastzug mit den Maschinen war aber schon weg. Der Abtransport den zweiten Lastzugs wurde durch Luftrauslassen verhindert. Um 22 Uhr versammelten sich die Kollegen der Prima Vera und teilten Wachen ein. MdL Fiege kam dann auch hinzu und sagte, das er zwar den Richter fur eine einstweilige Verfügung nicht erreichen könne, dass er aber die Aktion bis zum Aussprechen der einstweiligen Verfügung auf seine Kappe nehme. Obwohl er seit Freitag in den Verhandlungen um unsere Arbeitsplätze stan, war Fiege an diesem Abdne Abend doch sehr überrascht. Ein Kollege fragte Fiege, wer denn nun die Löhne bezahlt. Daraufhin Fiege: Weder eine CDU-Regierung, noch sonst irgend eine andere...

ELEMENTA: Vom Konkurs, der am Dienstag angeblich eingeleitet worden war, wusste Dr. Sprengel, der angebliche Konkursverwalter ,nichts. Daraufhin haben die Kollegen von sich aus beschlossen, den Betrieb zu bewachen, um zu verhindern, das keine Maschinen und kein Material aus dem Werk rauskommt. Es wurden dann gleich Wachen eingeteilt.


hier kommt kein Lastzug mehr raus

Freitag, 12.3.:

PRIMA VERA: Am Freitagmorgen hatten wir die einstweilige Verfügung. An diesem Morgen kam auch der Dr. Stapf mit einem geliehenen Wagen vorbei, denn sein dicker Merzedes ist zu auffällig , wie ein Dieb, der noch mal zum Tatort zurückkommt. Er fuhr wutentbarand wieder weg, als er die Posten gesehen hatte.
Käufer von Möbeln, die vorne im Buro bezahlt hatten, bekamen hinten an der Rampe die Möbel nicht ausgeliefert. Die bleiben als Faustpfand für die Löhne drin.

ELEMENTA: Bei der Elementa darf der Betriebsleiter nicht mehr ohne Begleitung eines Kollegen ins Werk rein. Der Firmenbus ist ebenfalls fur den Betriebsleiter tabu.

Gegen Abend war dann eine erneute Betriebsversammlung beider Belegschaften in der Elementa. Die Kollegen von Natermann hatten uns inzwischen 200 DM gespendet. Die SPD hat dann mit 200 DM nachgezogen. Die ganze örtliche SPD-Spitze war anwesend. Es waren dort Leute, die sich noch nie um uns gekümmert haben. Fiege versuchte uns zu erzählen, wie wir unsere Wachen einzuteilen haben was wir aber schon längst selbst in die Hände genommen haben. Ausserdem erfuhren wir auf der Versammlung, das mit der BFG Verhandlungen über eine Vorzahlung unserer Löhne geführt wird. Am Montag soll das Ergebnis dann bekanntgegeben werden.
Die Kollegen setzen die Bewachung fort. Inzwischen haben sich schon viele Kollegen aus anderen Betrieben bei der Prima Vera und Elementa informiert. Wir werden den Kampf fortführen.
Aufträge sind da, Möbel werden gebraucht. Werkhallen ,Maschinen und Arbeiter die arbeiten wollen ,sind auch da, aber die Kreft-Kapitalisten sind unfähig, die Produktion am Laufenden zu halten. Denn: Ihr einziges Interesse it ist der Profit. Und wenn er nicht mehr stimmt, dann drehen die Banken den Geldhahn zu. Gibt es keinen besseren Beweis dafür, das Schluss gemacht werden muss mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem, und nicht mehr die Kapitalisten, sondern die Arbeiter die Herrschaft über die Produktion übernehmen müssen?

Die Arbeiter vom von Prima Vera und Elementa kämpfen um ihre Existenz!
Sie müssen von Euch unterstützt werden!
Schickt Spenden und Solidaritätsadressen zu den Kollegen!
Geht zu den Kollegen und informiert Euch!

Kommunistische Gruppe Münden

Kreft-Konzern pleite / Das Werk wurde blockiert

Faustpfand für die Löhne

Hannoversch Münden. Der Möbelkonzern Kreft mit 20 Werken ist pleite. Ein Wechsel ist geplatzt. 2000 Kollegen auf der Straße. Im vergangenen Jahr versuchte die Betriebsleitung mit Entlassungen und Akkordverschärfung bei gleichzeitigem Lohnabbau den Konzern zu halten. Bei Primavera, einem der Werke, wurde die Belegschaft halbiert und die Übriggebliebenen nicht nur zu doppelter Arbeit gezwungen, sondern auch noch um die Akkordzuschläge betrogen. Und dann wurde weggeschafft, was wegzuschaffen war, lastwagenweise und auch als der Konkurs schon beantragt war. Und die Akkordzuschläge stehen nun noch vom Januar, Februar und dem halben Monat Dezember aus. Für Februar ist noch kein Lohn gezahlt. Als die Arbeiter dann die Posten aufstellten und die Ausfahrt blockierten, um zu verhindern, daß weitere Maschinen und Produkte hintenrum rausgeschafft werden, versuchte die Geschäftsleitung immer noch, Möbel zu verkaufen, was aber dann verhindert werden konnte. Der Konzernchef Kreft hatte sich derweil schon nach Teneriffa abgesetzt, kam aber dann wieder zurück. Was er da wohl hingeschafft hat? Jedenfalls waren die Gehaltsschecks, die seine Angestellten erhalten hatten, ungedeckt, und für die Löhne der Arbeiter ist kein Geld mehr da. Auf dem nebenstehend abgebildeten Plakat für die Werke Primavera und Elementa wird auch dargestellt, wie der SPD-Abgeordnete ganz überrascht tat über die Pleite und sich als kämpferischer Mann aufspielte, während er zuvor mit bei den Verhandlungen gesessen hatte, wo über die Sanierung des Konzerns beraten wurde.

Die Gewerkschaftsführung riet den Kollegen, Urlaub zu machen. Doch die Arbeiter blieben dabei, die Werke zu besetzen und zu bewachen. Inzwischen ist ihnen zugesagt worden, daß ein Sozialplan erstellt würde und daß die Bank für Gemeinwirtschaft, die Bank, bei der der Konzern am meisten verschuldet ist, 1,8 Millionen DM bereitstelle, die am Freitag ausbezahlt werden sollen. Bis dahin bleiben die Werke besetzt.

Wehner in Speyer

„Die haben Angst, daß wir ihnen nicht mehr glauben“

Speyer. Am Freitag wurde auf einer Veranstaltung der „Bürgerinitiative und des IG Metall Komitees zur Erhaltung der Arbeitsplätze bei VFW“ mit 700 Teilnehmern angekündigt, daß man den am Sonntag zu einer Jubiläumsfeier der SPD in Speyer weilenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Wehner zur Rede stellen wolle.

Fast 1000 Menschen, vorwiegend VFW-Kollegen, trafen sich also um 15.30 Uhr mit Transparenten vor der Stadthalle. Bis um 17 Uhr ließ Wehner sie warten. Es hatte ein Sprechchor eingesetzt: „Wehner soll rauskommen!“

Auf einem der Transparente stand: „CDU und SPD/FDP tun dem Kapital nicht weh.“

Gerade diese Parole traf seinen wunden Punkt. Ohne auch nur einen konkreten Vorschlag zur Erhaltung der Arbeitsplätze bei VFW zu machen, zeterte er: Hier helfen keine politisch extremen Lösungsversuche. Ich habe von Anfang an meine Pflicht getan . . .

Was die Pflicht der Sozialdemokraten in der Bundesregierung ist, zeigen der „Grüner-Bericht“, in dem die Regierung die Konzentration in der Luftfahrtindustrie zum Programm erklärt, und die Aussage Wehners in der SPD-Feier: „Wir schützen das private Eigentum“, Bundeskanzler Schmidt: Die VFW-Planung „. . . muß der unternehmerischen Gesamtverantwortung überlassen bleiben . . .“ usw. Diese Aussagen jedoch vor der Stadthalle zu wiederholen, wagte er nicht. Er wich aus auf nichtssagende Floskeln: „Es wird auf das Zusammenwirken einer ganzen Reihe von Faktoren ankommen . . . Die Umständen müssen aufgehellt werden . . . Details kann ich hier nicht bekanntgeben . . .“

Zu der erbosten Reaktion Wehners auf die obengenannte Parole meinte ein VFW-Kollege: „Die haben doch alle bloß Angst, daß wir denen nichts mehr glauben. Wie sollen wir denn auch noch? Sie haben doch schon über 100 in dem Jahr entlassen und am Montag ist der Sozialplan dran. Da nützt doch Reden gar nichts mehr. Der Wehner hat doch auch bloß geredet, aber noch nicht mal was gesagt, genau wie der Kohl.“ – (k., Speyer)

John Deere Vertrauensleutewahl
„Den Vorarbeiter wählen wir nicht wieder“
getan . . .
Was die Pflicht der Sozialdemokraten in der Bundesregierung ist, zeigen
Der Wehner hat doch auch bloß geredet, aber noch nicht mal was gesagt, genau wie der Kohl.“ – (k., Speyer)

John Deere Vertrauensleutewahl

„Den Vorarbeiter wählen wir nicht wieder“

Mannheim. In der Abteilung 62 der Gießerei, im „Kleinen Gußputz“, war seit mehreren Wochen Diskussion über die Vertrauensleutewahl, die am 8. März begann.

Bisher war in dieser Abteilung der Vorarbeiter Vertrauensmann, und die Kollegen haben schlechte Erfahrungen gemacht.

„Gußputz, das ist die Hölle“, so heißt es nicht umsonst im Betrieb. 80 Prozent der Kollegen dort sind Türken. Unter Staub, Hitze und Lärm müssen die Kollegen bis zu 1500 Gußteile täglich abschleifen. Brocken von 5 und 10 Kilogramm mit der Hand aus dem Kasten heben, bearbeiten, wieder in den nächsten Kasten zurücktun. Das Ganze bei Lohngruppe 3 und 4. Vorgabezeiten sind systematisch verkürzt worden. Im Januar zum Beispiel ist bei mehreren Teilen die Vorgabezeit wieder gedrückt worden, teilweise von 30 auf unter 20 Sekunden, ohne Anwesenheit des Betriebsrats bei der Abnahme.

Im Februar wurden vier Wochen lang MTM-Zeitaufnahmen durchgeführt, obwohl der Betriebsrat die Einführung dieses Verfahrens abgelehnt hat. Die Kollegen wollten die Brocken hinschmeißen, doch der Meister und der Vorarbeiter – also der eigene Vertrauensmann – haben gedroht, eingeschüchtert und die Front gespalten mit der ständigen Behauptung, die Zeitaufnahme dürfe auch ohne Betriebsrat gemacht werden.

„Wir brauchen Vertrauensleute, die für uns kämpfen. Das ist doch eine Schweinerei: Vorarbeiter und gleichzeitig Vertrauensmann. Der schafft doch gegen uns und nur für die Geschäftsleitung.

Zwei Kandidaten sind jetzt aufgestellt worden von den Kollegen im Kleinen Gußputz. Sie haben zusammen mit den Kollegen besprochen, daß sie gegen die unmenschlichen Akkordbedingungen kämpfen wollen. Für bessere Vorgabezeiten und gegen die Einführung des MTM-Systems. Außerdem für einen Pausenraum in der Gießerei, weil die Kollegen buchstäblich im Staub und Dreck Pause machen

Der DKP-Betriebsrat Limbeck, der in der Wahlkommission ist, zeterte schon Wochen vor der Wahl herum, weil die Chancen für seinen Freund, den Vorarbeiter, schlecht standen und er schon ahnte, daß er ihn diesmal wohl nicht mehr so einfach durch Austricksen der türkischen Kollegen zum Vertrauensmann machen kann. „Alles abgekartet“, so schimpfte er herum.

Die Kollegen im Kleinen Gußputz haben sich davon nicht beeindrucken lassen. Auch davon nicht, daß bei der Wahl am Donnnerstag plötzlich der Abteilungsleiter und der Meister erschienen, um die Kollegen unter Druck zu setzen.

Fast einstimmig wurden die beiden türkischen Kollegen gewählt.
(w., Mannheim)

IG Chemie

Mischforderung nicht im Interesse der Arbeiter

In der IG Chemie werden die Tarifforderungen aufgestellt. In zahlreichen Betrieben sind Festgeldforderungen aufgestellt worden.

Neu-Isenburg. Bei Ellen Betrix wurde 170 DM gefordert.

Wolfenbüttel. Die Vertrauensleute der Schering AG, Werk Wolfenbüttel, beschlossen eine Festgeldforderung von 120 DM mit 22 gegen 5 Stimmen.

Darmstadt. Bei Röhm hat am letzten Donnerstag der Vertrauenskörper bei 60 Anwesenden gegen wenige Stimmen die Forderung von 150 DM aufgestellt. Die Vertrauensleute der Verwaltungsstelle Darmstadt, 160 Anwesende, beschlossen am 15.3. 170 DM.

Im Bezirk Hessen lagen aus mehreren Betrieben Festgeldforderungen vor, daneben gab es hohe Mischforderungen zwischen 70 DM plus 4 % und 80 DM plus 5 %. Die Vertrauensleute des IG Chemie-Bezirks Hessen beschlossen entgegen den Forderungen aus den Betrieben eine Mischforderung von 5 % und 50 DM.

Ludwigshafen. Am 11.3. hat die Vertrauensleuteversammlung der BASF als Forderung 8 %, mindestens 130 DM aufgestellt. Am Montag, 15.3., hat die Große Tarifkommission von Rheinland-Pfalz 5,4 % und 50 DM aufgestellt.

IG Druck

Papierverarbeiter streiken

Ulm. In einem papierverarbeitenden Betrieb haben am 9.3. 80 Beschäftigte eine halbe Stunde die Arbeit niedergelegt und gegen das 4 Prozent-Angebot der Kapitalisten protestier. (Stuttgarter Zeitung, 10.3.76)

Köln. In einer Abteilung der Kölnischen Verlagsdruckerei haben 25 Kollegen (das sind etwa 2/3) einen Brief an die Tarifkommission geschrieben, daß eine DM-Forderung notwendig ist, um die geballte gewerkschaftliche Kraft einzusetzen und fordern daher 9 % und mindestens 140 DM.

Erwitte-Streik

Vor einem Jahr das Werk besetzt

Paderborn. Mittwoch, den 10. Marz fand in Erwitte in der Hellweg-Halle eine Kundgebung anläßlich des ersten Jahrestags der Betriebsbesetzung der Seibel-Zementwerke statt. Knapp 2000 Menschen waren gekommen, darunter Delegationen der IGM-Mannheim, IGM Heidelberg, IGM Hannover und IGM Heidelhof. Der Kampf der Erwitter Zementwerker hatte in der westdeutschen Arbeiterklasse und im Volk eine starke Solidaritätsbewegung hervorgerufen.

Zu Beginn der Kundgebung versuchte der IG-Chemie Sekretär die Taktik der Gewerkschaftsführung, die Betriebsbesetzung aufzugeben und sich auf die Arbeitsgerichte zu verlassen, als richtig zu verkaufen. Über 200 Kündigungsschutzklagen hat die Gewerkschaft schon gewonnen, und heute, am 10. März, hatte sie in erster Instanz die Zweitklage Seibels auf fristlose Kündigung des Betriebsrats gewonnen. Aber damit hat noch kein Arbeiter wieder bei Seibel gearbeitet. Der noch anstehende Prozeß beim obersten Arbeitsgericht in Kassel wird 1977 sein.

Danach sprach der DGB-Vorsitzende Vetter. Am Anfang trat Vetter sehr wortradikal auf. Seibel sei ein typischer Fall der Herrschaft durch den Besitz von Produktionsmitteln. Es handle sich nicht um einen wildgewordenen exzentrischen Kapitalisten. Dafür bekam Vetter starken Beifall. Im weiteren Verlauf seiner Rede verfälschte er die Erfahrungen der Seibel-Kollegen in gewohnt sozialdemokratischer Manier und meinte, in einem mitbestimmten Betrieb könnte es „ein Erwitte nicht geben“. Daß die Erfahrungen der Arbeiterklasse ganz andere sind, zeigt die mitbestimmte Montanindustrie, wo mit den Stimmen der Arbeitervertreter Entlassungen und Stillegungen beschlossen wurden. Aber durch den entschlossenen Kampf der Seibel-Arbeiter und ihre Betriebsbesetzung wurde der Kapitalist in seinen Plänen gehindert. Hier geht der Weg weiter, den die Arbeiter einschlagen müssen zu ihrer Befreiung von der kapitalistischen Ausbeutung.

Hamburg: Lohngruppe II angehoben

Hamburg. Ab 1. Januar 1977 soll die unterste Tätigkeitsgruppe II des Metalltarifvertrags von jetzt 80,4 auf 82 Prozent des Ecklohns angehoben werden. Die Leichtlohngruppen wurden damit nicht abgeschafft. In Hamburg sind in diesen Lohngruppen bis IIIa 62,4 Prozent der Arbeiterinnen eingestuft

Gegen Werkstillegung Kreuzung besetzt gehalten

Hamburg. Am Montag wurde auf einer Betriebsversammlung der Maschinenbaufabrik Heidenreich & Harbeck in Hamburg-Barmbek die bevorstehende Stillegung des Werkes angekündigt. Über 800 von 1000 Kollegen sollen bis 1978 entlassen werden. Daraufhin führten mehrere hundert Kollegen eine Demonstration durch und blokkierten eine halbe Stunde lang eine belebte Kreuzung.

Villingen-Schwenningen. 1000 Beschäftigte des Uhrenwerkes Kienzle haben gegen die Teilverlagerung der Produktion nach Südkorea mit einem Protestmarsch durch die Innenstadt protestiert.

ÖTV-Schlichtung

Die Kampfbereitschaft läßt sich nicht wegschlichten

Viele waren überrascht, daß Bundesinnenminister Maihofer am letzten Montag bei den Verhandlungen gar kein neues Angebot vorgelegt hat, sondern mit dem schmierigen 3,8 %/4,2 % Angebot weitergemacht hat. Den Sozialdemokraten von der ÖTV ist daraufhin gar nichts übrig geblieben, als die Verhandlungen scheitern zu lassen.

Maihofer und seine Leute von „Bund, Ländern und Gemeinden" stehen im Interesse der Kapitalisten stramm. Seit in der Industrie Zulage um Zulage weggekürzt wird, sind plötzlich die Löhne für einfache Beschäftigung im öffentlichen Dienst vergleichsweise gut.

Das versaut den Kapitalisten den „Arbeitsmarkt". Denn es wirkt sich auf das Lohngefüge in der Industrie aus. Wenn die Regierung hier nicht spurt, dann wird sie nicht alt. Da braucht man kein Prophet dafür zu sein. Schließlich geht es um den Profit.

Daß Maihofer *auch in Prozenten* nichts anzubieten hatte, ist handfest bewiesen. Der DAG-Spalter Grotegut war im Fernsehen als Häufchen Unglück zu beobachten. Er hat *auch* das Scheitern erklärt. Obwohl er doch mit Maihofer bei den vorhergehenden Verhandlungen so einig war, daß sich der Tropf zu der Bemerkung, er halte das 3,8 %/4,2 % Angebot „für eine Grundlage der politischen Vernunft" hat hinreißen lassen. Wenn Maihofer angedeutet hätte, er sei bereit, so um die 5,5 % abzuschließen, wäre ihm Grotegut um den Hals gefallen und dran hängen geblieben. An „Scheitern" nicht zu denken. Aber, Maihofer kann nicht, darf nicht, will nicht zahlen.

In Prozenten kann er nicht zahlen, weil die Kapitalisten bei aller Liebe zur höheren Beamtenschaft nicht einsehen, warum man mit 5 bis 6 % Regierungsratschmierung die öffentlichen Haushalte kaputtmachen soll. In Festgeld darf und will er nicht zahlen, weil das den Stoßkeil, den die Kapitalisten zum Zweck des Lohndrucks gegenwärtig ausgebilden, morsch machen würde.

Es hat im öffentlichen Dienst vor Jahren Abschlüsse gegeben, da hat man sich über die Sozialdemokratie geärgert und gesagt, das hätte die Regierung auch freiwillig gezahlt, dafür braucht man keine Gewerkschaft. Freiwillig, ohne Kampf, zahlt die öffentliche Hand in dieser Lohnbewegung nicht mehr, als sie schon angeboten hat.

Die Sozialdemokraten, die die Gewerkschaften ÖTV, DPG und GdED in der Lohnbewegung führen und in Gestalt des Erich Frister von der GEW mit Herausschalten befaßt sind, wollten es nicht glauben, daß ihre Brüder in der Regierung so ruppig sind. Jetzt steht es fest.

Vor ziemlich genau einem Jahr wurde von der ÖTV und auch von der Postgewerkschaft ein Schlichtungsabkommen mit den öffentlichen Arbeitgebern vereinbart. Damals hat es geheißen, das brauche man, um den Absichten auf Streikverbot im öffentlichen Dienst die Spitze zu brechen.

Jetzt klammern sich die Sozialdemokraten verzweifelt dran, daß sie durch die Schlichtung was erreichen.

Das ist eine ganz verrückte Vorstellung. Im Lohnkampf geht es nicht um „Vernunft", „Einsicht" usw. Die Regierung folgt der kapitalistischen Vernunft, die zwingend einen Prozentabschluß vorschreibt. Und zwar einen niedrigen Prozentabschluß. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst folgen ihren Interessen und ihrer Vernunft, die zwingend einen Festbetrag, und zwar in der Höhe von 135 DM, vorschreibt, was auch im Interesse aller Arbeiter ist, weil es dem Preisverfall für die Arbeitskraft entgegenwirkt.

Maihofer hat viel Einsicht, bloß kapitalistische Einsicht. Die Zehntausende, die in dieser Lohnbewegung schon aktiv geworden sind, haben auch viel Vernunft und Einsicht, bloß eben proletarische Vernunft und Einsicht.

Es steht überhaupt nicht die Frage, wer „vernünftig" ist. Es steht die Frage, wer sich durchsetzt.

Der ganze Schlichtungszauber ist bloß da, um die Einheit der Belegschaften zu zersetzen. Angeblich tritt am nächsten Montag die Schlichtungskommission zusammen. Im Verlauf von sechs Werktagen muß sie eine „Empfehlung" aussprechen. Schafft sie das nicht, dann hat sie nochmal sechs Tage Zeit. Und dann hat sie nochmal zwei Werktage Zeit. Dann muß die Schlichtungsempfehlung da sein.

Das Ganze ist eine pure Verzögerungstaktik und hat den Zweck, den Lohnraub zu verdecken, indem man ihn nicht von den Verhandelnden rechtfertigen läßt, sondern von irgendwelchen bürgerlichen Professoren, abgetakelten Politikern oder sonstigen Leuten, von denen man denkt, daß sie im Fernsehen als Fleisch gewordenes Allgemeinwohl auftreten können.

Mit diesem Schlichtungszauber rechtfertigen die Sozialdemokraten jetzt, daß sie der Durchführung von Aktionen entgegenarbeiten. Das sind gefährliche Spalter. In Frankfurt haben die Postler schon vor einer Woche zu einer Konferenz eine Demonstration durchgeführt und beschlossen, daß sie Anfang dieser Woche wieder demonstrieren. Sie haben dabei ganz eindeutig ihre Absicht, mit den anderen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst zusammenzugehen, klargestellt. Im ÖTV-Bereich gibt es seit Wochen Bestrebungen, endlich zu großen Aktionen zu kommen. Die Sozialdemokraten, die dort in der ÖTV das Ruder in der Hand haben, haben jedoch dagegen geschossen und so sind am letzten Dienstag die Postler allein gegangen. In der Gewerkschaftszeitung von der GEW melden sich plötzlich „Tarifexperten" zu Wort, die mit irgendwelchen dummen Argumenten verlangen, für den Bereich der GEW müsse die Festgeldforderung in Prozente umgerechnet werden.

In Hunderten, wahrscheinlich sogar Tausenden von Beschlußfassungen und Resolutionen haben die Belegschaften und einzelne Abteilungen ihre Bereitschaft zum Kampf betont. Es kommt dauernd vor, daß unter Gewerkschaftsmitgliedern sogar gesammelt wird, damit man Klebezettel, ein Transparent oder ein Flugblatt machen kann. Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung aber mauern und sabotieren den Kampf.

Diese Leute rechnen kalt. Wenn die Belegschaften in Bewegung kommen und man zu Aktionen übergeht, dann zählen sie selber nicht mehr so viel. Dann zählt der Kampfwille und die Einheit der Massen. Das wollen sie nicht. Sie wollen Aktionen verhindern, weil Aktionen zwar den Interessen der Arbeiter entsprechen und das einzige Mittel sind, wie man vorankommen kann, aber ihrem politischen Einfluß schaden.

Jetzt denken sie, die Lohnbewegung könnte entmutigt werden, wenn man als Kreisverwaltung beharrlich mauert. Sie meinen, die Aktivität der Mitglieder würde nachlassen und Spaltung würde sich ausbreiten. Weil man mutlos wird. Diese Leute werden sich geschnitten haben. Die selbständige Bewegung im öffentlichen Dienst ist klug und hat Erfahrung. Man wird weiterhin auf die unerläßlichen Aktionen hinarbeiten, aber man wird sich nicht darauf einlassen, nichts mehr im Betrieb zu machen und nichts mehr vom einzelnen Betrieb ausgehend zu machen, bloß weil zentral das Nötige nicht passiert.

Die Aktionen werden fortgesetzt, der Druck auf zentrale Aktionen wird verstärkt. Deutlich wie noch zu keinem Zeitpunkt der Lohnbewegung treten die schmutzigen Absichten der Dienstherren hervor. Und daß sie bloße Hampelmänner von Kapitalisten sind.

Die 135 DM Forderung hat in den letzten Wochen ihre Kraft, die Bewegung zusammenzuhalten und zu einheitlichen Aktionen zu befähigen, bewiesen. Das läßt sich nicht durch ein paar Hampelmänner, die als Schlichter auftreten, aus der Welt schaffen. – (mf)

Lohnraub zu verdecken, indem man ihn nicht von den Verhandelnden rechtfertigen läßt, sondern von ir-
Transparent oder ein Flugblatt machen kann. Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung aber mauern
wiesen. Das läßt sich nicht durch ein paar Hampelmänner, die als Schlichter auftreten, aus der Welt schaffen. – (mf)

Interview: Wechselschichtdienst bei der Post

Interview: Wechselschichtdienst bei der Post

Weniger Lohn, mehr Arbeit

„Die Bundespost erwartet für 1976 eine Steigerung ihres Gewinns auf rund 400 Millionen Mark, gegenüber einem Plus von etwa 300 Millionen Mark 1975 ... Für die positive Entwicklung im vergangenen Jahr seien vor allem erhebliche Einsparungen beim Personalaufwand, bei der Betriebsführung und dem Unterhalt von technischen Einrichtungen maßgebend." (Süddeutsche Zeitung, 1. März) Welche Folgen diese Einsparungen beim Personalaufwand und bei der Betriebsführung für die Postarbeiter haben, zeigt das folgende Interview.

Ich arbeite am Hamburger Hauptbahnhof bei der Be- und Entladung der Postzüge. Die Arbeit richtet sich nach dem Aus- und Einfahren der Züge. Nachts ist am meisten zu tun. Es sind zwei oder drei Waggons, manchmal auch nur einer. Die Züge haben immer eine Haltezeit von 6 Minuten. In dieser Zeit muß man dann 10, 12 Karren mit 20 bis 30 Postsäcken ausladen. Wir arbeiten in einer Gruppe von 7 Mann, ein Gruppenführer und sechs, die arbeiten. Das geht ganz schön in die Knochen.

Wenn wir die Säcke nicht schaffen, muß der Gruppenführer das begründen gegenüber der Dienstaufsicht und gegenüber dem Personalchef. Im Winter kommt es oft vor, daß Züge Verspätung haben, andere kommen planmäßig an, dann überschneiden sich Züge. Dann wird die Gruppe aufgeteilt, daß an jedem Zug nur drei Leute arbeiten. Dann ist es oft nicht zu schaffen.

Ihr arbeitet in Schichten. Wie sieht das genau aus?

Es gibt 5 Schichten. Eine Frühschicht, eine Spätschicht und drei Nachtschichten. Wir arbeiten im Wechselschichtdienst. Das sieht z.B. so aus: Sonntag 21.30 bis 7.30, Dienstag 13.45 bis 23.45, Mittwoch Nachtschicht, Freitag 5.30 bis 14.30 usw.

Der Wechselschichtdienst und die Art der Arbeit, das hat natürlich Auswirkungen auf die Gesundheit der Kollegen. Im letzten Jahr ist ein Kollege, der war 56 Jahre, auf diese Dienststelle gekommen, der hat das nicht ausgehalten, die unregelmäßige Arbeitszeit, der ist dann an einem Herzinfarkt auf der Arbeitsstelle gestorben, nachdem er drei Wochen hier war.

Und die Kollegen, die schon länger hier arbeiten, die sehen älter aus als andere in ihrem Alter. Es ist auch festzustellen, daß viele Krankheitsfälle sind und typische Krankheiten für den Schichtdienst auftauchen, z.B. Magenkrankheiten.

Im öffentlichen Dienst wird gegenwärtig rationalisiert, und der Dienstherr hat vor, den Preis für die Arbeitskraft zu senken. Welche Methoden werden angewandt?

1975 ist diese Stunde in der Nachtschicht auf eine Stunde 15 Minuten verlängert worden. Und neuerdings ist es so, daß in regelmäßigen Abständen immer wieder jeweils eine Kraft in der Frühschicht in den längeren Pausenzeiten andere Arbeit machen muß, z.B. muß eine Kraft dann mal drei Stunden Drucksachen, also Werbeprospekte, verteilen in die Postsäcke.

Es gibt Anzeichen für die Verdichtung des Arbeitstages. Im Jahr 1974 ist die Arbeit intensiviert worden auf zwei Schichten, in einer Nachtschicht und in einer Frühschicht. Da müssen die Kollegen jeweils eine Stunde lang während der Pausen zwischen den Zügen „Ämter verteilen", das ist dazugekommen, die Säcke müssen für die einzelnen Ämter sortiert werden. Sonst haben das andere Kräfte gemacht, die sind jetzt nicht mehr da.

Es gibt weitere Anzeichen für die Intensivierung. Die Oberpostdirektion hat im Januar die Arbeit bemessen lassen, auf jeden Kollegen wurde ein Bemesser angesetzt. Das Ziel der Bemessung wurde nicht angegeben, aber es gibt viele Vermutungen, daß rationalisiert werden soll, daß die Gruppen verkleinert werden sollen. Daß dieselbe Arbeit statt von 6 Arbeitern nur noch von 4 oder 5 gemacht werden soll.

Das würde auch bedeuten für die Kollegen, die von hier versetzt werden, daß sie dann weniger verdienen. Hier sind sehr viele Zulagen. Ich war in der gleichen Lohngruppe und habe auf einer anderen Dienststelle 200 DM weniger verdient.

Gibt es Streichungen von Zulagen bei euch?

Mir ist bekannt, daß die Fahrgeldzuschüsse entfallen. Ich kenne einen Kollegen, der wohnt in Lüneburg, der bezahlt für eine Monatskarte über 100 DM, und er hat vorher 72 DM Zulage von der Post bekommen, und das ist ihm jetzt gestrichen worden. Ich nehme an, daß das für alle gilt.

Wie sieht das mit der Dienstaufsicht aus?

Einmal sind ja da die Gruppenführer, die jeweils eine Gruppe beaufsichtigen. Es gibt Gruppenführer, die auch antreiben. Die Dienstaufsicht beaufsichtigt alle Gruppen. Wenn sie anwesend sind, ist die Stimmung gereizter. Die Dienstaufsicht arbeitet natürlich nicht mit.

Wehren sich die Kollegen schon gegen die zunehmende Intensivierung der Arbeit?

Es gibt eine große Unzufriedenheit mit dem Arbeitsplan, also der Wechselschicht. Es ist eher eine Ratlosigkeit. Man unterhält sich oft, was die Bemessungen sollen, wo das noch hinführen soll. – (j. und h., Stadtteilzelle Hamburg-Altona)

Die ÖTV-Aktionen stärken die Einheit

Frankfurt/M. Am 16.3. haben die Kollegen von der Post zu einer Kundgebung und Demonstration vor dem Fernmeldehochhaus in der Frankfurter Innenstadt aufgerufen und demonstrierten schließlich durch die Innenstadt. Nach Angaben des Fernsehens waren es 3000, die Gewerkschaft sprach von 2000 Teilnehmern.

Um 11.30 Uhr versammelten sich dort Kollegen aus dem Postscheckamt, aus der Hauptpost und vielen anderen Bereichen, die zum Teil mit ihren Postautos ankamen. Auf Transparenten forderten sie 135 DM für alle gleich. Ein Redner der Ortsverwaltung begründete, warum diese Kundgebung heute notwendig ist. Um der unverändert sturen Haltung der Arbeitgeber mit ihrem beleidigenden Angebot den geschlossenen Willen der Postkollegen für 135 DM Festbetrag entgegenzustellen. Und ihre Bereitschaft zu Kampfmaßnahmen zu dokumentieren.

Ein Vertreter des Bezirksvorstandes der Frankfurter GEW gab den Vesammelten eine Solidaritätsadresse der Vertreterversammlung der GEW bekannt, die herausstellte, daß auch die Masse der Lehrer die Forderung nach 135 DM unterstützt, ebenso, wie sie die Maßnahmen, die zu ihrer Durchsetzung jetzt notwendig sind, den aktiven Streik der Kollegen im öffentlichen Dienst, unterstützen will.

Die Solidaritätsadresse wurde von den Kundgebungsteilnehmern mit großem Beifall begrüßt. Der Bezirkssekretär der DPG betonte, mit den Prozenterhöhungen der letzten Jahre hätten die Dienstherren, wie zum Beispiel ein Oberpostdirektor über 1500 DM mehr an Lohnerhöhungen eingesackt, während eine Postsekretärin nicht mal die Hälfte bekommen hat.

Die Dienstherren, die jetzt Sparen und Maßhalten brüllen, stecken ja nicht nur mit den Prozenterhöhungen viel Geld in die eigene Tasche, sondern sie haben auch bei den Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen nichts fürs eigene Portemonnaie zu befürchten. Aber für die Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten wurde der Fahrkostenzuschuß gestrichen.

Die Ministerialzulagen für die Dienstherren blieben weiter bestehen. Diese Ministerialzulagen machen zirka 90 Millionen DM aus. So viel, wie die Post jetzt in ihrem großen Rationalisierungsprogramm durch Kündigungen, Stellenstreichungen, Stellenbesetzungsstopp, Verschärfung der Arbeitshetze usw. einsparen will.

Angesichts der Zahl und der recht kämpferischen Stimmung der Kollegen sah sich der Bezirkssekretär auch gezwungen, zu sagen, daß jetzt zwar die Zwangsschlichtung einsetze, was laut Gesetz ein Stillstand und Verzicht auf gewerkschaftliche Aktionen erfordere, daß die Kollegen sich daran aber nicht werden halten können, wenn sie ihre Forderungen werden durchsetzen wollen.

Die Kollegen verabschiedeten auch eine Resolution, in der sie gegen das beleidigende Angebot des Staates protestierten. Aber die Kollegen wollten mehr als nur hier eine Resolution verabschieden und setzten sich mit ihren Transparenten zu einem Demonstrationsug in Bewegung unter den Parolen „DPG und ÖTV, gemeinsam gegen Lohnabbau", „gemeinsam sind wir stark für 135 Mark", „Postler schaffen allemal für Industrie und Kapital", „Gscheidle, daß du's weißt, der Tarifkampf, der wird heiß".

Dabei verklebten sie eifrig und unter Beifall der Zuschauer am Straßenrand Aufkleber. „ÖTV/Post und Bahn 135 DM voll durchsetzen!"

Maihöfer vertritt Ministergehälter

Frankfurt/M. Am Dienstag, dem 16.3.1976, fand im Gewerkschaftshaus eine erweiterte Delegiertenversammlung der ÖTV statt. Etwa 400 Delegierte, Vertrauensleute und interessierte Kollegen waren anwesend. Auch Vertreter der übrigen 12 hessischen Kreisverwaltungen. Auch etliche Kollegen der Post kamen im Anschluß an ihre Demonstration ins Gewerkschaftshaus. Der ÖTV-Bezirksvorsitzende Wolff stellte fest, daß die Ministerialbürokraten bei ihrem Einkommen kein Interesse an der Durchsetzung der 135 DM Forderung haben könnten. Gerade diese Leute vertrete Maihofer. Das seien die potentiellen FDP-Wähler, für die die SPD-Wähler die Zeche zahlen sollen.

Es gebe auch genug sozialdemokratische Amtsärsche, auch ehemals hitzige Jusos, die nun ihr soziales Gewissen vergessen hätten. Die SPD würde von alledem nichts merken und auf diese Weise ihre Wähler verlieren.

Jetzt stehe die Schlichtung an. Die ÖTV schlage dazu den Kollegen Gerhart Neukirch vor. Der ist Vorsitzender im Aufsichtsrat der Bank für Gemeinwirtschaft. Die andere Seite den ehemaligen Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Kubel. Am 10.4. sei die Schlichtung vorbei.

Eine Urabstimmung über das Schlichtungsergebnis müsse stattfinden. Er könne sich gut vorstellen, daß sechs- bis neuntausend Kollegen auf dem Römerplatz ihre Meinung zum Ausdruck bringen wollen und man dies auch anstreben solle. Man dürfe sich nicht von einer solchen Aktion überraschen lassen, sowas müse man schon im Auge haben.

Wolff behauptete angesichts der Demonstration der Postler, heute wäre es so, daß man nicht morgen in Frankfurt demonstrieren könne. Sein Ziel war, Aktionen jetzt zurückzudrängen mit dem Hinweis, nach dem Schlichtungsergebnis würde man dann gehörig einen draufmachen, das sei der richtige Zeitpunkt.

Rüsselsheim. 180 Arbeiter und Angestellte der Stadtverwaltung streikten eine halbe Stunde am Dienstag und machten eine Kundgebung vor dem Rathaus: für 135 Mark.

Heidelberg. Am 8.3.76 wurde auf der ÖTV-Mitgliederversammlung des Bereichs Hochschulfreie Forschung beschlossen, daß am Dienstag, dem 16.3. eine Demonstration durchgeführt wird, wenn der staatliche Arbeitgeber die 135 Mark-Forderung ablehnt. 80 Kollegen versammelten sich mit mehreren Transparenten auf dem Bismarckplatz: Post–Bahn–ÖTV kämpfen gegen Lohnabbau – 135 Mark! DKfZ-Kollegen fordern: Sofort Kampfmaßnahmen! GEW-Kollegen solidarisch mit 135 Mark! Nach kurzen Ansprachen, in denen herausgearbeitet wurde, daß es notwendig ist, an der Festgeldforderung festzuhalten und Kampfschritte zu ihrer Durchsetzung einzuleiten, zogen die Kollegen unter den Parolen „Festgeld macht die Einheit stark – hundertfünfundreißig Mark! Hundertfünfundreißig sind schon knapp, davon weichen wir nicht ab! Weg mit der Schlichtung!" zur ÖTV-Kreisverwaltung. Dort wurde eine Wandzeitung mit den Parolen an der Tür befestigt.

Darmstadt. Der Vertrauensleutekörper der Technischen Universität hat beschlossen, am 25.3. eine Kundgebung während der Arbeitszeit um 15 Uhr durchzuführen und anschließend eine Demonstration zur Großkundgebung der ÖTV in Darmstadt durchzuführen.

Maihofer: „Auch ein Generalstreik nicht ..."

Bielefeld. Mit den Parolen: „ÖTV-Kollegen kämpfen – Weg mit der 4 % Provokation – Streik für 135 DM", „Kein Feilschen um Prozente mehr, 135 DM müssen her" und „Weg mit dem KPD-Verbot – Weg mit dem Radikalenerlaß – Weg mit den Berufsverboten" suchten am Sonntagmorgen, dem 14.3., zirka 40 Kollegen der ÖTV und GEW den Innenminister Maihofer in Bielefeld zur Einweihung des „Liberalen Zentrums" auf.

Gegen die Forderung, mit der die Kollegen ihre einheitliche Stärke entwickeln, schleuderte Maihofer: „Darauf können Sie sich verlassen: Solange wie ich in dieser Regierung bin, wird im öffentlichen Dienst nicht der Kurs einer totalen Nivellierung der Löhne und Gehälter gesteuert, auch nicht um den Preis eines Generalstreiks." – (Ortsgruppe Bielefeld)

Kiel. 150 Kollegen hatten in einer Unterschriftensammlung eine Initiative des Vertrauensleutekörpers der Universitätskliniken Kiel und des Bundes gewerkschaftlicher Ärzte in der ÖTV zu einem Informationsstand am Montag anläßlich der dritten Verhandlungsrunde gefordert.

Auf Grund des Drucks der Kollegen wurde diese Aktion von der Hauptabteilung Gesundheitswesen und dem Kreisvorstand unterstützt.

Aufgehängt wurde ein Transparent mit der Forderung „135 DM weniger NICHT" an der Kantine. Eine Informationstafel zeigte auf, daß nur die 135 DM-Forderung geeignet ist, eine Kampffront gegen den geplanten Lohnraub der Regierung aufzubauen. Geld wurde gesammelt für ein Telegramm an die Große Tarifkommission, in dem die volle Durchsetzung der 135 DM Forderung notfalls mit Streikmaßnahmen gefordert wurde. Gesammelt wurden 70 Unterschriften für diese Forderung. Vier Kollegen traten auf Grund dieser Aktion in die ÖTV ein.

Jugendarbeitsschutzgesetz

Auch die letzten Hemmnisse für die Ausbeutung sollen fallen

Über den Bundesrat soll das neue Jugendarbeitsschutzgesetz jetzt in einigen Punkten weiter gegen die Jugendlichen verschärft werden. Daß die bürgerlichen Parteien im Bundestag im Januar das Gesetz verabschiedet haben, welches die jugendliche Arbeitskraft der Profitgier der Kapitalisten ausliefert, hat einigen Kapitalisten noch nicht gereicht. Verschiedene Kapitalistenverbände wie die des Hotel- und Gaststättengewerbes oder die Zeitungskapitalisten sind mit dem Gesetz nicht zufrieden. Baden-Württembergs CDU-Filbinger, wie man hört, selbst Mitbesitzer eines großen Hotels in Bad Krozingen, hat sich zum Sprecher dieser Unzufriedenen gemacht und im Bundesrat verlangt, daß auch die letzten Hemmnisse für die Vernutzung und Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft fallen. Jetzt wurde bekannt (Frankfurter Rundschau, 13. März), daß der Vermittlungsausschuß, den der Bundesrat angerufen hat, einen der Anträge Baden-Württembergs, „Jugendliche nach fünf Stunden Berufsschulunterricht wieder an die Ausbildungsplätze zu schicken“, bereits gebilligt hat. Die Regelung im neuen Gesetz hatte vorgesehen, daß die Jugendlichen danach nach Hause gehen können. Wird jetzt das Gesetz nach den Vorstellungen Baden-Württembergs so geändert, haben wir wieder die Regelung wie sie jetzt schon seit Jahren herrscht. „Noch nicht einig sei man sich über Ausnahmeregelungen, die vor allem das Handwerk, die Gastwirte und die Landwirtschaft gefordert haben“ (Frankfurter Rundschau) Hierbei sollen die Ausnahmeregelungen für das Sonntagsarbeitsverbot auf die Gaststätten und das Schaustellergewerbe erweitert werden. In der Landwirtschaft sollen die Jugendlichen generell um 6 Uhr zu arbeiten anfangen, wobei die Ausnahmeregelung fürs Melken ab 5 Uhr morgens natürlich erhalten bleiben soll.

Sonntagsarbeit verlangt

Auf was die Forderungen des Handwerks, der Gaststätten und der Landwirtschaft hinauslaufen, kann man deutlich an ihren öffentlichen Erklärungen ablesen. Das Hotel- und Gaststättengewerbe droht massiv, keine Lehrlinge mehr auszubilden, wenn nicht die Sonntagsarbeit wieder eingeführt wird. Viel Verständnis finden die Kapitalisten bei den bürgerlichen Parteien, nicht nur bei der CDU. SPD-Apel hat auf einer Wahlveranstaltung in Freiburg erklärt, daß er viele Gaststättenbesitzer kennt und man doch Verständnis für sie haben müsse und ihre Forderungen, da ist doch sonntags immer so viel los. Auch das Handwerk droht die Lehrstellen nicht zu besetzen. Die große Masse der jugendlichen Arbeitslosen und die Tatsache, daß viele sowieso nicht unterkommen, soll hier den kleinen Handwerkskapitalisten als Druckmittel dienen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Die Bestimmung im jetzigen Gesetz soll wieder geändert werden, daß die Jugendlichen unter 18 in der Regel nicht mehr vor 7 Uhr beschäftigt werden dürfen – außer in Schichtbetrieben, was vor allem die Großindustrie ist. Für diese Betriebe sind im neuen Jugendarbeitsschutzgesetz die Bestimmungen zugunsten der Kapitalisten ausgedehnt worden, so daß Akkordarbeit, ebenso Schichtarbeit für Jugendliche möglich ist (siehe KVZ Nr. 3/1976). Da wollen die kleinen Kapitalisten nicht nachstehen. In Bremen und in Mainz haben Elektrounternehmer jetzt mit einer „öffentlichen Großaktion“ begonnen. „Nach eigenen Angaben verschickte ein Elektrounternehmer in Mainz an rund 9 000 Betriebe, an Abgeordnete und Regierungschefs Briefe mit der Aufforderung, keine Lehrlinge mehr einzustellen.“ „Mein Vorschläg wäre, die Gewerkschaften und sonstige politische Gegner zur Besinnung zu rufen (z.B. unter Voraussetzung einer Kürzung der Lehrstellenvergütung von nur 1 Mark), um den echten Willen der Gewerkschaften nach Schaffung von Arbeitsplätzen zu testen.“ (Frankfurter Rundschau)

Hemmungslose Ausbeutung

Hier spricht ein einzelner Unternehmer aus, was die ganze Kapitalistenklasse erreichen will: Möglichkeiten zur hemmungslosen Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft, geschöpft aus einem riesigen Heer von Arbeitslosen bei gleichzeitiger Möglichkeit, diese Jugendlichen als billige Arbeitskräfte und somit als Lohndrükker gegenüber der gesamten Arbeiterschaft zu nutzen und somit die Arbeiterklasse versuchen zu spalten. Und der bürgerliche Staat, seine Parteien sichern diese Entwicklung ab. Die jetzt im Bundesrat geplanten Änderungen und das schon beschlossene neue Jugendarbeitsschutzgesetz liegen schon genau auf dieser Linie der Kapitalisten.

Proteste gegen das neue Gesetz

Diese Manöver müssen den Widerstand der Arbeiterklasse und ihrer Jugend hervorrufen. Und dabei werden die Positionen der Sozialdemokraten in die Brüche gehen müssen. Georg Benz, sozialdemokratisches Mitglied im IG-Metall-Hauptvorstand, nennt die Bestrebungen des Bundesrates einen „Betrug an der arbeitenden Jugend“. Jetzt, wo die letzten Reformtupfer von der Reaktion hinweggewischt werden, redet der Sozialdemokrat Benz vom „zwiespältigen Verhalten der verantwortlichen Parteien“. Die Politik der Unterwerfung unter die Politik des bürgerlichen Staates und seiner Regierung durch die SPD-Gewerkschaftsführer haben die Arbeiterklasse und ihre Jugend bisher daran gehindert, gegenüber dem neuen jugendarbeitsschutzgesetz wirksam zu kämpfen, und sie hindert die Arbeiter auch heute gegen dieses Gesetz Front zu machen und es rundheraus abzulehnen. Deutlich wird das an den Äußerungen des Bremer DGB-Vorsitzenden Schmidt zu den Erklärungen der Bremerhavener Elektrounternehmen. Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil, hat er erklärt und dann mit dem Entzug von besonders lukrativen Staatsaufträgen gedroht, wobei er auf seine Bremer SPD-Freunde in der Landesregierung schielt.

Für die Arbeiterklasse und ihre Jugend kann die Antwort auf die Bestrebungen im Bundesrat und seines Ausschusses nur sein: strikte Ablehnung des ganzen Gesetzes und Eintreten für Arbeiterschutzrechte, die die Jugend vor geistiger und körperlicher Erniedrigung bewahren und für die Arbeiterklasse die Kampfbedingungen für die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung erleichtern. Diese Position muß sich auch in den elementaren Klassenorganisationen des Proletariats, den Gewerkschaften, verankern, und die Auseinandersetzung darum wird auch schon geführt.

Bei Klöckner Osnabrück hat der Vertrauensleutekörper schon im Februar die Ablehnung des Jugendarbeitsschutzgesetzes beschlossen. „Der jetzige Entwurf zur Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes entspricht weitgehend den Forderungen der Verbände der Arbeitgeber. Diese kann nicht von der arbeitenden Jugend und von allen Arbeitern nicht hingenommen werden. In den Gewerkschaften muß jetzt verstärkt für unsere Interessen eingetreten werden, den jetzigen Entwurf dürfen wir nicht hinnehmen.“ Nach dieser Sitzung ist die Jugendvertretung des gleichen Werkes auf die Jugendversammlung gegangen, wo 200 Lehrlinge folgende Resolution verabschiedet haben: „Wir, die Jugendlichen der Klöcknerwerke AG, Werk Osnabrück, lehnen das neue Jugendarbeitsschutzgesetz entschieden ab. Es bedeutet eine große Verschlechterung unserer Situation, besonders in den Punkten Ausnahmeregelungen und Akkord- und Kinderarbeit, die wir nicht hinnehmen können. Dieses Gesetz zeigt deutlich, daß hier die Unternehmer ihre Interessen durchgesetzt haben. Wir fordern weiterhin die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen.“ – (j.k.)

Frauenklinik Tübingen

Unerträgliche Zustände bei der Ausbildung der Hebammenschülerinnen

Frauenklinik Tübingen

Unerträgliche Zustände bei der Ausbildung der Hebammenschülerinnen

mer DGB-Vorsitzenden Schmidt zu den Erklärungen der Bremerhavener Elektrounternehmen. Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil, hat er erklärt und dann mit dem Entzug von besonders lukrativen Staatsaufträgen gedroht, wobei er auf seine Bremer SPD-Freunde in der Landesregierung schielt.

terung unserer Situation, besonders in den Punkten Ausnahmeregelungen und Akkord- und Kinderarbeit, die wir nicht hinnehmen können. Dieses Gesetz zeigt deutlich, daß hier die Unternehmer ihre Interessen durchgesetzt haben. Wir fordern weiterhin die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen.“ – (j.k.)

Nach Auskunft des Bundesministeriums für Jugend Familie und Gesundheit wird gegenwärtig am dritten Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Ausbildung für nichtärztliche Heilberufe gearbeitet. Der zweite Entwurf ist offensichtlich aufgrund zahlreicher Proteste aus der Gewerkschaft ÖTV und aus den Krankenhäusern zurückgezogen worden. In diesem Entwurf hatte das Ministerium einen Angriff auf die Rechte vorbereitet, die sich die über 60000 in der Ausbildung stehenden Krankenschwestern und Krankenpfleger erkämpft hatten. Vorgesehen war die Streichung der Ausbildungsvergütung, die jetzt zwischen 670 DM im ersten und 880 DM im dritten Ausbildungsjahr liegt. Stattdessen sollte ihre Arbeitskraft den Dienstherrn kostenlos zur Vernutzung zur Verfügung gestellt, sie selbst mit einem BAFöG zwischen 200 und 380 DM abgespeist werden. Um sie ihrem Dienstherren vollständig auszuliefern, sollten ihre Rechte auf gewerkschaftliche Organisierung und auf Vertretung ihrer Interessen durch die Jugendvertretung gestrichen werden. Während sie ihrer Rechte als Lohnabhängige beraubt werden sollten, sah der Gesetzentwurf gleichzeitig vor, ihr Recht auf eine Ausbildung zu liquidieren. Das sollte durch die Einführung einer Stufenausbildung und einer Zwischenprüfung erreicht werden. Wer durch die Zwischenprüfung nach dem ersten Jahr herausgesiebt wird, steht mit 16 Jahren dem Dienstherren als Krankenpflegehelfer billigst zur Verfügung. Wenn dieser Entwurf jetzt vom Tisch ist, heißt das nicht, daß das Ministerium seine Absichten aufgegeben hat. Die folgende Korrespondenz berichtet über die Ausbildung der Hebammen in der Tübinger Frauenklinik. Die Rechte, die den Krankenschwestern und Pflegern genommen werden sollen, haben die Hebammenschülerinnen nicht gehabt. Wie die Klinikleitung ihre rechtlose Lage ausnutzt, demonstriert, was von einer Ausbildung nach den gesetzesvorhaben der Bundesregierung für alle in der Krankenpflege Tätigen zu erwarten ist. – (Red.)

Tübingen. 150 DM netto im Monat, bis zu 55 Stunden Arbeit in der Woche und völlige Rechtlosigkeit, das kennzeichnet die Situation der Hebammenschülerinnen an der Tübinger Frauenklinik. Seit dem letzten Jahr haben die Kampfaktionen gegen diesen unerträglichen Zustand zugenommen.

Die Situation der über 50 Tübinger Hebammenschülerinnen ist keine besondere. Überall werden die Hebammenschülerinnen unter ähnlichen Bedingungen ausgebildet und ihre Arbeitskraft schamlos ausgenutzt. Die Hebammenschulen sind den Frauenkliniken angeschlossen, die Klinikleitung ist zugleich die Leitung der Schule. Die Ausbildungsbedingungen sind in Richtlinien der jeweiligen Schule festgelegt. Tarifverträge gibt es nicht. Das bedeutet: keine Ausbildungsvergütung, stattdessen ein Schulgeld von 200 bis 250 DM brutto; kein Manteltarifvertrag, also keine gesetzlich begrenzte Arbeitszeit z.B.; kein Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und kein Anspruch auf Interessenvertretung durch die ÖTV. Ebensowenig Anspruch auf Vertretung durch den Personalrat und die Jugendvertretung. Stattdessen werden die Hebammenschülerinnen durch die Schulrichtlinien vielfältigen Zwängen unterworfen. So sind sie verpflichtet, in der Klinik zu essen und im Schulwohnheim zu wohnen. Die Tübinger Hebammenschülerinnen erhalten beispielsweise ein Netto-Monatsschulgeld von 130 von 160 DM. Im ersten Jahr müssen sie in Zweibettzimmern wohnen, obwohl keine von ihnen gegenwärtig unter 18 Jahre ist. Bis zum letzten Jahr hatten sie jeden Tag, häufig nach acht bis neun Stunden Arbeit in der Klinik, Unterricht. So kamen sie auf 50 bis 55 Stunden. Hinzu kamen alle zwei bis drei Monate 14 Nächte Nachtwache à 12 Stunden. Dabei gab es weder eine Überstundenbezahlung noch einen Nachtwachenfreiausgleich.

Wer an solchen Zuständen in der Ausbildung der Hebammenschülerinnen interessiert ist, liegt auf der Hand. An der Tübinger Frauenklinik sind die Hebammenschülerinnen fest in den Stellenplan einbezogen. Sämtliche Nachtwachen auf der Geburtenstation werden von jeweils einer Schülerin durchgeführt (bei 70 bis 80 Patienten). Nachtdienst im Kreißsaal machen jeweils ein bis zwei Hebammen und fünf Schülerinnen. Den Tagdienst auf der Geburtenstation verrichten ebenfalls hauptsächlich Schülerinnen. Das Verhältnis von Ausgebildeten zu Schülerinnen ist zwei bis vier zu acht bis zehn. Dabei sind die Schülerinnen in der Pflege praktisch die einzigen, die noch im Teildienst arbeiten, also den ganzen Tag über zur Verfügung stehen müssen.

Die theoretische Ausbildung wird von den dafür bestimmten Ärzten mit der linken Hand erledigt. Es gibt keine für die Lehre freigestellten Lehrpersonen. Die Folge ist, daß der Unterricht häufig ausfällt, weil der liebe Herr Doktor gerade nicht von seiner Station wegkann.

Solche Verhältnisse sind für die Klinikleitung natürlich glänzend. Billigstes Arbeitspersonal in Mengen, ohne Rechte gegenüber dem Dienstherrn, damit läßt sich kräftig an den „Personalkosten“ sparen, und die Ausbildungskosten fallen kaum noch ins Gewicht. Kein Wunder, daß da auch andere Appetit bekommen haben und in dem geplanten neuen „Nichtärztliche Heilberufe-Gesetz“ solche für den Dienstherren erfreulichen Zustände auch bei Krankenschwesternschülerinnen usw. zur Norm gemacht werden sollen.

Für die Hebammenschülerinnen sind diese Zustände hingegen ständig unerträglicher geworden, zumal das Schulgeld seit 1972 nicht mehr erhöht worden ist. Die Tübinger Hebammenschülerinnen haben sich das nicht mehr gefallen lassen. Zunächst haben sie durch eine Flugblattaktion einen Studientag in der Woche und eine Verkürzung der Nachtwachen von 14 auf 7 Nächte durchgesetzt. Jetzt haben sie einstimmig eine Resolution unterschrieben, in der folgende Forderungen erhoben werden: Schichtdienst, 40-Stunden-Woche, Überstundenfreiausgleich in den Nachtwachen, Offenlegung des Freiplans und des Gehalts, Beseitigung des Verpflegungszwangs.

Die Resolution wird in dieser Woche als Flugblatt in der Klinik verteilt und an die Klinikleitung, den Personalrat und die ÖTV verschickt. Vorbereitet wird eine öffentliche Konferenz zu den Forderungen der Hebammenschülerinnen, zu der alle Verantwortlichen und alle Interessierten eingeladen sind. Der Klinikleitung wurde ein Ultimatum gestellt, innerhalb von 3 Wochen einen Termin für die Konferenz zuzusagen. Über den Vertrauensleutekörper und die Jugendvertretung der ÖTV versuchen sie das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung zu erhalten.

An den Petitionsausschuß der Landesregierung wurde ein Brief geschickt. Darin wird eine Begründung dafür gefordert, weshalb das Schulgeld trotz der Preissteigerungen seit 1972 nicht mehr erhöht worden ist. In dem Brief heißt es u.a.: „Da wir keine tarifvertraglich festgelegten Ausbildungsbedingungen haben, sind wir gegenüber den Krankenpflegeschülerinnen benachteiligt. In diesem Zusammenhang fordern wir Sie auf, Stellung zu dem 2. Referentenentwurf des Gesetzes über nichtärztliche Heilberufe zu beziehen. Dieser Entwurf stellt unserer Meinung nach keine Verbesserung der Ausbildung dar, sondern versetzt im Gegenteil die Krankenpflegeschüler in die gleiche schlechte Lage, in der wir uns jetzt schon befinden.“ – (kn., Tübingen)

Streik an der Volksschule Wietzenbruch

„Schluß mit der Unterdrückung“

Celle. An der Wietzenbruch-Schule, einer Volksschule in Celle, wurde Ende Februar gestreikt. Der Schulsprecher sollte zwei Monate vor seiner Entlassung von der Schule verwiesen werden. Vorgeworfen wurden ihm Verstöße gegen die Schulordnung wie Rauchen, Verlassen des Schulgeländes, Sachbeschädigung, Knutschen auf dem Schulhof. Diese Vorwürfe konnten erstens überhaupt nicht in allen Fällen aufrechterhalten werden, und zweitens zeigen sie, daß die Schüler der Volksschule fast wie Gefangene behandelt werden. Einfachste Rechte werden ihnen verwehrt. So dürfen sogar die Sechzehnjährigen nicht selber entscheiden, ob sie rauchen oder nicht. Verstöße gegen die Schulordnung werden streng geahndet. Um die Schüler besser kontrollieren zu können, sind z.B. in den Toiletten keine Türen mehr. – Der Schulsprecher hatte sich für Toilettentüren eingesetzt.

Eigenmächtig wurde von der Schulleitung und dem Schulamtsdirektor entschieden, daß der Schulsprecher die Schule zu verlassen hat. Daraufhin erhob sich ein Proteststurm unter Schülern und Eltern, auch zwei Lehrer setzten sich für den Schülersprecher ein.

Die Schüler der siebten bis neunten Klasse streikten geschlossen für seinen Verbleib an der Schule. „Für Pewert (Schülersprecher) – gegen Gutsch (Schulleitung)“ und „Schluß mit der Unterdrückung“, forderten sie auf selbstgemalten Flugzetteln. Die Reaktion der Rektorin: Sie holte die Polizei an die Schule.

Der größte Teil der Eltern setzte sich auf einer Elternversammlung, zu der sich die Rektorin im Polizeiwagen fahren ließ und die durch Polizei vor den Schülern abgeschirmt wurde, für den Schülersprecher ein. Deutlich wurde, daß dieser nicht besser und schlechter ist als andere Schüler, daß die Schulleitung an ihm als Schulsprecher ein Exempel statuieren wollte. Dagegen wandten sich die Eltern. Deutlich wurde auch, wie verhaßt die Schulleitung an der Schule ist: „Wenn Sie sich nur noch mit der Polizei in die Schule wagen, wäre es dann nicht besser, Sie gingen ganz?“ griff eine Mutter die Schulleitung an.

Der Verweis gegen den Schulsprecher wurde zurückgezogen!

Inzwischen haben zahlreiche Schüler Vorladungen zur Polizei erhalten. – (Ortsgruppe Celle)

Der Oberschulrat mußte seine Rede abbrechen

Bremen. Weit über 2 000 Menschen kamen zu einer Veranstaltung zur Schulpolitik des Bremer Senats mit dem Senator Thape. Eingeladen hatte der Zentrale Elternbeirat, die Gesamtschülervertretung und die GEW. Thape bekam deutlich zu spüren, daß die Verhältnisse an den Schulen, für die er verantwortlich ist, immer weniger geduldet werden. Als er ausführte, daß Widerstand gegen seine Politik zwecklos sei, bekam er das mit anhaltenden Pfiffen quittiert. Sein Oberschulrat Schulmann mußte seine inhaltslose Dauerrede über die Orientierungsstufe abbrechen, als er anfing, sich über Schwierigkeiten von Kindern mit Heuschnupfen auszulassen. Podium und Parkett seien nicht zusammengekommen, schrieb der „Weser Kurier“ anderntags. Abgeschifft ist auch die CDU mit ihren Versuchen, aus der Bewegung gegen den Senat Kapital für ihre reaktionären Pläne zu schlagen. Ein Genosse des KBW zeigte den Versammelten auf, daß für die Schulen nur deshalb kein Geld da ist, weil der Senat an der kurzen Leine des Finanzkapitals liegt. Viel Beifall erhielt eine Mutter aus der neuen Vahr, als sie anprangerte, daß jährlich über 25 Prozent aller Hauptschüler keinen Abschluß erhalten. „Gegenüber dieser Auslese sollten die Kinder besser einheitlich ausgebildet werden“, führte sie aus.

Religion mit dem Schöpflöffel, sonst nur Magermilch

Stuttgart. Wie sich das baden-württembergische Kultusministerium unter Leitung von Hahn die Erziehung der Jugend vorstellt, kann man den „Arbeitsanweisungen für Hauptschulen“ entnehmen. „Die Jugend ist in Ehrfurcht vor Gott ... zu erziehen.“ Das schlägt sich auch darin nieder, wieviel Arbeitsanweisungen der schwarze Kultusminister für die einzelnen Fächer für nötig hält:

Religion	60 Seiten
Deutsch:	11 Seiten
Geschichte:	10 Seiten
Gemeinschaftskunde:	10 Seiten
Mathematik:	7 Seiten
Erdkunde:	6 Seiten
Biologie:	6 Seiten
Werken:	6 Seiten
Werken:	6 Seiten
Physik/Chemie:	4 Seiten
zusammen:	60 Seiten

Zu einem Artikel in „Metall“ Nr. 5/1976

Der Dreh mit der „Straffreiheitsregelung“

Am Freitag hat der Bundesrat die Neufassung des § 218, die einen Monat vorher vom Bundesrat verabschiedet worden war, an den Vermittlungsausschuß verwiesen. Nachdem die CDU/CSU schon in der Bundestagsdebatte ihren eigenen Entwurf fallengelassen hatte, verlangt sie jetzt eine Reihe von Änderungen und Ausbauten an dem reaktionären Gesetzeswerk.

Am selben Tag hat die Bischofskonferenz damit gedroht, die Katholische Kirche werde sich mit der Neufassung des § 218 „nicht abfinden“. Die Gesetzgebung habe „in einer der wichtigsten Lebensfragen unseres Volkes, dem Schutz des ungeborenen Lebens, versagt“.

Obwohl sich der Bundestag mit einer absoluten Mehrheit über die Forderungen des Bundesrats hinwegsetzen könnte, hat der Bundesjustizminister doch gleich eilfertig unterstrichen, daß es zahlreiche Übereinstimmungen in den Vorstellungen von Koalition und CDU/CSU gebe. „Beide Seiten bekundeten ... ihre Bereitschaft zur Verständigung“, schreibt die Süddeutsche Zeitung vom 13. März.

Die Bourgeoisie ist mit dem neuen Gesetz noch nicht zufrieden, der letzte Schliff fehlt noch. Daran wird gearbeitet. Für dieses schmutzige Werk ist den Parlamentariern die Kulisse von wild herumtobenden Pfaffen gelegen. Vogel hat darauf hingewiesen, daß die Katholische Kirche die Gesetzentwürfe aller Parteien verworfen habe. Die Sorge der Politiker ist, daß der reaktionäre Charakter ihres Gesetzeswerkes gleich jedem ins Auge springt. Also setzen sie darauf, daß sich ihr schändliches Werk vor dem schwarzen Hintergrund günstiger abhebt.

Sorgen, daß der reaktionäre Charakter des Gesetzes in die Augen springt, machen sich auch die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften. Denn wie sollen sie dort das Machwerk ihrer Parteifreunde vertreten? In der jüngsten Ausgabe der „Metall“ wird (im Nachrichtenteil) der Bundestag aufgefordert, den Einspruch des Bundesrats umgehend abzuschmettern. „Dann könnte“, heißt es weiter, „den verängstigten und kriminalisierten Frauen möglichst bald wenigstens mit dem übriggebliebenen Indikationsgesetz geholfen werden.“ Mit dem, was die Reaktion von der als „Jahrhundertwerk“ angekündigten „Reform des Strafparagraphen 218“ übriggelassen hat, geraten die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften offensichtlich in solche Schwierigkeiten, daß sie sich nicht mehr anders herauszuwinden wissen als durch äußerst plumpe Täuschungsmanöver. Da heißt es zu dem neugefaßten Paragraphen: „Danach bleibt eine Frau bei Schwangerschaftsabbruch immer dann straffrei, wenn sie über öffentliche und private Hilfen für Schwangere, Mütter und Kinder beraten worden, wenn sie von einem Arzt über die medizinischen Gesichtspunkte von Schwangerschaft und Abbruch aufgeklärt worden ist und wenn der Abbruch innerhalb der ersten 22 Wochen von einem Arzt gemacht worden ist.“

Es fällt gleich auf, daß der Schreiber schon darauf verzichtet hat, die berüchtigte soziale Notlagenindikation als Errungenschaft des neuen Gesetzes anzupreisen. Stattdessen streicht er die „Straffreiheit der Frau“ heraus. Da kann er nur hoffen, daß der Leser nicht nachsieht, was im Gesetz drinsteht. Denn diese „Straffreiheitsregelung“ ist so ziemlich das Übelste, worauf die Gesetzesmacher bei der vom Bundesverfassungsgericht diktierten Parlamentsaufgabe gekommen sind. Der SPD-Abgeordnete Müller-Emmert hat sich darüber in der Bundestagsdebatte freimütig ausgelassen. Daß nach dem alten § 218 in den letzten Jahren immer nur einige hundert Menschen direkt vor Gericht gestellt werden konnten, hielt er nicht für effektiv. Als einen der Gründe haben die Paragraphenkonstrukteure gesehen, daß eine wegen § 218 gestellte Frau nicht zu Aussagen gezwungen werden konnte. Solange ihr selbst eine Bestrafung drohte, konnte sie sich auf ihr Zeugnisverweigerungsrecht berufen. Durch die „Straffreiheitsregelung“ soll dieses Hemmnis für die Strafverfolgungsbehörden fallen. „Die Frau, an der ein Arzt einen Abbruch vorgenommen hat, hat nach unserem Entwurf in einem anhängig werdenden Strafverfahren kein Aussageverweigerungsrecht. Sie muß vielmehr voll aussagen. Dies wird dazu führen, daß sich ein Arzt sein Handeln sehr genau überlegen wird, da er mit seiner Überführung im Strafprozeß rechnen muß. Es wird daher für eine Frau nicht einfach sein, einen Arzt zu finden, der bereit ist, einen Abbruch ohne Indikationen vorzunehmen“, erläuterte Müller-Emmert genüßlich. Im Protokoll des Strafrechtssonderausschusses, dessen Vorsitzender er ist, hieß es: „Die Straffreiheitsregelung richte sich auch gegen die Laienabtreiber, die bisher unter dem Schutz des Schweigens der Frau, die sich auch strafbar gemacht hat, tätig werden konnten.“ Mit anderen Worten, das Gesetz erklärt die überwiegende Mehrheit der Frauen, die zu Abtreibungen gezwungen sind, wie bisher zu Verbrecherinnen. Sie werden durch Gesetz verpflichtet, den Arzt und auch den eigenen Ehemann wegen Beihilfe der Justiz ans Messer zu liefern. Wenn sie ihre Rolle als Denunziantin und Kronzeugin wie gewünscht gespielt haben, läßt man sie laufen. Soweit die „Straffreiheit der Frau“. Zusammen mit der Zwangsberatung ist die „Straffreiheitsregelung“ tatsächlich Kernstück des neuen § 218. Durch die Zwangsberatung, in die die Frauen mit dem Versprechen der Straffreiheit gelockt werden sollen, hat der Staat die Möglichkeit, sich noch umfassender als bisher in die Familienangelegenheiten der Massen einzumischen und den Frauen die „Wertvorstellungen“ der herrschenden Klasse einzubläuen. Wo die finsteren Künste der vom Staat beauftragten Berater nicht reichen, um die Frau dazu zu bringen, daß sie ein Kind gegen ihren eigenen Willen in die Welt setzt, soll sie zum Werkzeug der Justiz gemacht werden. Die Behörde hat sie in den Akten, und wenn sie illegal abtreibt, muß sie damit rechnen, vor Gericht gestellt und als Kronzeugin benutzt zu werden.

Für die große Mehrheit der Frauen, die sich den Staatsbehörden nicht ausliefern wollen, weder in der einen noch in der anderen Weise, wird dieses neue Gesetz also bedeuten, daß sie weiterhin illegal werden abtreiben müssen. Und die Geschäftemacher unter den Ärzten werden sich das gestiegene Risiko bezahlen lassen.

Es ist also mit der Neufassung dieses Gesetzes für die Volksmassen nichts „übrig geblieben“, womit sie sich auch nur einen Tag lang abfinden könnten.

Und wie sollte es den Sozialdemokraten in den Gewerkschaften gelingen, für dieses von Reaktion triefende Gesetz eine Anhängerschaft zu finden, die sich damit zufrieden gibt?

Die Forderung der Volksmassen ist schlicht und einfach: Der § 218 muß ersatzlos gestrichen werden. Der 1. Mai kann und muß dazu genutzt werden, der Reaktion diese Forderung entgegenzustellen und zu zeigen: Sie ist erst erledigt, wenn sie erfüllt ist.

IG-Chemie-Delegiertenhauptversammlung Köln fordert ersatzlose Streichung des § 218

Köln. Wir haben in der KVZ Nr. 9/1976 berichtet, daß sich der Frauenausschuß der IG Chemie in Köln erneut für die ersatzlose Streichung des § 218 ausgesprochen und die Neufassung des § 218 abgelehnt hat. Der Frauenausschuß hat seine Resolution am 13. März auf der Delegiertenhauptversammlung der IG Chemie Köln eingebracht. Die Resolution wurde ohne Änderungen mit 154 gegen 2 Stimmen von den Delegierten, die über 60 000 Chemiearbeiter vertreten, verabschiedet. Es wurde beschlossen, die Resolution auf der Bezirksdelegiertenkonferenz vorzulegen.

In der Resolution heißt es u.a.: „Wir protestieren gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und das neue Gesetz, das am 12. Februar zum § 218 im Bundestag verabschiedet wurde. Wir fordern die ersatzlose Streichung des § 218 aus dem Gesetzbuch.“ In der Begründung heißt es u.a.: „Die Aufrechterhaltung des § 218 widerspricht den Interessen der Lohnabhängigen ... Wenn die Kräfte, die in dieser Frage den Fortschritt wollen, noch nicht stark genug sind, so müssen gerade wir dafür sorgen, daß sie stark genug werden, und wir müssen nach wie vor alles daran setzen, den § 218 zu Fall zu bringen.“

Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!

Neufassung des
§ 218:
Die bürgerliche Reaktion verschärft die Strafverfolgung und Unterdrückung

Informationsbroschüre der Komitees und Initiativen gegen den § 218

Preis: 0,50 DM

zu beziehen über:
Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218
c/o A. Bilger, 6800 Mannheim, Glasstr. 4

Hoher Anteil von Fehlgeburten bei Arbeiterinnen

Bei berufstätigen Frauen ist der Anteil der Frühgeburten sehr viel höhrer als bei nicht berufstätigen. In der Gruppe der Mütter mit einem Kind betragen die Fehlgeburten 3,6 Prozent gegenüber 2,1 Prozent bei den nicht berufstätigen. Wenn die Frauen gezwungen waren, bei der Arbeit zu stehen, betrugen die Fehlgeburten 5,5 Prozent gegenüber 2,6 Prozent bei sitzender Tätigkeit. Das ergab eine Untersuchung der Universitäts-Kinderklinik Kiel, über die auf dem 6. Deutschen Kongreß für Perinatale Medizin berichtet wurde. Nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts entfällt bei Fehlgeburten der viermonatige Kündigungsschutz nach dem Mutterschutzgesetz. Ganz offensichtlich sind der Grund für den hohen Anteil von Fehlgeburten bei Arbeiterinnen die schlechten Arbeitsbedingungen. Den Frauen wird die Fehlgeburt als Krankheit angelastet, so daß die Kapitalisten die Frauen jederzeit entlassen können, wenn sie den Profitschindern aufgrund der Fehlgeburt nicht mehr genügend Mehrarbeit bringen.

Wyhl und die Landtagswahlen

Wölfe im Schafspelz

Wyhl. Mit großer Hektik fallen die bürgerlichen Parteien gegenwärtig über die Kaiserstühler her. Alle rufen: „Wählt uns in den Landtag, dann wird es großartig!“ Eppler, der Spitzenkandidat der SPD, erklärte, daß eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung nicht bauen würde, bis die Entscheidung im Hauptverfahren gefallen wäre. Die örtlichen SPD-Politiker rufen sogar die Bürger zum Zusammenhalt auf. Man fragt sich: Sind die Wölfe, die sich während des Landtagswahlkampfes den Schafspelz übergezogen haben, wirklich Schafe geworden? Sicher nicht. Böhme, SPD-Mitglied des Bundestages, erklärte auf einer Wahlveranstaltung in Weisweil: „Die Zukunft der westdeutschen Kernenergie liegt im verstärkten Export nach außen.“ Um den anderen Imperialisten Konkurrenz zu machen, soll das Volk Opfer bringen, soll vor allem auf die selbständige Vertretung seiner Interessen verzichten. Das wäre großartig für die Kernkraftwerk Süd. Es soll erreicht werden, daß die Entscheidung aus der Hand der Bevölkerung in die Hand eines bürgerlichen Gerichts gelegt wird.

Für die Menschen am Kaiserstuhl wird damit verlangt, die Entscheidung in die Hand des Gegners zu legen, denn noch kein Gericht hat bisher den Bau eines Kernkraftwerks verhindert. Letztlich ist mit dem Zusammenhalt, von dem die SPD redet, das Zusammenhalten mit den Kernkraftwerkskapitalisten gemeint. Die Reden der SPD-Politiker steuern in verschiedenen Varianten darauf hin, ihnen den Kampf zu übertragen, als wichtige Vorraussetzung, das Energieprogramm der Bundesregierung durchzusetzen. Das ärgert die CDU, und wieder einmal wird ihr Vermittler Späth ins Land geschickt. Späth will Wyhl jetzt doch zu einem Wahlkampfthema machen, hat er erklärt, um guten Willen zu zeigen. In Bispingen trat er auf, und etliche Mitglieder der kleinen Verhandlungskommission sprachen sich wiederum für die Annahme des Offenburger Papiers aus. CDU-Generalsekretär Fleischer erklärte, man sei bereit zu Gesprächen über Zusatzprotokolle, die „den Geist von Offenburg bestätigen“. Der Geist von Offenburg wurde von den Bürgerinitiativen abgelehnt, es war der Geist der Unterwerfung und der Aufgabe des Kampfes gegen das Kernkraftwerk. Die Erfahrung hat gelehrt, daß nur durch selbständigen Kampf das Kernkraftwerk verhindert werden kann. Fieberhaft sind jetzt die bürgerlichen Parteien und führende Mitglieder der Verhandlungskommission beschäftigt, doch noch diesen „Geist von Offenburg“ durchzusetzen. Das war zu erwarten, weil die Forderungen der Bürgerinitiativen darauf hinauslaufen, „das Projekt beliebig zu verzögern oder gänzlich zu verhindern“ (aus der Erklärung der Kernkraftwerk Süd). Die kleine Verhandlungskommission bringt die Bewegung gegen das Kernkraftwerk immer wieder in eine schwierige Lage. Einige haben schon so einen Haß auf die ständigen Intrigen hinter ihrem Rücken, daß sie resignieren wollen. Dazu besteht kein Grund. Die fieberhafte Aktivität zeigt nur, welche Angst die herrschende Klasse vor dem Kampf der Kaiserstühler hat. Und es zeigt, daß ein kampf nicht zu gewinnen ist, solange die Führung aus Leuten besteht, die schon wütend werden, wenn in einem Schreiben an die Landesregierung der Ministerpräsident nicht mit „Sehr geehrter“ angeredet werden soll. Man muß von der Kraft der Massen ausgehen. Dann ist leicht zu erkennen, was es für eine Stärkung des Kampfes bedeutet, wenn man diese Herren ins Abseits stellt und davon ausgeht: Landesregierung und Kernkraftwerk Süd sind unsere Gegner und nur durch unseren entschlossenen Kampf können wir den Bau des Kernkraftwerks verhindern. – (r., Emmendingen)



Brokdorf. Beim wasserrechtlichen Erörterungstermin in Brokdorf bekamen die Behörden zu spüren, daß die Bevölkerung an der Unterelbe den Bau eines vierten Kernkraftwerkes vor ihrer Nase nicht hinnehmen wird. Um bei dem Erörterungstermin über die Runden zu kommen, hatte sich die Behörde ein Spaltungsmanöver ausgedacht. Der Termin wurde in zwei Tage aufgespalten. Für Montag wurden für die Einheimischen gelbe Eintrittskarten ausgegeben, für Donnerstag blaue für die Menschen aus den entfernteren Orten. Am Montag waren 200 Polizisten aufgefahren, um die Sortierung durchzusetzen. Das Bild zeigt Demonstranten am Sperrgitter. Den ganzen Tag über verlangten über 100 Menschen Einlaß. Am Donnerstag setzten dann die über 400 Versammelten durch, daß auch die Bauern aus der Umgebung reingelassen wurden und ihre Gutachter. Die von der Behörde bezahlten Gutachter und die Vertreter von HEW/NWK bekamen keinen Fuß auf den Boden. Ein Fischer berichtete, daß er seit 1955 beobachtet, daß auf der Elbe immer mehr Gebiete entstehen, wo er nur noch vergiftete Fische fange, und daß, seit bei Stade Dow Chemical und VAW in Betrieb seien, die ganze Südseite der Elbe tot sei. Bei einer weiteren Belastung werde die Elbe völlig absterben.

Die Wahrheit mit Gefängnis bestraft

Paderborn/Dortmund. Das Paderborner Amtsgericht hat am 5. März den Studenten Dieter Kreimeier zu acht Monaten Gefängnis auf Bewährung, zusätzlich 320 DM Geldstrafe verurteilt. Das Gericht sprach den Angeklagten schuldig der Volksverhetzung, Verunglimpfung der BRD, Beschimpfung der Polizei und böswilliger Verächtlichmachung und Beleidigung. Abgestraft wurde damit vom Gericht, daß Kreimeier im Juni 1974 in seinem Buchladen eine Wandzeitung wegen des Todes des Duisburger Arbeiters Günther Routhier aufgehängt und dort Artikel aus der KVZ aufgeklebt hatte.

Bekanntlich ist Günther Routhier an den Folgen von Mißhandlungen durch die Duisburger Polizei gestorben, nachdem es während einer Arbeitsgerichtsverhandlung zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen und Routhier verhaftet worden war. Die Polizei hatte mit Beschlagnahmungen, Festnahmen und mit der gewaltsamen Auflösung von Kundgebungen und des Trauerzuges zu verhindern versucht, daß die Wahrheit über ihr Vorgehen ans Licht kam.

Im Prozeß hatte der Rechtsanwalt von Dieter Kreimeier die Vernehmung zahlreicher Zeugen beantragt, um den Beweis für die auf der Wandzeitung angeführten Tatsachen zu führen. Das Gericht lehnte all diese Anträge als „für die Urteilsfindung unerheblich“ ab. Entscheidend sei, daß der Angeklagte die Absicht verfolgt habe, „Aufhetzung“ zu betreiben. Als Beweis für diese Behauptung wurden insbesondere Ausdrücke wie „Kapitalistenklasse“, „Bürgerkriegstruppen“ usw. angeführt. Die Verteidigung habe kein Interesse an der Verteidigung, sondern am Angriff auf die Polizei, deshalb seien ihre Anträge abzulehnen.

Die Dortmunder Rechtsanwälte Brentzel und Schmid haben wegen einer Presseerklärung aus Anlaß von Polizeiübergriffen in Zusammenhang mit dem Tod von G. Routhier jetzt eine Vorladung vor ein Schöffengericht erhalten, nachdem sie gegen einen Strafbefehl von 1 400 DM Einspruch erhoben hatten. Die Rechtsanwälte berichten in ihrer Presseerklärung, daß die Zahl der Prozesse gegen das Vorgehen der Duisburger Polizei vermutlich auf bis zu 1 000 gewachsen ist.

Juso im VDS Kampagne zur „Novellierung des Hochschulrahmengesetzes" in Sicht

Studentenbewegung soll im Wahlkampf eingespannt werden

Gegenwärtig sind die Jusos dabei, einen neuen Vorschlag für den Kampf der Studenten zu lancieren. Bekannt wurde dieser Vorschlag auf der Landesastenkonferenz in Schleswig-Holstein. Sie planen eine zentrale Demonstration der Studenten im Sommer „Für Novellierung des HRG" (Hochschulrahmengesetzes). Annonciert ist dieses Projekt bereits durch den Juso Hartung, der im VDS-Vorstand ist und in der ersten VDS-Zeitung des Jahres einen Beschluß des VDS-Vorstandes zur Vorbereitung „umfassender Aktionen" gegen das HRG begründet.

Dabei beruft sich der Juso Hartung kurzerhand darauf, daß die Studentenschaften an den Hochschulen beschlossen hätten, gegen eine solche reaktionäre Hochschulgesetzgebung zu protestieren. Welche Studentenschaften und unter welchen Forderungen sagt er nicht. Davon geht er einfach aus. Die Tatsache, daß an den Instituten, Fachbereichen und Hochschulen sich die Studentenmassen keineswegs mit „Protest gegen reaktionäre Hochschulgesetzgebung" begnügen, sondern auf breiter Front der Unterdrückung, Schikane und Reaktion der bürgerlichen Staatsmacht durch Aktionen begegnen, verschweigt er.

Der Juso Hartung gibt sich enttäuscht von der Regierung, in der seine Parteifreunde sitzen. „Tagespolitisch", so erklärt er, „hat die Bundesregierung die 800000 Studenten abgeschrieben." Davon kann gar keine Rede sein. Jeder, selbst der, der das Geschehen an den Hochschulen auch nur durch die bürgerlichen Zeitungen verfolgen kann, weiß, daß die Unterdrückung der Studentenmassen an den Hochschulen durch die Regierung, ihre Kultus- und Hochschulbehörden noch nie so scharf war und ein solches Ausmaß angenommen hat wie gegenwärtig. „Abschreiben" tun die Kapitalisten etwas, mit dem sie genug Schweiß aus den Arbeitern herausgepreßt haben. Mit den Studenten haben die Kapitalisten dagegen erst etwas vor. Dafür sollen sie an den Hochschulen von der bürgerlichen Staatsmaschine gedrückt und gebrochen werden. Die tägliche Erfahrung dieses Zwangs und der Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat ist es, die den Widerstand und den Zusammenschluß der Studentenmassen hervorruft. Daß dabei das Vertrauen in die SPD-Regierung zu Bruch geht, ist etwas anderes. Den Juso Hartung drückt das. Für den Fortschritt der Studentenbewegung ist es gut. Der Juso Hartung versucht zu kitten durch Beschönigung der Regierungspolitik und durch Verschweigen aller Tatsachen, die den wachsenden Zusammenschluß der Studentenmassen und ihre politische Selbständigkeit ausdrücken. Selbständige Kämpfe verschweigt man und selbständige politische Forderungen erst recht. Das ist für einen echten Sozialdemokraten kein Problem. Aus dem Hochschulrahmengesetz, von der reaktionären Schmidt-Genscher-Regierung betrieben und mit Zustimmung der CDU verabschiedet, wird ein Gesetz auf „CSU-Linie" zur Verhinderung „sozialdemokratischer Hochschulreform".

Die Tatsache, daß die sozialdemokratische Reformideologie von „Chancengleichheit", „individuellem Aufstieg" und Interessenausgleich mit dem bürgerlichen Staat durch „Mitbestimmung" in den Hochschulverwaltungsgremien nicht standzuhalten vermag der Wucht, mit der sich der Gegensatz zwischen der Masse der Studenten und der Politik des bürgerlichen Staats herausgebildet hat, stört den Juso. Der Vorschlag „Novellierung des HRG" soll diesen Gegensatz abstumpfen und der sozialdemokratischen Ideologie vom Ausgleich der Interessen mit dem bürgerlichen Staat wieder Raum schaffen. Gleichzeitig verspricht sich der Juso-Vertreter im VDS-Vorstand davon eine gute Möglichkeit, der reaktionären Schmidt-Genscher-Regierung über die Hürden der kommenden Bundestagswahl zu helfen. Er deutet an, daß „bei entsprechenden Aktionen gerade im Vorfeld der Bundestagswahlen teilweise Änderungen nicht ausgeschlossen sind". Weil das so einfach keiner mehr abnimmt, müssen auch noch die „Auseinandersetzungen in SPD und FDP über das HRG" herangezogen werden, „daß ein Zurückschrauben der Ländergesetze auf die CSU-Leitlinien des HRG auf erbitterten politischen Widerstand stoßen wird".

Die Absichten der Jusos liegen auf der Hand: Über die Kampagne „Novellierung des Hochschulrahmengesetzes" soll die sozialdemokratische Reformideologie wieder neuaufgelegt werden und gleichzeitig soll etwas herausspringen dabei für die SPD bei den Bundestagswahlen und für den Juso Hartung vielleicht ein Referentenposten. Diese Politik, erst einmal durchgesetzt auf der bevorstehenden Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) – so rechnen die Sozialdemokraten –, wird dem selbständigen Zusammenschluß und Kampf der Studentenmassen für ihre Rechte und Forderungen das Wasser abgraben zugunsten eines Bittgangs der Studentenmassen an die Regierung und die SPD.

Für die bürgerliche Reaktion bedeuten diese Juso-Pläne eine Erleichterung ihres Angriffes auf die Rechte der Studentenschaft, weil sie die Studentenmassen gegenüber dem bürgerlichen Staat entwaffnen und sie zum Anhängsel der bürgerlichen Parteien machen. Die Reaktion fürchtet den Zusammenschluß der Studentenmassen im Kampf für ihre Rechte und Forderungen. Sie nutzt aus, was diesen Zusammenschluß schwächt, um die Studenten in vollständige politische Rechtlosigkeit und Abhängigkeit zu pressen. Die Studenten müssen bekämpfen, was auf Schwächung ihres Zusammenschlusses gegen die Reaktion des bürgerlichen Staatsapparates gerichtet ist, und diesen Zusammenschluß stärken. Deshalb muß das Juso-Manöver bekämpft und dafür eingetreten werden, daß die Vereinigten Deutschen Studentenschaften die Forderungen, deren Richtigkeit sich in den Kämpfen an den Fachbereichen und Hochschulen herausgestellt hat, erhebt, so daß die Studenten so in der Lage sind, an allen Hochschulen der Politik der Regierung mit einheitlichen politischen Forderungen und Zielen entgegenzutreten. – (hj)

Lernmittelgebühr statt Studiengebühr

Kultusministerium
Baden-Württemberg

An die
Universitäten des Landes
Baden-Württemberg

Stuttgart, den 16.2.1976

Betr.: Einführung einer Lernmittelgebühr bei den Universitäten
Beil.: 1 Entwurf der Rechtsverordnung

Bezugnehmend auf die Dienstbesprechung des Herrn Ministers mit den Herren Universitätspräsidenten und Rektoren am 15.12.1975 wird im Anschluß der mit dem Finanzministerium abgestimmte Entwurf einer Rechtsverordnung über die Erhebung von Lernmittelgebühren bei den Universitäten mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt. Die Rechtsverordnung soll am 1.4.1976 in Kraft treten. Die Universitäten erhalten hiermit gem. § 83 Hochschulgesetz Gelegenheit, zu dem Entwurf bis spätestens 12.3.1976 Stellung zu nehmen. Zugleich wird um Mitteilung gebeten, in welchen Studiengängen im Sommersemester 1976 Lernmittelgebühren erhoben werden und voraussichtlich in welcher Höhe.

In Vertretung
gez. Piazolo

„Mit der Lernmittelgebühr soll nicht die Studiengebühr wieder eingeführt werden. Die Studiengebühr ist durch Beschluß des Landtags vom 27.5.1970 abgeschafft worden." So umwerfend logisch beginnt die Begründung des Kultusministeriums Baden-Württemberg für den Entwurf einer Rechtsverordnung zur Einführung von Lernmittelgebühren an den Universitäten.

Mit dieser Rechtsverordnung, die spätestens zu Beginn des Sommersemesters in Kraft treten soll, verschafft sich das Kultusministerium die gesetzliche Grundlage, um die Ersatzgelder – nun als Gebühr – von allen Studenten einstreichen zu können.

Freilich weiß auch das Kultusministerium, daß für die Studenten die Unterscheidung von Lernmittel- und Studiengebühren ungefähr grad so bedeutend ist wie für die Massen der Unterschied, ob der Kohlepfennig eine Gebühr oder eine Steuer ist. In beiden Fällen kostet es Geld und was alleine für die Studenten zählt ist, daß der Staat ihnen durch Gebühr jetzt noch weitere Gelder aus der Tasche ziehen will „mindestens 10 DM und höchstens 100 DM pro Semester" (§ 3 der Rechtsverordnung).

Gegen die Ersatzgelder gab es an den württembergischen Universitäten bereits im letzten Semester eine breite Bewegung und vielerorts wurde die Zahlung der Ersatzgelder boykottiert. Der Grund liegt auf der Hand, denn die Zahlung von z.B. 100 DM bedeutet für viele Studenten eine unzumutbare Belastung.

Und weil das Ministerium weiß, daß sich an der Empörung der Studenten gegen diese Ausplünderung auch im nächsten Semester nichts ändern wird, hat es sich in der Rechtsverordnung gleich die Mittel verschafft, mit denen es die Studenten zur Zahlung zwingen will. „Werden Lernmittelgebühren nicht innerhalb der festgesetzten Frist bezahlt, so kann die Universität die weitere Aushändigung von Lernmitteln verweigern oder die Übungs- und Praktikascheine für Lehrveranstaltungen zurückbehalten, in denen Lernmittel abgegeben worden sind. Soweit die Immatrikulationssatzungen der Universitäten entsprechende Regelungen enthalten, kann die Immatrikulation oder die Rückmeldung im nächsten Semester von der Bezahlung der Lernmittelgebühren abhängig gemacht werden." (§ 5)

Offensichtlich ist der Unterschied zwischen Studien- und Lernmittelgebühren grad so groß wie der zwischen dem Kultusminister Hahn und einem hundsgewöhnlichen Erpresser.

Numerus-Clausus-Tests

„Mit Sicherheit die am besten Geeigneten"

Rund zwei Drittel aller Studienbewerber für das Sommersemester haben keinen Studienplatz in dem Fach ihrer Wahl erhalten. Dies teilte die zentrale Vergabestelle für Studienplätze mit. Uneinigkeit herrscht unter den bürgerlichen Politikern noch darüber, mit welchen Methoden die Auslese unter den Oberschülern und Abiturienten betrieben werden soll. Bezüglich des Hochschulzugangs für Oberschüler verhandeln sie dabei gegenwärtig das Problem, wie man am besten sicherstellen kann, daß vor allem jene Oberschüler einen Studienplatz erhalten, die bereit sind, sich der Bourgeoisie und ihrer Weltanschauung zu unterwerfen. Im Hochschulrahmengesetz wurden in § 33 als eine Auslesemethode „insbesondere entsprechende Testverfahren" festgelegt. Mehrere Psychologen wurden vom Bundeswissenschaftsministerium beauftragt, Testverfahren zu entwerfen, um die Auswahl unter den Abiturienten „wissenschaftlich" zu untermauern. Psychologisch begründete Ablehnungs- oder Zulassungsbescheide, das schwebt diesen Herren vor.

Zu den Psychologen, die dieses Geschäft für die Regierung betreiben, gehören die Herren Hitpass und Amelang, die für einen solchen Forschungsauftrag 410 000 Mark einsackten.

Zwar sind bislang die Forschungsergebnisse dieser Herren noch geheim. Bekannt ist jedoch, daß Amelang neue Tests aus bestehenden Leistungs-, Persönlichkeits- und Intelligenztests zusammenbasteln will. Wir haben uns diese bestehenden Tests einmal angesehen und untersucht, nach welchen Kriterien, werden sie als Zulassungstests verwandt, der bürgerliche Staat die Zulassung zu den Hochschulen regeln will.

Amelang will z.B. das „Freiburger Persönlichkeitsinventar" verwenden, von dem die bürgerlichen Wissenschaftler sagen, damit könne man „Aggressivität", „Erregbarkeit", „Dominanzstreben" usw. messen, alles Eigenschaften, die wohl negativ bewertet werden und dem „Idealstudenten", wie ihn sich der bürgerliche Staat wünscht, nicht entsprechen.

Da werden einem z.B. folgende Aussagen vorgelegt: Wenn mich jemand anschreit, schreie ich zurück. Ich schlage selten zurück, wenn man mich schlägt. Gibt man an, daß man zurückschreit, wenn man angeschrieen wird, zurückschlägt, wenn man geschlagen wird, daß man dieses Verhalten positiv finde, so gilt man als „aggressiv, auf Durchsetzung eigener Interessen bedacht...". Hält man dies alles für negativ, so sei dies ein Beweis für „Rücksicht und Mäßigung", dafür, daß man ein „differenziertes moralisches Urteil" habe und „Verständnis". Kurz, wenn man sich wehrt, so gilt das als ein Beweis für „Dominanzstreben", und solches paßt in das Bild des „Idealstudenten" nicht.

Denn im weiteren wird dann so vorgegangen, daß die Persönlichkeitsmerkmale der „erfolgreichen" Studenten gemessen werden, und wer diese Persönlichkeitsmerkmale dann nicht hat, soll keinen Platz in diesem Studienfach kriegen. Der erfolgreiche Student, das ist für den bürgerlichen Staat jener, der den Mund nur öffnet zur Lobpreisung dieses Staates und der bestehenden Gesellschaft und der schweigt, wenn der Professor blufft.

Neben den Persönlichkeitsmerkmalen werden dann auch die Fähigkeiten, etwas zu leisten, getestet. Im gebräuchlichsten Test, der dafür in Westdeutschland angewandt wird, steht da z.B. folgende Frage: „Was tun Sie, wenn Sie in einem Kino als Erster Feuer bemerken?"

2 Punkte erhält und als leistungsfähig gilt, wer antwortet: „Den Verantwortlichen holen." Die Antwort, die ein normaler Mensch zunächst gibt: Löschen, erhält 0 Punkte.

Man sieht, unter Leistung und Intelligenz wird verstanden, wer sich dem Staat unterwirft und sich für unfähig hält, selbständig zu handeln. Solche Sorte von Leistung und Intelligenz hätte der bürgerliche Staat bei den Studenten gern.

In einem Vortrag vor dem katholischen „Münchener Bildungswerk" verkündete der Psychologe Hitpass, daß diese Tests dazu führen werden, „mit Sicherheit die am besten Geeigneten für das richtige Fach zu finden". (Mainzer Allgemeine Zeitung, 12. März) Daran wird man zweifeln dürfen, denn es sind nicht unveränderbare „Charaktermerkmale", aus denen die Rebellion unter den Studenten erwächst. Sondern sie erwächst aus den Erfahrungen, welche sie an der Hochschule machen: Dazu gehört z.B. die Erfahrung, daß die bürgerliche Wissenschaft nicht nach Wahrheit strebt, sondern nach der wissenschaftlichen Untermauerung dieser Ausbeuterordnung, wie von den Herren Amelang und Hitpass vorexerziert.

Aktionstage und Demonstrationen

Bremen. Wie wir bereits in der letzten KVZ meldeten (Nr. 10, S. 10), traten zum Semesterbeginn die Studenten des Fachbereichs Architektur der Hochschule für Technik in den Vorlesungsstreik. Grund dafür ist die Streichung von Stellen, wodurch sich die Ausbildungsbedingungen der Studenten drastisch verschlechtern. Auf der Vollversammlung letzten Donnerstag wurde für Mittwoch und Donnerstag dieser Woche die Durchführung von Aktionstagen beschlossen. In Flugblättern in der Stadt und vor den Betrieben werden die Studenten ihre Forderungen nach Rücknahme der Stellenkürzungen darlegen. Beschlossen hat die Vollversammlung für Donnerstag weiterhin eine Demonstration zum Bildungssenator, um ihm die Forderungen zu überreichen.

Boykott der Studentenwerksgebühren beschlossen

Mannheim. An der Fachhochschule für Technik wurde der auf 3 Tage befristete Mensaboykott (vgl. KVZ Nr. 10) mit fast 100%iger Beteiligung zu Ende geführt. Auf einer von rund 100 Studenten besuchten Vollversammlung, eine der bestbesuchtesten seit langem, wurde mehrheitlich beschlossen, die Zahlung der Studentenwerksgebühren zu boykottieren

Die Studenten der Fachhochschule für Technik haben früher 5 DM an das Studentenwerk e.V. Esslingen bezahlt, ein Betrag, der aber auch seit langem nicht mehr erhoben wurde. Denn die Verwaltungskosten des Studentenwerkes waren gering. Die Übernahme des Studentenwerkes durch den Staat, bedeutet nun, daß eine Studentenwerksgebühr von 15 DM, fast ausschließlich für Verwaltungskosten erhoben wird.

Erfolgreicher Klausurboykott

München. Von 330 Medizinstudenten des 2. klinischen Semesters der Universität München verweigerten 290 die Teilnahme an der am 26.2. angesetzten Semesterabschlußklausur in Pharmakologie, die zum ersten Mal in diesem Semester hätte durchgeführt werden sollen. Das erfolgreiche Bestehen dieser Prüfung sollte u.a. Voraussetzung für die Zulassung zum ersten Teil des medizinischen Staatsexamens am 29.3.76 sein. Die Empörung der Studenten richtete sich vor allem dagegen, daß das für die Prüfung verlangte Wissen in Lehrveranstaltungen des letzten Semesters auch nicht annähernd vermittelt wurde. Auch die Prüfungsbedingungen und die Nachholmöglichkeiten waren von der Institutsleitung willkürlich und in entwürdigender Weise festgelegt worden. Um dennoch die Zulassung zum Staatsexamen zu erlangen, belagerten am 4.3. die betroffenen Studenten eine Stunde lang das zuständige Münchener Innenministerium, bis Innenminister Merk persönlich die Forderung nach Teilnahme an der Klausur fallen ließ.

Die 135 Mark sind richtig

Heidelberg. Die Fachschaft Medizin der Universität Heidelberg verabschiedete am 4.3. eine Erklärung, in welcher sie die Forderung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst nach 135 DM mehr für alle unterstützt.

Landesastenkonferenz Schleswig-Holstein

Kiel. Am 10.3. fand die Landesastenkonferenz Schleswig-Holstein statt. Als Punkt 2 der Tagesordnung wurden dabei die Berufsverbote behandelt. Mit fünf zu zwei Stimmen verabschiedete die Landesastenkonferenz einen Antrag des AStA Pädagogische Hochschule Kiel, in welchem die sofortige Zurücknahme der Entlassung des wissenschaftlichen Assistenten Dr. Mathias Tomczak vom Institut für Meereskunde an der Universität Kiel und die sofortige Übernahme des Juristen Winfried Meyer in die Referendarausbildung gefordert wird. Die weiteren Forderungen des beschlossenen Antrages sind: Weg mit dem besonderen Dienstrecht im öffentlichen Dienst! Weg mit dem Radikalenerlaß!

Recht auf Kriegsdienstverweigerung?

Letzten Sommer hat sich Georg Leber, Bundesminister für Verteidigung, Sorgen um das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gemacht. Die Presse war voll davon. Daß ausgerechnet der Bundesminister für Verteidigung vorschlägt, man solle die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer erleichtern, hat Verblüffung ausgelöst. Das soll Wählerstimmen geben. Ein Gesetz wurde „auf den Weg gebracht". Das „Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes" hat jetzt die Mühlen von gleich drei Ausschüssen durchlaufen. Es wird neuerlich vorgelegt werden und die bürgerliche Presse wird sich bald wieder damit befassen. Vielleicht soll es sogar im Wahlkampfbrei die Lockspeise für „die junge Generation" stellen.

Daß der Regierungsentwurf eine automatische Anerkennung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung vorsieht, ist eine Ente.

Geändert wird lediglich die Zuständigkeit für die Anerkennung zum Kriegsdienstverweigerer. Bisher war der Bundesminister für Verteidigung zuständig. Jetzt soll der Bundesminister für Arbeit und Soziales zuständig sein.

In der Presse liest man, nach dem neuen Gesetz solle vom Wehrdienst freigestellt werden, wer eine Erklärung abgibt, daß er das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung beansprucht.

Tatsache ist: Wer, wenn das neue Gesetz wirklich verabschiedet wird, eine solche Erklärung abgibt, bevor er eingezogen wird, wird nicht zur Bundeswehr eingezogen, sondern zum zivilen Ersatzdienst.

Als Kriegsdienstverweigerer anerkannt ist er aber bloß, wenn er entweder zum Zivilen Ersatzdienst einberufen ist oder zwei Jahre nach Abgabe dieser Erklärung nichts gehört hat.

Für den Fall, daß der Gebrauch dieses Rechtes aber den Bedarf der Streitkräfte stört, kann die Bundesregierung das Ganze durch einfache Rechtsverordnung aufheben. Dann müssen alle, die noch nicht zum zivilen Ersatzdienst einberufen worden sind, ihrer Erklärung eine Begründung nachschieben und werden geprüft. Bis der Bedarf der Streitkräfte gedeckt ist.

Wichtig ist, für diejenigen, die schon einen Einberufungsbefehl erhalten haben, oder die Reservisten ändert sich sowieso nichts. Höchstens daß sie jetzt schärfer geprüft werden.

Für einen Fortschritt mag das halten, wer den Bundesminister für Arbeit und Soziales für etwas Besseres hält als den Bundesminister für Verteidigung.

Leber geht auf Stimmenfang unter der Flagge „Schützer des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung". Das entspricht seiner Funktion als parlamentarisch geriebener Betrüger. Dabei unterstützt ihn die bürgerliche Presse durch Verdrehung von Tatsachen. Leber betreibt die Säuberung der Streitkräfte, das entspricht seiner Funktion als Beauftragter der herrschenden Klasse. Darin unterstützt ihn die bürgerliche Presse hauptsächlich durch Schweigen.

Verschärfung der Wehrdisziplinarordnung

Leber salbadert in der Presse von dem tiefen Vertrauen, das er in die junge Generation hätte, aber das ist bloß Gerede. In der Zeitschrift „Kampftruppen" läßt zur Frage des „Vertrauens" ein pensionierter Landgerichtsrat und Reserveoffizier heraus, daß „die Masse der jungen Soldaten keinerlei Gedanken an staatsbürgerliche Pflichten, an die Bedeutung der Freiheit, an die Sicherungen des Rechtsstaates verschwendet". Der Mann hat insofern recht, als tatsächlich die Masse der jungen Soldaten sich für die Freiheit, die der Landgerichtsrat meint, nicht erwärmt. Das weiß Leber auch.

Deswegen geht Hand in Hand mit der „Erleichterung der Kriegsdienstverweigerung", die erlogen ist, eine Verschärfung der Wehrdisziplinarordnung, die ziemlich handfest sein soll.

Im Vorfeld der Armee will Leber die Rekruten sieben. Zersetzende Elemente sollen verlockt werden, fernzubleiben. In der Armee wird der Druck verschärft. Gleichzeitig kann man Gift darauf nehmen, daß die Anerkennung von Soldaten aus der Truppe als Kriegsdienstverweigerer stark gedrosselt wird. So stellt sich Leber das Ganze als einen Akt der Befriedung der Armee vor. Dazu ist der Betrug nütze. Die „Erleichterung der Anerkennung" ist Betrug und für die gedienten Soldaten wird sie praktisch erschwert.

Das Gesetz muß man aber nicht für fertig halten. Es muß durch den Bundesrat. Heute schon ist sicher, daß es ähnlich ausgehen wird wie mit dem § 218. Im Volk soll der Eindruck einer „guten Absicht" verbleiben, während in Wirklichkeit die Staatskontrolle ausgeweitet wird. Zu dem Streit zwischen der SPD/FDP-Koalition und der CDU/CSU-Opposition und den verschiedenen Entwürfen schreibt der Berichterstatter des entsprechenden Bundestagsausschusses, der Abgeordnete Biermann:

„Beide Entwürfe gehen davon aus, daß bei Neuordnung des Verfahrens für Kriegsdienstverweigerer die Einrichtung und Funktionsfähigkeit der Streitkräfte als Rechtsgüter mit Verfassungsrang und das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung, als Freiheitsrecht des Bürgers ebenfalls Verfassungsrechtsgut, optimal geschützt werden müssen."

Im weiteren ist dann trocken und deutlich vom Bedarf der Streitkräfte die Rede. Dieser hat Verfassungsrang. Das heißt bloß, er steht nicht ausdrücklich drinö. Wie würde sich das auch lesen: „Jeder hat ein Recht auf Leben, ausschlaggebend ist der Bedarf der Streitkräfte." So ist es zwar, aber wer wird das dem Volk schon ins Gesicht sagen. Die Bourgeoisie hat einen Bedarf an Streitkräften, und die Deckung dieses Bedarfs ist mehr als ein „Verfassungsrang". Das ist ein Interesse. Dieses Interesse will die SPD/FDP geradeso „optimal schützen" wie die CDU/CSU. Das ist eine einfache, klare und verständliche Tatsache.

Vor wem muß das Recht auf Kriegsdienstverweigerung geschützt werden?

Interessant wird es, wenn gleichzeitig und sozusagen im gleichen Atemzug das „Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung" optimal geschützt werden soll. Man fragt sich: Vor wem muß dieses Grundrecht geschützt werden, durch wen muß es geschützt werden und wie muß es geschützt werden.

Zum Wie: Es wird durch *Gesetz* geschützt. Für das Wer ist wie bei allen Gesetzen die Staatsgewalt zuständig. Und zur Frage, vor wem das Recht geschützt werden muß, lassen wir den ehemaligen Bundespräsidenten Heuss sprechen, der in den fünfziger Jahren dazu „vor dem Massenverschleiß von Gewissen" gewarnt hat.

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung muß vor Abnutzung durch diejenigen geschützt werden, die es benutzen. Abnutzen sozusagen. In den letzten Jahren ist dieses Recht zigtausendmal benutzt worden.

Das hält das reichlichste „Verfassungsgut" nicht aus. Das ist Prostitution. Hier muß ein Rechtsgut optimal geschützt werden, sonst stirbt es aus wie die Störche und schmückt dann nicht mehr die Verfassungslandschaft. Spaß beiseite, die gegenwärtige „Reform" des Anerkennungsverfahrens als Kriegsdienstverweigerer ist bloß das Vorgeplänkel zur Abschaffung, zur praktischen Beseitigung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung.

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung stört die herrschende Klasse. Solange es besteht und wahrgenommen wird, ist die Autorität der Streitkräfte geschwächt. Das wirkt sich mannigfaltig aus. Keineswegs bloß darin, daß etliche sich der Dienstleistung in der Armee entziehen. Es wirkt auch auf die Truppe selber. Es trägt beständig Zweifel in die Gerechtigkeit der Ziele der imperialistischen Bourgeoisie in die Streitkräfte hinein. Es ist ein Stachel gegen den Kadavergehorsam. Ein Mittel zur Verhinderung etwa eines Einsatzes der Armee ist es nicht. Ein Mittel zur Verhinderung des Einsatzes der Armee ist bloß der bewaffnete Aufstand der Arbeiterklasse, der in der Armee als Meuterei durchgeführt werden muß. Wir Kommunisten, die für die proletarische Revolution eintreten, gehen in die Armee, um dort unser Teil zu tun. Wir sind überhaupt der Meinung, daß jeder Arbeiter in die Armee gehen soll. Solange es Waffen gibt, muß man sie beherrschen. Wenn die Bourgeoisie das Monopol auf Waffen hat, muß man sich der Militärfuchtel aussetzen, um das Waffenhandwerk zu erlernen. Trotzdem unterschätzen wir die praktische Bedeutung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung nicht. Es schränkt die Handlungsfähigkeit der Bourgeoisie und ihres Staates ein. Es fördert durch seine Existenz die Zersetzung in der imperialistischen Armee. Dieses Recht verteidigen wir. – (f.)

Kantinenstreik in Koblenz

Koblenz. Der 16. März war der erste Tag eines Kantinenstreiks in der Pionierkaserne. Die Soldaten fordern „einschneidende Preissenkung". Eine andere Forderung, die erhoben wird, ist „Abschaffung des privaten Kantinenpächters". Dieser erste Streiktag war ein Erfolg: Der Boykott der Kantine gelang, weil während der Öffnungszeiten Streikposten aufgestellt wurden. Am Abend erst erschien der Kommandeur des schweren Pionierbataillons 850, Oberstleutnant Michel, vor der Kantine. Er befahl allen vor der Kantine stehenden Soldaten, in ihre Einheiten abzurücken. Der Oberstleutnant kündigte bei Fortsetzung der Aktion Maßnahmen an, weil das eine politische Veranstaltung sei und politische Veranstaltungen in der Kaserne verboten seien. – Die Aktion ist vorbereitet worden von dem „Komitee Kantinenboykott". Das Komitee besteht aus Vertretern von vier Kompanien, der Panzerpionierkompanie 140 und der 2., der 3. und 5. Kompanie des schweren Pionierbataillons 850. Die Mitglieder des Komitees wurden von einer Soldatenversammlung bestimmt. – (nach einem Telefonbericht vom Soldaten- und Reservistenkomitee Koblenz)

Eine Beschwerde führt zur Neuwahl des Vertrauensmannes

Im Kampf gegen Schikanen einen Schritt voran

Am 23.2. wurde der Gefreite Neugebohm in der 4. Kompanie des Panzeraufklärungsbataillons 6 zum Vertrauensmann gewählt. Er erhielt von 125 abgegebenen Stimmen 105. Zweiter wurde der alte Vertrauensmann, Obergefreiter Hauschild, der vom Kompaniechef Hauptmann Kleyser begünstigt worden war.

Der Erfolg von Neugebohm mußte erkämpft werden. Er hat eine Geschichte, die es lohnt, wiederzugeben.

Im Oktober letzten Jahres war dem Pionierzug während einer Bereitschaftswoche ein Zusatzdienst von 18 bis 22 Uhr aufgebrummt worden, um zu verhindern, daß Soldaten zum wiederholten Mal Alkohol trinken.

Alle vier Wochen hat ein Zug der Kompanie sieben Tage Bereitschaft, das heißt er ist ständig im Dienst. Für die Mannschaften gibt es keinen Ausgang, man wird mehrmals am Tag oder in der Nacht herausgerufen, wo man mit Sturmgepäck und Gewehr antreten muß. Während der ganzen Woche herrscht absolutes Alkoholverbot.Solch eine Woche nervt die Soldaten ganz besonders, weil sie keine Gelegenheit haben, wenigstens am Abend der Kaserne den Rücken zu kehren. Dementsprechend kommt es fast in jeder Bereitschaftswoche zu Disziplinschwierigkeiten, Alkoholdelikten, vorläufigen Festnahmen usw.

So war es auch im Pionierzug, und am letzten Abend der Bereitschaft wollten sich der Bereitschaftszugführer rächen und die Mannschaften bestrafen. Er ordnete selbständig am Abend einen *vierstündigen Zusatzdienst* an, ohne vorher den Kompaniechef gefragt zu haben. Das ist nicht zulässig. Wir sollten Stuben- und Reviereinigen durchführen.

Beschwerde gegen den Zusatzdienst

Gegen diese Maßnahme beschwerten sich der Gefreite Neugebohm und der Zugsprecher, weil die Gründe für den Zusatzdienst vorgeschoben waren. Diese Beschwerde wurde vom *Kompaniechef* abgewiesen, ohne daß auf die Erwägungsgründe eingegangen worden wäre. Gegen diesen Bescheid des Kompaniechefs beschwerten sich die beiden beim *Bataillonskommandeur*. Der Kommandeur lehnte ebenfalls die Beschwerde ab. Auch er ging mit keinem Wort auf die wahren Hintergründe ein. Der Zusatzdienst sei zwar nicht vom Kompaniechef genehmigt worden, dennoch sei die Maßnahme gerechtfertigt gewesen. Diesmal beschwerten sich die beiden beim *Truppendienstgericht* Neumünster.

Gleichzeitig diskutierte man im Pionierzug recht ausführlich über die Aufgaben des Vertrauensmannes. Es war nämlich aufgefallen, daß der alte Vertrauensmann recht wenig zur Unterstützung der Pioniere in dieser Frage getan hatte. Es wurde auch beraten, welche Forderungen ein Vertrauensmann stellen müsse.

Ausgegangen wurde dabei von den brennendsten Problemen, die der Zug zur Zeit hatte. Am meisten brannte dabei die Regelung des Dienstausgleichs für zusätzliche Dienste auf den Nägeln. Für vier Tage Wache gibt es im Bataillon nämlich nur einen Tag wachfrei. Für GvD (Gefreiter vom Dienst) und UvD (Unteroffizier vom Dienst) gibt es keinen Ausgleich. Andere Kritikpunkte waren:

– Es gab nicht genügend Parkplätze für alle PKW-Besitzer, so daß man draußen ständig Strafmandate bezahlen mußte.

– Zwei Arbeitsanzüge und drei Paar Wollsocken sind zu wenig, weil es immer eine Woche dauert, bis die Wäsche gereinigt zurückkommt.

– Wir hatten recht unregelmäßig Mannschaftsversammlungen (wenn es hoch kam, einmal in drei Monaten). Eine Kontrolle des Vertrauensmanns war so kaum möglich.

All diese Probleme müßten in einem Vertrauensmannprogramm behandelt werden.

Der alte Vertrauensmann stellt sich gegen die Mannschaften

Am 23.12.1975 stellte sich dann heraus, daß der alte Vertrauensmann nicht nur einfach passiv war, sondern sich auf die andere Seite gestellt hatte. Und das kam so: Das Truppendienstgericht muß jedem Beschwerdeführer Einblick in die ihn betreffenden Akten geben. In diesem Fall war darunter auch eine Stellungnahme des Vertrauensmannes. Der führte darin sinngemäß aus, daß er den Zusatzdienst insgesamt für gerechtfertigt gehalten habe, daß der Bereitschaftszugführer ein besonnener Mensch sei und daß die Beschwerdeführer Unruhestifter seien, die ständig versuchten, andere Kameraden von ihrer Meinung zu überzeugen. Er hätte die Kameraden im Zug vor den beiden sowieso schon gewarnt.

Die Empörung im Pionierzug über diese Stellungnahme war natürlich riesengroß, zumal sich niemand daran erinnern konnte, jemals vom Vertrauensmann in dieser Sache angesprochen worden zu sein. Noch am 24.12. unterschrieben bis 10 Uhr *alle Mannschaftsdienstgrade* eine Resolution, in der sie feststellten, daß sie sich keineswegs durch die Beschwerdeführer beunruhigt fühlten und in der die Behauptungen des Vertrauensmannes zurückgewiesen wurden. Im Gegenteil wurden die Bemühungen der beiden um die Kameradschaft im Zug hervorgehoben.

Unfreiwillige Propaganda des Kompaniechefs für die Forderungen der Mannschaften

Nach der Weihnachtsdienstbefreiung ging die Diskussion um die Vertrauensmannwahlen weiter und der Gefreite Neugebohm faßte die Forderungen, die schon im Pionierzug besprochen worden waren, auf einem Din-A-4 Blatt zusammen, was er auch verteilte. Zusätzlich nahm er das Problem mit der Kantine auf, da sich dort mit Beginn der Kantinenreform nahezu alles verschlechtert hatte. Als der Kompaniechef davon Wind bekam, wurde er fuchsteufelswild.

In der Kompanie brach eine unheimliche Hektik aus. Der Gefreite Neugebohm mußte sofort zum Chef. Er untersagte ihm, weiterhin das Papier zu verteilen und machte sein Hausrecht geltend. Alle, die das Programm hatten, sollten es zurückgeben. Der Hauptmann konnte aber keine rechtliche Handhabe finden, den Gefreiten Neugebohm dafür zu bestrafen.

In dieser Situation wollte der Chef in die Offensive kommen. Er führte noch am selben Tag eine Kompaniebelehrung über das Programm durch, wobei er ellenlange Monologe führte. Und eine Diskussion war sowieso schwer möglich, weil die meisten das Programm noch gar nicht kannten. Die Belehrung war also angesetzt, um die Debatte von vornherein abzublocken.

Der Hauptmann begrüßte zuerst die „erfreuliche Initiative" eines Soldaten, führte dann aber aus, daß es so nicht ginge. Punkt für Punkt nahm er sich das Programm vor, um die Unmöglichkeit des ganzen nachzuweisen. Jedesmal aber, wenn er einen Punkt bruchstückweise vorlas, traf er in den Mannschaften nur auf Zustimmung für das Programm. Jedesmal erklärte er jedoch nach längerem Herumreden jeden dieser Punkte für unerfüllbar. Die militärischen Anforderungen, irgendeine ZDV und der Gesamtausbildungsplan mußten jeweils dafür herhalten, die Unerfüllbarkeit dieser Forderungen zu erklären. Besonders zuwider war dem Hauptmann die Forderung nach *regelmäßigen Mannschaftsversammlungen.* Das sei im Vertrauensmännergesetz nicht vorgesehen. Deshalb hat er es auch trotz mehrmaliger Aufforderung abgelehnt, einer Diskussion des Programms in Abwesenheit von Unteroffizieren und Offizieren Platz im Dienstplan zu geben.

Unfreiwillig aber hat der Hauptmann dabei zur Verbreitung des Programms beigetragen, und er hat viel dazu beigetragen, daß die Soldaten Klarheit über ihn selbst gewonnen haben. Ein Soldat nach der Belehrung: „Jetzt ist mir so richtig klargeworden, was das für ein Typ ist, der sieht nur seine Karriere und kümmert sich einen Dreck um unsere Interessen." Die Belehrung war eine Niederlage für den Chef. Er fand keinen, der ihn unterstützen wollte. Alle waren gegen ihn.

Versuche, die Wahl zu beeinflussen, scheitern

Nachdem der Hauptmann mit diesem Überraschungsangriff keinen Stich gewinnen konnte, versuchte er hintenum Reklame für den alten Vertrauensmann bzw. gegen Neugebohm zu machen. Eine Ausbildungseinweisung für die Unteroffiziere wurde dazu genutzt, Stimmung gegen Neugebohm zu machen. Die Unteroffiziere sollten daraufhinwirken, daß nur Zeitsoldaten gewählt werden. Neugebohm war der einzige wehrpflichige Kandidat. Der Mörserzug durfte nicht eher in Wochenendurlaub, bevor nicht zwei Kandidaten nominiert wurden, die ebenfalls Zeitsoldaten waren. Noch am Wahltag tönte der Hauptmann im Geschäftszimmer: „Daß mir keiner den Neugebohm wählt!" Einen Unterricht bei den Kanonenzügen nutzte er, die Vorzüge von Hauschild zu beschreiben.

Das alles hat nichts genutzt. Der Gefreite Neugebohm siegte überlegen. Sicher, viele Stimmen hat er einfach für sein unerschrockenes Auftreten und nicht für das Programm bekommen. Die Debatte war seitens der Kompanieführung ja weitgehendst verhindert worden.

So ist es auch zu erklären, daß der Obergefreite Hauschild immerhin noch 50 Stimmen erhielt. (Jeder Wähler hat drei Stimmen).

Erste Erfolge für das Programm

Für jeden Privat-PKW gibt es jetzt einen Parkplatz auf dem Kasernengelände. Ein dritter Arbeitsanzug bzw. eine zweite Panzerkombi sind in Aussicht gestellt, ebenso fünf Paar Wollsocken. Zur Zeit läuft ein Kantinenboykott. Innerhalb einer Woche gab es zwei Mannschaftsversammlungen während der Dienstzeit.

Der Hauptmann ist allerdings besonders hartnäckig geworden, was die Frage des Dienstausgleiches betrifft. Es ist zum Beispiel nicht gelungen, auch nur eine Stunde Dienstausgleich für eine Woche Truppenübungsplatzaufenthalt in Putlos zu erreichen, wo die Kompanie im Schnitt eine 70-Stunden-Woche hatte. Jedes Zugeständnis an die Mannschaften wird für den Hauptmann zu einer Prestigefrage.

Dort jedoch, wo Forderungen durchgesetzt sind, zeigt es sich, daß die Einheit eine Voraussetzung für den Erfolg ist.

Dieser Kampf öffnet unweigerlich die Augen für die Grundlagen und Ursachen des entrechteten Daseins, das die Soldaten widerstandslos hinnehmen sollen. Jeder Erfolg gegen die Selbstherrlichkeit eines Offiziers macht Mut, sich gegen weitere Schikanen zur Wehr zu setzen. – (Soldat xy, 4./6.)

Portugal:

Neue Stürme bereiten sich vor

„Streik vom Norden bis zum Süden des Landes" – mit dieser Überschrift kommt am 11. März die Tageszeitung „diario popular" heraus. Schon in der letzten Woche des Februar beginnt diese Bewegung. Typisch ist zunächst die Arbeitsniederlegung in der kleinen Fabrik. Zum Beispiel der Streik der 360 Arbeiterinnen der CONLUS, einem portugiesischen Ableger eines kanadischen Multinationalen. Seit Mai 1975 wurde hier nur kurzgearbeitet. Dann, nach dem 25. November, hielten die Kapitalisten den Augenblick für günstig: Sie zahlten Dezember, Januar, Februar überhaupt keinen Lohn, selbst das Weihnachtsgeld nicht. Lohnaußenstände sind noch ab April 1975 nachzuzahlen. Der Betrieb schuldet der Krankenversicherung 300 000 DM. Der nationalisierten Bank schuldet er 190 000 DM. Jetzt sollten 200 Arbeiterinnen entlassen werden. Es kommt zum Streik, schließlich zur Besetzung des Betriebs. Der Streik dauert an.

Um Lohnrückstände seit Dezember handelt es sich in den meisten bestreikten Betrieben. In der Firma Tomé Feteira will der Kapitalist die tariflich ausgehandelten Löhne nicht mehr zahlen: Streik! In der Fabrik Guérin setzt der Kapitalisten eigenmächtig die gewählte Arbeitervertretung ab und sperrt ihren Mitgliedern den Lohn: Streik! Die Regierung erläßt am 25. Februar ein Dekret, das Lohnkürzungen für die Gas- und Elektrizitätsarbeiter zur Folge hat. In Porto gehen diese in den Streik!

Die Arbeiter der Firestone setzten einen amerikanischen Verwaltungshengst im Betrieb für einige Tage fest, weil Firestone die noch ausstehenden Löhne nicht zahlen will. In vielen Betrieben kommt es zu Besetzungen: Firestone, Fritz Meyer, Sacor, Transportes Estefania, CONLUS, Tomé Feteira. Bei anderen Betrieben kommt es zu Demonstrationen zum Arbeitsministerium und dort meist zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Scheinbar sind diese Streiks weniger fortgeschritten als im Herbst vorigen Jahres, sowohl was ihre Ziele, ihre Zahl und ihre Methoden angeht. Der Schein trügt. Man muß bedenken, daß die Arbeiter vor dem 25. November vielfach Spielball waren für Leute, die ihre eigenen Tore schießen wollten.

Heute sieht man sofort, daß Selbständigkeit in den Kämpfen gegen die Kapitalisten erwacht.

Die Streiks ergreifen neue Schichten

Ein weiteres ist bedeutsam. Die Streiks und Kämpfe bleiben nicht auf die Industriearbeiter beschränkt. Neben ihnen treten die Angestellten auf den Plan. Hier vor allem die Krankenpfleger und Krankenschwestern, die ab dem 12. März in den Streik treten, und zwar im ganzen Land. Weiter treten in einzelnen Städten die Busfahrer in Streik. Und schließlich kommt es am 11. März zum Streik der Mittel- und Oberschüler, dem sich im ganzen Land viele Schulen anschließen. In Setubal streiken allein 60 000 Schüler. Diese letzten Streiks richten sich schon ausschließlich gegen die Regierung.

Diese ganzen Bewegungen gehen einher mit Bewegungen ebenfalls unter den Fischern, die in zwei Küstenstädten von einer Aussperrung seitens der Schiffsbesitzer betroffen sind, was, obwohl illegal, zu keinem Eingreifen der Regierung führt.

Und weiter haben wir schon in der vorigen KVZ berichtet, daß der sogenannte „Kartoffelkrieg", der in Vagos begann, sich dann nach Pombal ausbreitete, Braga und Bragança ergriff. Auch dieser „Kartoffelkrieg" ist mehr und mehr selbständig. Die faschistische „Konföderation portugiesischer Landwirte" hatte schon am 28. Februar in einem Kommuniqué mitgeteilt, sie sei zum Urteil gelangt, „mit allen Mitteln jede Haltung oder drastische Maßnahme zu vermeiden, die den Prozeß vor den Wahlen in Gefahr bringen könne"; doch die Kleinbauern und Kooperativen ergriffen im Kartoffelkrieg zum Teil recht „drastische" Maßnahmen.

Dies alles findet mitten im Wahlkampf statt. Das ist nicht schlecht. Die Arbeiter können sich was rausnehmen. In der Regierung weiß man nicht recht, wie zu antworten ist.

Man muß aber nicht meinen, daß Portugal schon den Platzregen des Gewitters erlebt. Man muß auch nicht meinen, daß die wirtschaftliche Krise, die die portugiesische Bourgeoisie durchmacht, ganz so ist wie derzeit in anderen kapitalistischen Ländern. Es ist die nun fast zweijährige Erfahrung eines harten Klassenkampfes, der das Bewußtsein des Volkes gehoben hat, was das Herauskommen aus der Krise den Kapitalisten erschwert.

Aber es ist noch mehr.

Reaktionäre Träumereien

Champalimaud, einer der großen zehn oder zwanzig großen portugiesischen Finanzhäuptlinge des Faschismus, der nach dem 11. März 1975 außer Landes ging und dessen Besitz zum größten Teil nationalisiert wurde, sagte in einem Interview mit der reaktionären Zeitung „O Pais" (5. März) auf die Frage, was er von der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage in Portugal halte und welche Aussichten er für eine Wiederherstellung des „Gleichgewichts" auf kurze Zeit sehe, unter anderem folgendes:

„Um das Übel kennenzulernen und das Heilmittel zu finden, muß man die Gründe kennen. Ich will drei hauptsächliche nennen: politisch-soziale Anarchie, legislative Unverantwortlichkeit und Demagogie und die Preisgabe der Reichtümer der afrikanischen Territorien ... Von diesen Gründen sind die ersten beiden überwindbar, wenn man schnellstens mit der Atmosphäre und den Kräften, die dem zugrunde liegen, Schluß macht; der letzte Grund ist unglücklicherweise – zumindest auf kurze Sicht – unlösbar. (...) Wenn ihnen auch für einige Zeit durch die Gehirnwäsche' der linken ‚Massenmedien' die Ungeheuerlichkeit entgangen ist, die die sinnlose – in 18 Monaten vollzogene – Liquidierung einer Anstrengung von 500 Jahren darstellt, so wird ihnen der Zucker-, Kaffee-, Benzinpreis sowie der Preis für so unendliche Rohstoffe, die wir früher selber produzierten und jetzt aus dem Ausland kaufen müssen, vielleicht die Augen öffnen ..."

Champalimaud geht dann darauf ein, daß er die Nationalisierungen nicht akzeptieren könne und erst die Rückgabe seiner Hauptbank „Banco Pinto e Sotto Mayor" ihm das „Vertrauen" wiedergeben könne. (Diese Rückgabe wird übrigens von einigen Vertretern der Staatshierarchie erwogen; andere wollen lediglich die Möglichkeit eröffnen, daß private Banken wieder eingerichtet werden können, was letztlich auf das gleiche hinauslaufen würde.)

Aber bleiben wir bei den Äußerungen Champalimauds über die „fünfhundertjährigen Anstrengungen" oder: die Kolonien. Portugals Finanzbourgeois haben ihre Imperien in erster Linie auf die skrupelloseste Ausbeutung der Menschen und Rohstoffe der afrikanischen Kolonien gegründet. Ab 1960 begannen sie, Champalimaud z.B. durch den Bau der Stahlfabrik Siderurgia, mehr und mehr die portugiesischen Arbeiter unter ihrem Befehl zu organisieren, aber ihre unermeßlichen Gewinne bezogen sie nach wie vor aus den Kolonien. Für die Imperialisten waren diese zehn oder zwanzig Finanzfamilien angenehme Brüder, weil sie sie an den Rohstoffen der Kolonien teilhaben ließen. Wenn die Imperialisten von Portugal sprachen, dann meinten sie Angola, Guinea-Bissau, Mozambique, d.h. Gold, Diamanten, Erdöl, Erz, Kakao, Baumwolle, Kaffee...

Heute ist das nicht mehr. Portugal besitzt keine einzige Kolonie mehr und ist diesbezüglich für die Imperialisten fast so uninteressant geworden wie San Marino.

Man kann die portugiesische Wirtschaft vor dem 25. April nur richtig verstehen, wenn man auf die Kolonien und ihre Ausplünderung sieht. Man kann das schreckliche Durcheinander in dieser Wirtschaft heute nur dann richtig verstehen, wenn man auf die Siege der Befreiungsbewegungen in Afrika und Timor sieht, die Portugal von einer unermeßlichen, beliebig ausplünderbaren Rohstoffquelle abgeschnitten haben – „eine Ungeheuerlichkeit innerhalb von 18 Monaten", wie Champalimaud sagt.

Eine Wirtschaft, die so auf Kolonialplünderung ausgerichtet ist, wird man durch „Nationalisierungen", so sehr diese auch gefeiert sein mögen, nicht aus der Notlage, plötzlich ohne Kolonien dazustehen, befreien. Denn was geschieht? Champalimaud gibt es ganz richtig an: Die Rohstoffe „müssen wir nun im Ausland kaufen". Das ganze Gewicht der imperialistischen Konkurrenz schlägt auf die portugiesische Industrie mit einem Male hernieder. Und dieser Stoß wird verschärft durch eine weltweite Krise. Das kann nur zu gewaltigen Erschütterungen in der Struktur der gesamten Wirtschaft führen.

Der Weg des Volkes und die Auswege der herrschenden Klasse

Wie soll man dieses Dilemma lösen? Es zeichnen sich hier deutlich drei Wege ab. Der eine Weg ist gangbar. Es ist der Weg des Volkes. Er setzt die Revolution des Volkes voraus unter Führung der Arbeiterklasse, die vollkommene Umgestaltung der Wirtschaft unter dem Gesichtspunkt des Arbeitervolks und die Aufnahme der engsten Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt im Kampf gegen die Hegemonie der Supermächte.

Die beiden anderen Wege sind Wege der Finanzbourgeoisie, der Großgrundbesitzer und Imperialisten. Sie stehen beide in krassem Gegensatz zu den Interessen des Volkes. Der eine Flügel der herrschenden Klassen, eben solche Leute wie Champalimaud und seinesgleichen – sie träumen davon, wenn auch nicht „auf kurze Sicht", so doch schließlich mehr oder weniger als alte Imperium wiederherzustellen. Es scheint, daß sie Träumer bleiben werden, denn in seinen Anstrengungen, die Siege der Freiheitsbewegungen Afrikas und Timors zunichte zu machen, greift der Imperialismus (oder Sozialimperialismus) sicherlich nicht mehr wie zu Zeiten des Faschismus auf den portugiesischen Mittler zurück. Diese Rolle scheint Portugal ausgespielt zu haben. Die Imperialisten haben Portugal durch Südafrika, Rhodesien, Kuba und Indonesien abgelösen lassen.

Der andere Weg der Bourgeoisie wird von der augenblicklichen Regierung eingeleitet. Er führt zur vollständigen Unterwerfung der portugiesischen Ökonomie unter den Imperialismus. Der Imperialismus, ehemals an Portugal als Kolonialherr interessiert, stürzt sich jetzt auf dieses Land, weil es mit seiner vollständig chaotischen Wirtschaft ein leichter und guter Bissen ist. Gut ist der Bissen deshalb, weil Portugal über fertige, erheblich zentralisierte und – was die Schwerindustrie und die Chemische Industrie angeht – relativ moderne Produktionsanlagen verfügt sowie nicht zuletzt über eine schon ausgebildete Industriearbeiterschaft von mindestens einer Million. Das ist ein Leckerbissen, den man nicht acht lassen wird.

Vom Standpunkt der Bourgeoisie aus gesehen, ist dieser Weg vielleicht der „realistischste", um dem von seiten des Volkes drohenden „Unheil" der vollständigen Entmachtung und Enteignung zu entgehen, aber doch ist er schmerzlich. Muß doch der portugiesische Finanzier und Großindustrielle, ehemals kleiner „Partner" der Imperialisten im Kolonialgeschäft, jetzt eine (oder gleich mehrere) Stufen unter den Imperialismus hinunter, wird er nicht mehr den warmen Dank der Imperialisten für das koloniale Gold und die Diamanten entgegennehmen, sondern ab und zu ausgemachte Fußtritte. Solche Fußtritte kündigen sich in der Textilindustrie beispielsweise seit einiger Zeit an, wo sich nach Ausbleiben der billigen angolanischen Baumwolle eine Reihe von kleinen und größeren Pleiten am Himmel abzeichnet.

Daß es, je mehr dieser Weg beschritten wird, zu handfesten Streitigkeiten erstens unter den Imperialisten um den portugiesischen Leckerbissen, dann aber auch unter den einzelnen Fraktionen der portugiesischen Bourgeoisie selber kommen muß, ist klar.

Vollzieht man diese Entwicklung der portugiesischen Wirtschaft von einer ausgesprochen parasitären, kolonialen Wirtschaft hin zu einer nun mehr und mehr und in erster Linie vom Imperialismus beherrschten Wirtschaft gedanklich nach, so wird man Erschütterungen voraussahnen, in die die Arbeiterklasse und die Volksmassen Portugals reich eingreifen können und durchaus erfolgreich eingreifen können – und sie fangen schon damit an. – (kkw, Lisboa, 14. März)

Frankreich: Neue Aktionen in Vorbereitung

Der landesweite Streik der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der Staatsbetriebe, der auf den 9. März von den Gewerkschaften beschränkt worden war, wurde in allen Teilen des Landes breit befolgt. In vielen Städten fanden Demonstrationen statt, an denen sich Zehntausende von Arbeitern und Angestellten beteiligten. In Paris demonstrierten rund 40 000 Menschen unter folgenden Parolen: „Erhöhung unserer Hungerlöhne", „2 000 Francs Mindestlohn, 300 Francs mehr für alle gleich". Nach dieser Aktion, an der sich zum Beispiel auch 90 Prozent der Lehrerschaft beteiligten, beraten die Gewerkschaften der Eisenbahn über neue Kampfaktionen, denn bisher ist die Regierung nicht auf die Forderungen der Arbeiter und Angestellten eingegangen.

Autobahnblockade

Eine Blockade der Autobahn wird aus der Nähe von Lyon gemeldet. Dort haben die Arbeiter des Chemiekonzerns Rhone-Poulenc mit dieser Aktion ihren Kampf gegen die Entlassung von 861 Arbeitern aus der Textilfaserabteilung an die Öffentlichkeit getragen. Die Aktion wurde von den Gewerkschaften unterstützt. Ähnliche Protestaktionen fanden noch an anderen Punkten in der Umgebung von Lyon statt. Zugleich wurden eine Reihe von Betrieben in verschiedenen Städten Frankreichs besetzt, teils um höhere Löhne durchzusetzen, teils um gegen Entlassungen zu kämpfen.

Versuche, den Widerstand der Weinbauern zu brechen

Nachdem die Regierung praktisch über das Weinbaugebiet um Carcassonne und Narbonne im Süden Frankreichs den Belagerungszustand verhängt hat und starke Polizeieinheiten dort stationiert hält, versucht sie nun, die selbständige Organisation, die sich die Weinbauern in ihrem Kampf geschaffen haben, zu zerschlagen. Das Organisationskomitee der 19000 Weinbauern, das die Aktionen in den vergangenen Wochen geleitet hat, soll aufgelöst werden, seine Mitglieder sind von Verhaftungen bedroht. Den Weinbauern geht es um höhere Erzeugerpreise.

Sie kämpfen gegen eine Vernichtung ihrer Existenz durch noch billigere Importweine aus Italien und anderen Ländern, die von den Destillationsmonopolen ins Land geholt werden. In den letzten Jahren haben sie bereits mehrfach militante Aktionen durchgeführt: zum Beispiel Straßenblockaden während der Urlaubszeit, Zerstörung von LKWs, die ausländischen Wein nach Frankreich brachten, Verwüstung von Rathäusern. Kürzlich war es bei solchen Aktionen zu Schießereien zwischen den mit Jagdflinten bewaffneten Bauern und der Polizei gekommen. Dabei wurden ein Polizeioffizier und ein Bauer getötet. Derzeit herrscht zwar relative Ruhe, aber die Lage ist gespannt, die Regierung hält die Polizeibelagerung aufrecht, sie will die Gerüchte über bevorstehende Festnahmen der Organisatoren der Aktionen der Weinbauern. Sie tut das, indem sie gerade diese Absicht immer wieder weit von sich weist. Warum aber bleibt dann die Polizeibelagerung, fragen sich die Bauern. Gegen ein erneuts Vorgehen der Regierung haben die Weinbauern die Unterstützung der örtlichen Bürgermeister, die sich öffentlich gegen das Vorgehen der Regierung gestellt und sich für die Weinbauern erklärt haben. Das Komitee der Weinbauern, das der Regierung so sehr verhaßt ist, besteht als selbständige Organisation der Bauern bereits seit 1961. Dieses Komitee zu zerschlagen, den Widerstand der Weinbauern zu brechen, das wird der Regierung auch dieses Mal nicht gelingen. - (Informationen aus Le Monde, 11. bis 15.3.)



Streikende Feuerwehrleute. In Frankreich haben die Feuerwehrleute kein Streikrecht.

Interview mit einem Vertreter der FPOLISARIO

„Das saharauische Volk baut zuerst auf seine eigenen Kräfte“

Auf Einladung des Zentralen Komitees des KBW findet in der Zeit vom 22. bis 26.3.1976 in der BRD eine Rundreise mit einem Vertreter der FPOLISARIO statt. In Freiburg, Aachen, Frankfurt, Braunschweig und Westberlin werden Veranstaltungen durchgeführt, die der Information über den gerechten Kampf des Volkes von West-Sahara für nationale und soziale Befreiung und der Unterdrückung dieses Kampfes dienen. Im folgenden drucken wir ein Interview mit einem Mitglied des „Komitees für Internationale Beziehungen“ der FPOLISARIO ab. Das Interview wurde in Paris durchgeführt.

Am 26. Februar haben der bürgerlichen Presse zufolge die letzten spanischen Soldaten die Westsahara verlassen. Fast ein Jahrhundert hat der spanische Kolonialismus das Land ausgesaugt und das Volk unterdrückt, es in Rückständigkeit und Elend gehalten. Wie drückt sich das im heutigen Zustand des Landes und den Lebensbedingungen der Massen aus?

Der Rückzug der spanischen Truppen aus Sahara wurde über das Madrider Dreiparteien-Abkommen zwischen Marokko, Spanien und Mauretanien geregelt. Dadurch hat sich Spanien seiner Verantwortung gegenüber den Resolutionen internationaler Institutionen wie der UNO entzogen. Diese hatten festgelegt, daß Spanien seine Verantwortung gegenüber dem Sahara-Problem bis zur vollständigen Unabhängigkeit und Selbstbestimmung des saharauischen Volkes wahrnehmen muß unter Kontrolle der UNO und Mitwirkung der Bevölkerung von Sahara.

Die ganze Kolonialzeit über war das saharauische Volk einer schrecklichen Unterdrückung unterworfen. Aber es hat immer Widerstand geleistet und sich nie unterworfen. Die Besetzung des ganzen Territoriums war Spanien bis 1934
des ganzen Territoriums war Spanien bis 1934
nicht möglich. Erst dann wurde durch eine gemeinsame militärische Operation von Spanien und Frankreich der Widerstand gegen die Besetzung gebrochen. Das saharauische Volk ist ein reiches Volk, sein Land ist ein reiches Land, es hat eine reich entfaltete Kultur, eine entwickelte Zivilisation, die der Welt viel gegeben hat, sowohl Nordafrika, dem Maghreb und der westlichen Welt. Das Elend, das herrscht, hat seine Wurzel im spanischen Kolonialismus, der zur Unterwerfung des saharauischen Volkes die systematische Liquidierung der Lebensgrundlagen betrieb, des Viehs, der Jagdmöglichkeiten, die Brunnen vergiftete, die überlieferte Kultur zu zerstören versuchte und die Bevölkerung in Gebiete verdrängte, wo sie sich nicht entfalten konnte, und der die Reichtümer des Landes plünderte

Die Folge war, daß der Widerstand von Mal zu Mal stärker wurde, besonders 1956, als unsere Befreiungsarmee gegründet wurde und große Teile unseres Landes befreite. Der spanische Kolonialismus rief wieder den französischen zu Hilfe, damals aus Mauretanien und Algerien. Marokko, gerade erst unabhängig geworden, beginnt bereits, an diesen Aktionen des Kolonialismus teilzunehmen, indem es dem Widerstand jegliche Unterstützung abschnitt. Als Gegenleistung erhält es die Provinz Sahara, die es 1958/59 annektierte. Der Widerstand unseres Volkes geht dann auf anderen Ebenen weiter, z.B. auf der kulturellen. Am 17. Juni 1970 erhebt es sich in einer großen Demonstration gegen den Versuch, aus unserem Land eine Provinz Spaniens zu machen. Nach den friedlichen Demonstrationen, die brutal unterdrückt wurden, beginnt die Bewegung unseres Volkes für nationale Befreiung sich die Frage des bewaffneten Kampfes ernsthaft zu stellen. Diese Bewegung beginnt die Massen zu mobilisieren und zusammenzufassen. Am 10. Mai 1973 kann die FPOLISARIO gegründet werden, die die Weiterführung der früheren Organisationen ist und eine neue Etappe des Kampfes unseres Volkes einleitet. Nachdem die militärischen und politischen Siege unseres Volkes immer größer wurden, verkauft Spanien in zynischer Weise unser Land an Marokko und Mauretanien, was der Kolonialismus im Laufe seiner Geschichte niemals getan hat. Auf diese Weise will er jetzt seine Interessen sichern, vor allem die des US-Imperialismus und bestimmter multinationaler Firmen – Krupp, Gulf-Oil und andere.

Wie sind die Lebensbedingungen der Massen in den besetzten Gebieten?

Seit der Invasion Marokkos und Mauretaniens wird gegen unser Volk ein völkermörderischer Krieg geführt, die Lage der Massen ist schrecklich, sie werden verfolgt, die Gefängnisse sind überfüllt, Folterung an der Tagesordnung. Sie verhaften Frauen, vergewaltigen und töten sie, mehr als 160 Kinder wurden kaltblütig umgebracht. Das nur, um alle einzuschüchtern, Widerstand soll zwecklos erscheinen. Durch den Terror waren die Menschen zur Flucht in die befreiten Gebiete gezwungen. Nachdem die Fluchtbewegung bemerkt wurde, versuchten die Besatzungstruppen das zu verhindern. Sie bombardieren zivile Einrichtungen. Für die Bombardierungen möchte ich folgendes Beispiel anführen: Nachdem unsere Volksbefreiungsarmee die Invasionstruppen im Namen unseres Landes aufgehalten hat und die mauretanische Invasion im Süden unseres Landes zurückgeschlagen hatte, hat die marokkanische Besatzungsarmee ein neues Moment eingeführt, nämlich die ständige Bombardierung mit Napalm. So die Bombardierungen des Lagers von Mudreiga, und davor Bombardierungen von Bir.

Ein Mittel zur Unterdrückung ist die Kontrolle der Lebensmittel und ihre Verteilung. Um Essen zu erhalten, braucht man eine Sonderbescheinigung der Regierung, diese erhält man nur gegen eine Erklärung, daß man mit der neuen Regierung einverstanden ist und nur für eine geringe Menge, damit man nichts weitergeben kann. Das gleiche gilt für die Erlaubnis sich frei zu bewegen. Damit konnte aber der Widerstand auch nicht verhindert werden. Nach der Ankunft des UNO-Sonderbeauftragten Rydbeck wurde in El Aiun z.B. viel gegen die marokkanische Besetzung demonstriert und klargemacht, daß wir die Unabhängigkeit wollen und die FPOLISARIO die einzig rechtmäßige Vertretung des saharauischen Volkes ist. Daraufhin wurden etwa 130 Frauen in El Aiun eingekerkert. Einigen wurden die Hände abgeschnitten, weil sie Wandzeitungen gemalt hatten. Etwa 3 oder 4 Frauen sind gestorben und in Südmarokko wurde berichtet, daß 600 Familien gänzlich verschwunden sind. Ein anderes Kontrollmittel ist die Zwangseinziehung in die marokkanische Armee, die auch Kinder betrifft (vom Alter von 10 Jahren an) und die Verpflichtung gilt für 10 Jahre. Viele weigerten sich und sind jetzt im Gefängnis, andere werden nach Marokko verschleppt. In Sahara sind andererseits etwa 60000 Marokkaner angesiedelt worden.

Es ist verboten, saharauische Lieder zu singen, die Landestracht zu tragen, die spanischen Peseten werden nicht angenommen, nur der marokkanische Dirham gilt als Geld. Das heißt, es wird



die „Marokkanisierung“ des Landes betrieben. Das heißt mit dem Versuch der physischen Vernichtung der Saharauis geht einher der Versuch, seine kulturelle und sonstige Existenz als Volk zu vernichten. Das entspricht der Strategie des Imperialismus, der sich der Schwäche der reaktionären Regimes, der marokkanischen Monarchie und Ould Daddas, bedient und die die Pläne des Imperialismus unterstützen. Ihr wißt, daß in Marokko Stützpunkte des US-Imperialismus sind und eine große Zahl amerikanischer Soldaten.

In welcher Weise können die Massen Widerstand leisten und wie arbeitet die POLISARIO in den besetzten Gebieten?

Die Massen sind vollständig in die FPOLISARIO integriert, die POLISARIO und das saharauische Volk sind identisch. Das wurde bereits unter dem spanischen Kolonialismus erreicht. Wir führen die Arbeit unter den Massen weiter, militärische Operationen finden statt, z.B. wurde vor einigen Tagen eine Operation gegen das Phosphat-Transportband von Bou Craa an die Küste durchgeführt, es finden auch Sabotageakte in der Hauptstadt El Aiun gegen die Besatzungsstreitkräfte, die Kasernen statt. Das Volk beteiligt sich wirksam. Obwohl das sehr schwierig und hart ist, haben wir den Kampf weitergeführt und in den Süden Marokkos und Norden Mauretaniens ausgedehnt. Die Stadt Bir Mothrein in Marokko wurde angegriffen.

Die Arbeiter in den Phosphat-Minen haben aktiv am Kampf gegen die spanischen Kolonialisten teilgenommen, wie ist ihre Lage jetzt?

Die Minen sind stillgelegt. Die Ausbeutung soll wieder aufgenommen werden mit Hilfe marokkanischer Arbeiter. Es sind sehr wenige Saharauis zurückgeblieben, weil die Mehrheit der Arbeiter von Phos-BouCraa sich der nationalen Befreiungsarmee angeschlossen hat und in den befreiten Gebieten ist. Die Besatzer wollen nur Marokkaner in den Minen arbeiten lassen, in Marokko sind viele arbeitslos. Außerdem fürchten sie die Feindschaft der Saharauis, für sie ist der beste Saharaui ein toter Saharaui. Durch ihre Vernichtung, Vertreibung und die Politik der verbrannten Erde soll größere Sicherheit für die Besatzer erreicht werden.



Eine Solidaritätsaktion der FPOLISARIO in den befreiten Gebieten

Die FPOLISARIO hat die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) proklamiert. Befindet sich die Regierung im Exil oder übt sie die Kontrolle über einen Teil des Landes und der Bevölkerung im Land aus?

Wir haben die Demokratische Arabische Saharaui-Republik innerhalb der befreiten Gebiete ausgerufen. Es ist also keine Exilregierung, wir kontrollieren nur einen Teil unseres Landes, die Invasionskräfte haben einige Teile des Territoriums besetzt, die sie für den Schutz der Minen von Bedeutung halten. Den Rest des Gebietes beherrschen wir, wir kennen unser Land besser als sie, lassen sie feste Stellungen bauen, kreisen sie ein und isolieren sie. In den besetzten Gebieten lebt etwa noch 1/3 der Bevölkerung, meist Alte, Frauen und Kinder. Die Menschen sind vor den Invasoren aus den besetzten Gebieten geflohen, zehntausende sind in Flüchtlingslagern in den befreiten Gebieten, wo wir das Leben auf improvisierte Weise organisieren. Die Massen wählen verschiedene Komitees, die für Fragen der wirtschaftlichen Versorgung, des Gesundheitswesens, der Erziehung zuständig sind, politische Komitees usw, die koordiniert werden durch den später gegründeten Provisorischen Nationalen Rat. Das Leben ist hart und schwierig, aber diese Organisationsform funktioniert sehr gut.

Das Volk von Sahara führt seinen Kampf für Selbstbestimmung trotz aller Intrigen der Imperialisten zur Spaltung der arabischen Staaten und Völker. Weshalb kann der Imperialismus bei Marokko und Mauretanien ansetzen?

Was die Interessen des Imperialismus betrifft, so kommen zu den großen natürlichen Reichtü-
so kommen zu den großen natürlichen Reichtü-
mern, den Bodenschätzen und reichen Fischgründen, die strategische Bedeutung hinzu, die sie dem Gebiet beimessen. Es ist die älteste spanische Kolonie und eine derjenigen, die sie am entschiedensten zu halten versuchen. Sie stellt ein strategisches Kettenglied dar für die Kontrolle der Verbindungswege vom Atlantik zum Arabischen Golf, um Südafrika herum und durch das Mittelmeer und Rote Meer. Sie dient auch dem Schutz der Stützpunkte auf den Kanarischen Inseln. In Marokko haben die USA Stützpunkte. Der US-Imperialismus versucht zur Zeit, aus Marokko einen neuen Iran zu machen, einen in diesem Teil Afrikas, der in der Lage ist, die Bewegungen der Völker dieser Region zu kontrollieren und dem Imperialismus als Basis für Angriffe in dieser Region dienen kann. Die reaktionären Regimes von Marokko und Mauretanien wollen nicht, daß ein Volk, welches eine lange Geschichte im Befreiungskampf hat und weiterkämpft, den Völkern Marokkos und Mauretaniens als Beispiel dient. Dieses Volk von Sahara zu vernichten, heißt für sie, die imperialistischen Interessen verteidigen und um jeden Preis verhindern, daß für das marokkanische und mauretanische Volk ein Beispiel geschaffen wird.

Marokko hat die Durchführung eines Referendums abgelehnt und beruft sich auf die Djemaa, die der Annexion zugestimmt habe?

Was das Referendum betrifft, so haben seit Beginn unseres Kampfes die Vereinten Nationen, der Internationale Gerichtshof in Den Haag, die blockfreien Staaten, die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) und andere internationale Organisationen immer wieder das Recht auf Selbstbestimmung unseres Volkes vertreten. Marokko redet von einer gewissen Djemaa, sie ist aber ein bloßes Phantom, weshalb es auch der UNO-Generalsekretär Waldheim abgelehnt hat, diese Versammlung zu besuchen. Das saharauische Volk hatte schon vor dem spanischen Kolonialismus eine politische und administrative Versammlung, sie nannte sich „Rat der Vierzig“. Der Kolonialismus hat die Bedeutung dieser Versammlung erkannt und eine Versammlung geschaffen, die der Form nach ähnlich ist, deren Mitglieder aber allesamt Diener des Kolonialismus waren. Sie wurden von ihm eingesetzt. Der spanische Faschismus hat sie hinters Licht geführt und ihnen gesagt, er sei da, um die Unabhängigkeit des Landes zu gewährleisten. Als diese Versammlung erkannte, daß er stattdessen dabei war, unser Land an Marokko und Mauretanien zu verschachern, ist fast die gesamte Djemaa auf die Seite der FPOLISARIO getreten. (Zum Beweis: Um den Lügen Marokkos entgegenzutreten, wurden in der Zeitung „Sahara libre“ Photos und Kennkarten von über 50 Mitgliedern veröffentlicht, Red.)

Was übrig blieb, ist eine politische Leiche. Tatsächlich also hat sogar jene Djemaa, die vom Kolonialismus geschaffen wurde, die Aufteilung des Landes abgelehnt. Der Provisorische Nationalrat wurde von uns neu gegründet, die Djemaa ist aufgelöst. Die Selbstbestimmung übt unser Volk aus, indem es zu den Waffen gegriffen hat. Dann hat es seine Selbstbestimmung demonstriert, als die UNO-Mission zur Frage der Dekolonialisierung vom 12. bis 20. Mai 75 in Sahara eintraf.

Und es hat mit der Gründung der DARS sein Festhalten an Unabhängigkeit und Freiheit bekräftigt, daß es wie den bisherigen Kolonialismus Spaniens auch die neuen Aggressoren und Expansionisten bekämpfen wird.

Was die Haltung unserer DARS in der Frage der internationalen Beziehungen betrifft, so gelten die Prinzipien der Selbstbestimmung, der gegenseitigen Nichteinmischung und Blockfreiheit. Unser Volk hat seine ganze Geschichte hindurch gekämpft, um seine vollständige Unabhängigkeit zu erreichen und jede fremde Einmischung zurückzuschlagen, im Laufe des Kampfes hat es sich ein nationales Aktionsprogramm geschaffen, die Aufgaben festgelegt, die kurz-, mittel- und langfristig erreicht werden sollen. Wir fordern alle Gerechtigkeit und Frieden liebenden Kräfte, alle Regierungen und Parlamente, die dafür eintreten, auf, sich gegen die Invasion und den Völkermord zu wenden und die Demokratische Arabische Saharauische Republik anzuerkennen. Mit dieser Aufforderung hat unser Provisorischer Nationalrat einen Brief an alle Regierungen der Welt gerichtet. Schon zwei Tage später haben als Beispiel zwei Regierungen die DARS anerkannt, später hat die Zahl sich auf 6 erhöht, Madagaskar, Burundi, Algerien, Dahome, Ghana, Mozambique und Angola. Wir erwarten, daß andere Länder in Afrika und anderen Teilen der Welt uns anerkennen.

Welche Aufgaben stellen sich für die Solidaritätsbewegung der Völker zur Unterstützung eures Kampfes?

Das saharauische Volk baut zuerst auf seine ei-
Das saharauische Volk baut zuerst auf seine ei-
genen Kräfte. Die zwei ersten Jahre hat es allein mit eigenen Mitteln den Kampf geführt, ihn mit Gewehren begonnen, die es seit 1958 erhielt. Später haben wir Hilfe von befreundeten Ländern erhalten, ich will besonders Algerien und Libyen anführen. Wir vertrauen auf unsere eigene Kraft. Aber die Aggression, die das saharauische Volk jetzt erlebt, muß von allen Völkern beachtet werden, die Liquidierung unseres Volkes soll nur ein Sprungbrett schaffen für den Angriff auf weitere Völker. Bei der Unterstützung ist die Frage der Information sehr wichtig, weil die Imperialisten und Marokko versuchen, die Wahrheit unseres Kampfes zu unterdrücken, z.B. den Kampf unseres Volkes als vernachlässigenswert hinstellen. 2 Jahre gab es eine Informationssperre. Es müssen mehr Menschen informiert werden, damit sie unseren Kampf unterstützen können. Dann die materielle Unterstützung. Es gibt zehntausende Flüchtlinge, die müssen ernährt werden, man muß sie medizinisch versorgen, man muß sie schützen. Aber das reicht nicht, man muß sie erziehen. Während des Kolonialismus gab es in drei Städten Schulen. Auf dem Lande kannten wir vom Faschismus nur seine Truppen. Jetzt müssen wir dem saharauischen Volk in den befreiten Gebieten die Möglichkeit geben, sich zu schulen. Jede materielle Unterstützung ist also wichtig, angefangen bei der Nähnadel bis zu Medikamenten und Milchpulver für die Kinder, Kleidung usw.

Kleidersammlung für die ZANU

Dafür gebe ich gern meine Windjacke

Bremen. Die Kleidersammlung zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe unter Führung der ZANU läuft auf vollen Touren.

Trotz der gegenwärtig gewaltig gesteigerten Lügen- und Hetzkampagne von Presse, Rundfunk und Fernsehen gegen den bewaffneten Kampf und für eine Lösung im Interesse der Imperialisten ist es doch so, daß eine breite Solidarität für den Befreiungskampf leicht herstellbar ist. Dies zeigen die vielen uns völlig fremden Menschen, die aufgrund unseres Aufrufes eigene und bei Freunden oder Nachbarn gesammelte Kleider und Spenden für die ZANU bringen. Bei solcher Gelegenheit erzählte uns ein KBW-Genosse, daß er mit seinen Kollegen über Zimbabwe diskutierte und die Kleidersammlung erwähnte als gute und notwendig benötigte Unterstützung des Befreiungskampfes. Spontan hat ein Kollege gesagt: „Dafür gebe ich gerne meine Windjacke!"

In verschiedenen Stadtteilen wie zum Beispiel in Marßel macht die KBW-Stadtteilzelle zusammen mit dem Afrika Komitee im Wohngebiet eine Kleidersammlung. Ein Genosse debattierte in der Jugendinitiative für ein selbstverwaltetes Jugendhaus den Aufruf, der daraufhin von der Initiative untersützt und durch aktive Mitarbeit die Solidaritätsaktion gestärkt wurde. Im Gegensatz zum Roten Kreuz haben wir nicht einfach Flugblätter in die Briefkästen gesteckt, sondern an jeder Wohnung geklingelt und erklärt, worum es uns ginge. Viele waren erfreut darüber, zu erfahren, wozu denn eigentlich gesammelt wird und wohin die Kleider kommen, denn, so meinte eine Hausfrau, ständig werden für irgendwas Geld oder Kleider gesammelt, aber erstens haben wir selber nicht viel und zweitens erfährt man nie, wo die Sachen denn schließlich landen, und zudem hört man ja oft, daß diejenigen, die das Zeug nötig hätten, es gar nie kriegen, weil es irgendwo für ganz andere Zwecke verwendet wurde oder zu Geld gemacht wird, von dem aber auch wenig zu sehen ist.

Eine ältere Frau war begeistert über unsere Aktion, hatte aber keine alten Kleider und gab uns fünf Mark mit der Bemerkung, daß sie früher selbst solche Aktionen mitgemacht hätte.

Ein Kollege, der aus Polen ausgewandert ist, zweifelte am Nutzen unserer Aktion und meinte, ändern könnt ihr doch überhaupt nichts. Jetzt helft ihr den Schwarzen gegen das Siedlerregime, während die Russen das auch tun, um aber dann selber genau so wie die Kolonialisten das Volk auszuplündern. Er kaufte nach längerer Debatte dann doch unsere Afrika Zeitung und versprach zu unserer Veranstaltung über den Befreiungskampf zu kommen. Abschließend meinte er, wenn es so wirklich ist, daß die gegen jede neue Unterdrückung und Abhängigkeit genauso kämpfen und nicht nur eine neue Form der Unterdrückung darstellen, wenn sie an der Macht sind, dann wolle er dies gerne unterstützen.

Nachdem über zwei Tonnen schon abgeschickt wurden, haben wir schon wieder weit über hundert Hosen, Mäntel, Jacken und Decken gesammelt. Ein Reservist der Bundeswehr brachte uns auch seine schmucke Ausgehuniform, mit der Bemerkung, daß sie dort wenigstens im Interesse des Volkes genutzt werden könnte.

Die Naturfreundejugend stellt für die Kleidersammlung Räume zum Lagern und Verpacken sowie ihr Haus als ständige Sammelstelle zur Verfügung. Über zwanzig Mitglieder der Naturfreundejugend kamen auch zu einer kleinen Veranstaltung über den Befreiungskampf und debattierten über die heutige Situation sowie die Bedeutung des Kampfes für uns in der BRD. – (ein Teilnehmer der Aktion aus Bremen)

worum es uns ginge. Viele waren er- wieder weit über hundert Hosen, Män-

Die ZANU braucht

Oberbekleidung, Wäsche, Decken, Handtücher, Schuhe – senden an **W. Hirscher, Friedrich-Klipperstr. 16, 2820 Bremen-Grohn**
Zwillichstoff für Arbeits- und Kampfkleidung
Schneiderei- und Schuhmachereiausrüstung
Schreibmaschinen, Abzugsmaschinen
Tonbandgeräte, Transistorradios für die politische Propaganda
Fotoapparate, Filmkameras für die Informationsarbeit
Trockenmilch
Sammelanschrift dafür: **KBW, Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim**

Spendenkonto Volksbank Mannheim Nr. 1068326, ZANU-Zimbabwe

Brief des ZANU-Generalsekretärs

An den Sekretär des KBW

Werter Genosse Sekretär!

Mit größter Freude und tiefer Dankbarkeit schreibe ich diesen kurzen Brief an Dich und den KBW. Um die Solidarität und Anerkennung der gemeinsamen Sache gegen Kolonialismus und Imperialismus zu festigen, hat der KBW nicht nur vier sehr gute Veranstaltungen für mich organisiert, sondern er hat auch die Sammlung bedeutender DM-Beträge für unseren Volkskrieg (Chimurenga) durchgeführt, über das Geschenk von 10000 DM des Zentralen Komitees hinaus. Am Ende wurden mir insgesamt 29580 DM übergeben. Zusammen mit all der bereits in der Vergangenheit vom KBW geleisteten Unterstützung bedeutet das einen wesentlichen und sehr großzügigen Beitrag für unsere Kriegsanstrengungen. Im Namen der ZANU und der ZANLA-Befreiungsstreitkräfte, die gegenwärtig im heftigen Kampf stehen, danke ich Dir, Eurem Zentralen Komitee und all den Unterstützungskomitees, die mit dem KBW zusammenarbeiten, danke ich für all das, was getan wurde, um meinen Besuch in Westdeutschland zu dem Erfolg zu machen, der er wurde.

Angesichts Eurer bisherigen erfolgreichen Bemühungen, für unseren Kampf Unterstützung zu organisieren, habe ich keinen Zweifel, daß die Projekte, die wir in unserem letzten Aufruf aufführten und für die der KBW sich derzeit einsetzt, noch weitere große Unterstützung bringen werden. Jetzt brauchen wir diese Form der Hilfe mehr als je zuvor, denn unsere Kriegsanstrengungen haben sich verdoppelt. Es sind viel mehr Rekruten und ausgebildetes Personal im Einsatz. Dementsprechend hat sich der Bedarf vervielfältigt.

Bei unserem Zusammentreffen am 5. Februar in Mannheim bezeichneten wir die Entspannungspolitik als imperialistisches Manöver, um unseren bewaffneten Kampf unwirksam zu machen und Zeit zu gewinnen, um die Fortexistenz des Einflusses und die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Interessen von Großbritannien und den USA zu sichern. Euch wird bekannt sein, daß Großbritannien nun offen versucht, in Zimbabwe zu intervenieren, mit dem Ziel, unseren Krieg anzuhalten und durchzusetzen, daß wir uns noch einmal auf den nutzlosen Entspannungsschwindel einlassen. Wir lassen uns aber nicht täuschen oder dazu zwingen, unseren bewaffneten Kampf für irgendwelche leeren Versprechungen aufzugeben. Gerade deshalb beschleunigen wir das Tempo unserer Kriegsführung und verdoppeln unsere Schläge. Und aus diesem Grund halten wir unseren Aufruf an den KBW für sehr dringend. Der Sieg über den Feind muß auf dem Schlachtfeld errungen werden und nicht am Konferenztisch, denn ersteres bringt uneingeschränkte Unabhängigkeit, letzteres dagegen eingeschränkte Unabhängigkeit.

Mit brüderlichen Grüßen
R.C. Mugabe
Generalsekretär der ZANU
(Queliman/Mozambique, 3. März 1976)

Spanien:

– schlimmer als zu Francos Zeiten

In allen Städten Spaniens, in allen Provinzen hat sich die Massenbewegung gegen den Polizeiterror behauptet, die Streik- und Boykottaktionen der Arbeiterklasse und der Volksmassen, die auf die Beseitigung des Regimes gerichtet sind, werden an vielen Punkten fortgesetzt.

In der baskischen Stadt Bilbao haben in der vergangenen Woche über 40000 Menschen demonstriert anläßlich der Beerdigung eines Arbeiters aus dem Arbeitervorort Basauri. Der Arbeiter war von den Polizeischergen erschossen worden bei ihrem Versuch, Solidaritätsaktionen der Arbeiter und der Volksmassen von Bilbao mit den Arbeitern von Vitoria zu zerschlagen. Dieser Arbeiter war der achte, der innerhalb von 14 Tagen von der Polizei erschossen worden ist. In Pressekommentaren heißt es, daß der Terror der Polizei und der Staatsorgane gegen das Volk während der Herrschaft Francos selten so brutal gewesen sei wie derzeit unter seinen Nachfolgern. Der Terror aber zeigt sich nicht nur offen, sondern er wird von den Polizeischergen des Regimes vor allem ausgeübt, wenn sie die Festgenommenen verhören. Folter ist an der Tagesordnung, um Geständnisse abzupressen.

Die Verhaftungen gehen in die Zehntausende, sie werden besonders vorgenommen, um Organe zu zerschlagen, die sich die Arbeiter zur Durchführung von Kampfaktionen selber gebildet haben. In ihrem allgemeinen Haß gegen alles, was die Arbeiter zu ihrer sozialen Befreiung bisher unternommen haben, haben die Beherrscher Spaniens einen besonders gesteigerten Haß auf die Streikkomitees entwickelt. In der baskischen Stadt Vitoria, die in den letzten Wochen im Mittelpunkt des Angriffs des Regimes auf die Arbeiterklasse und die Volksmassen getanden hat, haben sie jetzt drei Mitglieder des zentralen Koordinationskomitees verhaftet. Sie fürchten, daß es in Vitoria zu neuen Kämpfen kommt, daß die selbständige Organisierung der Kämpfe durch gewählte Komitees sich verbreitet, daß das Beispiel der politischen Selbständigkeit in den anderen Zentren der Bewegung Schule macht.

Das neuerliche Vorgehen in Vitoria zeigt zugleich, daß dieses Regime vom Standpunkt der Arbeiter und der Volksmassen aus gesehen fallen muß und keineswegs durch Verhandlungen im Interesse der Massen verändert werden kann, wie es immer wieder von den Reformisten und Revisionisten beteuert wird. Innenminister Iribarne hatte bei seinem Besuch in Vitoria zugesagt, daß die Forderung der Arbeiter nach Wiedereinstellung der Arbeiter, die wegen des Streiks im Januar entlassen wurden, erfüllt werde und daß die Aussperrungen, mit denen die Kapitalisten – unter anderem auch VW/Daimler-Benz – gegen die Arbeiter vorgingen, aufgehoben würden. Außerdem hatte er erklärt, daß es zu neuen Polizeieinsätzen nicht mehr kommen solle. Tatsächlich ist weder die Polizei abgezogen noch hat sie es aufgegeben, gegen die Arbeiter vorzugehen.

Nach den Ereignissen von Vitoria haben sich alle politischen Kräfte zur aktuellen politischen Lage geäußert. Die beiden oppositionellen Bündnisse, die „Plattform zur demokratischen Veränderung", die unter Führung der Reformisten von der PSOE (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Spaniens) steht, und die „Demokrtische Junta" unter Führung der Revisionisten von der PCE (Kommunistische Partei Spaniens) haben gemeinsam erklärt, man müsse nun noch enger zusammenarbeiten und ein „gemeinsames Organ" gegenüber dem Regime bilden. Welches soll der Zweck sein? Dazu schreibt die PCE in ihrem Aufruf: „Das Bündnis aller demokratischen Kräfte in einem politischen Organ" sei „in der Lage, mit den ständigen Institutionen des Staates einen Wechsel der Macht auszuhandeln"! Mit wem wollen die Revisionisten verhandeln? Mit der Polizei, um den Innenminister auszutauschen? Mit den Zwangssyndikaten, um den Syndikatsminister auszutauschen?

Die Arbeiter haben gezeigt, was sie davon halten. Die Stahlarbeiter von Vitoria fordern Versammlungsfreiheit im Betrieb. Kann man zum Beispiel mit den bestehenden staatlichen Zwangssysndikaten über diese Forderung verhandeln? Das ist ausgeschlossen, weil ihre Erfüllung auf die Zerschlagung dieser Zwangssysndikate hinausläuft. Und das Beispiel macht deshalb deutlich, wo die Revisionisten stehen und wo die Arbeiter stehen. Ein anderes Beispiel ist aus der Armee. Dort wurden vergangene Woche acht Offiziere wegen der „Vorbereitung eines Aufstandes" durch ein Militärgericht zu Gefängnisstrafen zwischen acht und zweieinhalb Jahren verurteilt. Die Offiziere, die sich zu den Vorwürfen nur in ihren Schlußworten äußerten, erklärten, niemals gegen die Disziplin verstoßen zu haben. Sie gingen so weit, daß sie ausdrücklich die bestehende Disziplin in der spanischen Armee anerkannnten und guthießen. Die Armee müsse unpolitisch bleiben, beteuerten sie. Dennoch sind sie verurteilt worden für ihre Sympathien für die bürgerliche Demokratie, zu der sie sich bekannten.

Das Regime verlangt Unterwerfung. Bei den Offizieren mag das glücken. Bei der Arbeiterklasse und den Volksmassen dagegen führt das zu einer Verbreiterung und Vertiefung der Kämpfe und zur Stärkung der revolutionären Elemente. – (gj)

UNO fordert Bruch mit dem Vorster-Regime

Anläßlich des „Internationalen Tags zur Beseitigung der Rassendiskriminierung" am 21. März hat der Sonderausschuß der UNO gegen die Apartheid alle Regierungen aufgerufen, ihre diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum südafrikanischen Siedlerregime abzubrechen. Der UNO-Ausschuß fordert die Regierungen auf, u.a. folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. die Solidarität mit dem unterdrückten Volk Südafrikas, seinen Befreiungsbewegungen (African National Congress of South Africa und Pan Africanist Congress of Anzania), mit den politischen Gefangenen, den Verbannten und den Exilierten zu manifestieren;

2. den Befreiungsbewegungen jenen Beistand zu leisten, den sie im gegenwärtigen Stadium ihres Kampfes benötigen;

3. die Gewerkschaften, Frauenorganisationen, konfessionellen Körperschaften, Studenten- und Jugendverbände zu Solidaritätskampagnen für die farbige Bevölkerung Südafrikas anzuspornen;

4. Kampagnen gegen jede Form der Zusammenarbeit zwischen Regierungen und multinationalen Firmen einerseits und der südafrikanischen Regierung andererseits zu organisieren;

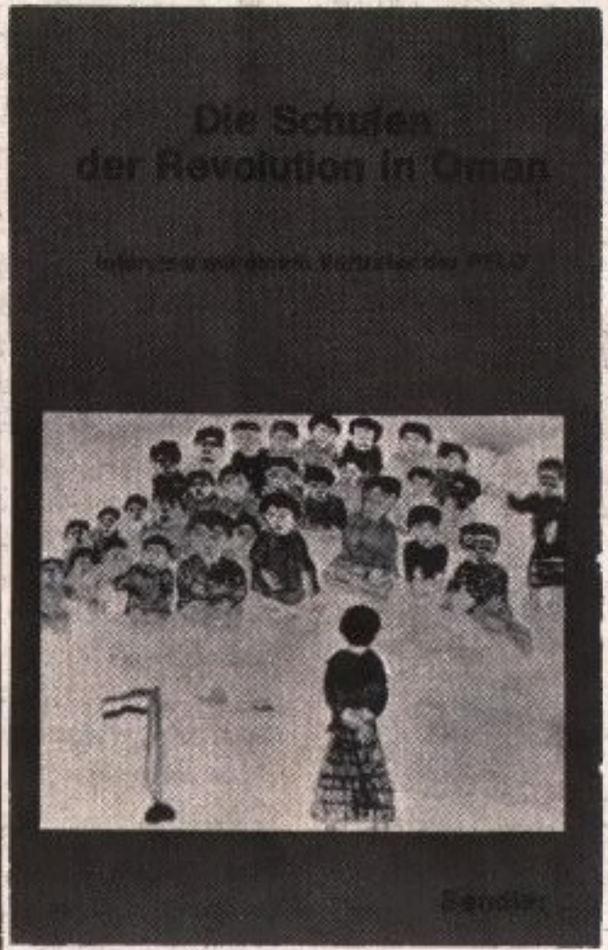
5. darauf zu achten, daß alle Regierungen die UN-Resolution anwenden und ihre diplomatischen, militärischen, wirtschaftlichen und anderen Beziehungen mit dem rassistischen südafrikanischen Regime abbrechen. (Nach: Frankfurter Rundschau)

Das demokratische Kambodscha wählt Versammlung der Volksvertreter!

Nach dem glorreichen Sieg des kambodschanischen Volkes über den US-Imperialismus hat das kambodschanische Volk die Errungenschaften der Revolution weiter gefestigt. „Unser Volk ist jetzt dabei, eine neue Gesellschaft aufzubauen, in der Gleichheit und Gerechtigkeit herrschen, in der es keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gibt – ein neues Kambodscha, wirklich unabhängig, friedlich, neutral, blockfrei, demokratisch, souverän und aufblühend in seiner territorialen Unverletzlichkeit. Unsere revolutionäre Armee und unser Volk haben das Schild, auf dem die Aufschrift ‚Sklave' stand und das wir trugen, in tausend Fetzen zerrissen", heißt es in einer Erklärung. In der Verfassung, die am 6. Januar 1976 verkündet wurde, wurde die revolutionäre Macht des Volkes formell festgelegt. Am 20. März werden die Wahlen zur „Versammlung der Volksvertreter Kambodschas" stattfinden. 150 Vertreter der Bauern, 50 Vertreter der Arbeiter und anderen Werktätigen und 50 Vertreter der revolutionären Armee werden in geheimer Wahl von den Volksmassen zur Führung des Landes bestimmt werden.

Das Chile-Komitee Flensburg sammelte für die Widerstandskomitees

Das Flensburger Chile-Komitee sammelte durch eine Haus- und Straßensammlung 1196 DM (der Betrag wurde auf 1200 DM aufgerundet) für die Widerstandskomitees in Santiago. Die Sammlung wurde in den Wochen vom 8.2. bis 14.2. und vom 28.2. bis 6.3.1976 durchgeführt. „Fabrikkommissionen, Bauernräte und Widerstandskomitees sind der Keim einer zukünftigen Volksmacht, denn das ist für die chilenischen Massen der Weg ihrer vollständigen politischen und sozialen Befreiung und die Garantie der Unabhängigkeit des Landes." (Aus dem Spendenaufruf der Koordination der Chile-Komitees) Zur Unterstützung dieses Ziels wird das Geld an die Widerstandskomitees zugesendet.



Preis: 1,00 DM

Zu beziehen über:
Buchvertrieb Hager GmbH
Postfach 5129
6800 Mannheim

Kulturgruppe der Revolutionsschulen der PFLO in der BRD

Am 25. März in Köln und am 26. März in Heidelberg finden revolutionäre Kulturveranstaltungen mit einer Delegation der Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO) statt. Die Veranstaltungen werden durchgeführt von den örtlichen Nahostkomitees und der Generalunion Arabischer Studenten. Der KBW unterstützt die Veranstaltungen, deren Zweck die Verbreiterung der Kenntnisse über den gerechten Kampf des Volkes von Oman gegen die ausländische Intervention und das Sultansregime ist. Direkt dienen die Veranstaltungen der Unterstützung der PFLO beim Aufbau einer Schul- und Propagandaeinheit in den befreiten Gebieten.

Spendenkonto:
Schul- und Propagandaeinheit für die PFLO
Volksbank Freiburg
Nr. 56 42302
(Günter Buschmann)

Neuerliche Demonstration gegen den israelischen Terror

Am 9. März wurde in Nablus vom palästinensischen Volk eine mächtige Demonstration gegen die israelische Besatzung und den Besatzungsterror durchgeführt. Der palästinensischen Nachrichtenagentur Wafa zufolge haben die Israelis gegen die Demonstration in der auf dem Westufer des Jordans gelegenen Stadt Panzer, andere Kettenfahrzeuge und eine große Zahl von Soldaten eingesetzt. Die Demonstranten haben der Armee Widerstand geleistet. Die Soldaten wurden mit Steinen und Brandbomben beworfen, ein Panzer und zwei andere Kettenfahrzeuge wurden zerstört, vier Soldaten wurden getötet, dreizehn verletzt. Der Gegner hat wild auf die Demonstranten mit automatischen Waffen geschossen und sieben Demonstranten getötet und 64 verletzt. Eine grroße Zahl von Personen wurde verhaftet. Dieser brutale Terror hat aber nur noch heftigere Proteste der Bewohner von Nablus hervorgerufen. Als Zeichen der Solidarität haben die Händler ihre Läden geschlossen gehalten. Ebenfalls blieben die Schulen geschlossen. Die Autobusse haben nicht verkehrt. – (nach Hsinhua, 10.3.)

Volksrepublik China:

„Der Angriff auf die Ergebnisse der Kulturrevolution widerspricht dem Willen des Volkes“

In der Volksrepublik China entfaltet sich die Kampagne zur Sicherung der Ergebnisse der Kulturrevolution, zum Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats. In der KVZ haben wir mehrmals über diese Kampagne berichtet, zuletzt in Korrespondentenberichten aus Peking „Die Kritikbewegung an den Hochschulen in der VR China: Die Herrschaft der Arbeiterklasse muß ständig neu erkämpft werden“ in KVZ Nr. 6/1976 und „Im Kampf zweier Linien: Das Lohnsystem in der Volksrepublik China“ in KVZ Nr. 9/1976. In der KVZ Nr. 35/1975 haben wir einen Artikel veröffentlicht: „Volksrepublik China: Warum ist es notwendig, die Diktatur des Proletariats aufrechtzuerhalten und zu stärken?“ Bei dem folgenden Artikel handelt es sich um die Übersetzung eines Leitartikels aus der „Renmin Ribao“ vom 10. März 1976. Er hat den Titel „Es widerspricht dem Willen des Volkes, die gerechten Ergebnisse in Frage zu stellen“. Er wurde von der Redaktion aus dem Französischen übersetzt.



Plakate mit großen Schriftzeichen (Dazibao) sind ein Mittel, mit dem die Arbeiter die Kritik gegen den Revisionismus führen.

Unter der Führung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas mit dem Vorsitzenden Mao an der Spitze entwickelt sich in ganz China siegreich ein großer Kampf, um den Wind der rechten Abweichung, der die gerechten Ergebnisse in Frage stellen will, zurückzutreiben. Vorsitzender Mao, unser großer Führer, hat darauf hingewiesen:

„Die gerechten Ergebnisse in Frage zu stellen, richtet sich gegen den Willen des Volkes.“ Dieser Satz bringt den glühenden Wunsch des revolutionären Volkes, die Restauration und den Rückschritt zu schlagen und unabdingbar die Revolution fortzusetzen, vollständig zum Ausdruck. Der Satz legt die reaktionäre Natur eines Verantwortlichen der Partei offen, der den kapitalistischen Weg eingeschlagen hat, es ablehnt, sich zu ändern und sich der Geschichte in den Weg stellt. Der Satz ermutigt unsere ganze Partei, unsere ganze Armee und unser ganzes Volk, diesen Kampf noch entschlossener fortzusetzen.

Dieser Kampf ist durch die Bourgeoisie hervorgerufen worden. Ungefähr im letzten Sommer hat der Wind einer rechten Abweichung durch die Gesellschaft geweht, um die gerechten Ergebnisse in Frage zu stellen. Diejenigen, die diesen Wind in Gang gebracht haben, widersetzten sich dagegen, daß der Klassenkampf als Dreh- und Angelpunkt genommen wird, entstellten die grundlegende Linie der Partei, leugneten die proletarische Revolution im Erziehungswesen, in der Literatur und der Kunst, leugneten die sozialistische Revolution im wissenschaftlichen und technischen Bereich, leugneten die Dreierverbindung zwischen älteren, mittleren und jüngeren Kadern sowie all die neuen sozialistischen Dinge und Verhältnisse, die an den verschiedenen Fronten entstanden sind. Sie lehnten die Große Proletarische Kulturrevolution ab, stellten ihre gerechten Ergebnisse in Frage und machten ihr die Rechnung auf. Ihre Aktivitäten, die darauf abzielten, die gerechten Ergebnisse in Frage zu stellen, wurden nach einer klar umrissenenen Theorie, nach einem klar umrissenen Programm und auf organisierte Weise betrieben. Sie richteten ihren Angriff gegen unseren großen Führer, den Vorsitzenden Mao Tsetung, gegen seine revolutionäre Linie und gegen die breiten revolutionären Massen. Diesen Wind nicht abzuwehren, würde das nicht bedeuten, daß man das Wuchern des Revisionismus und der Restauration des Kapitalismus zulassen würde?

Die große revolutionäre Debatte, die an der Tsinhua-Universität beginnt, hat einen direkten Gegenangriff gegen diesen Wind der rechten Abweichung eingeleitet und, da sie den Willen der vielen Nationalitäten unseres Volkes zum Ausdruck bringt, ist sie vom Volk warm begrüßt worden und hat seine Unterstützung gefunden. Die breiten Massen und die revolutionären Kader studieren besonders sorgfältig die Erfahrung der Tsinhua-Universität. Unter Führung der Partei kritisieren sie das Programm, das darin besteht, „die drei Direktiven zum Dreh- und Angelpunkt zu nehmen“.* So treiben sie die Verantwortlichen der Partei, die den kapitalistischen Weg eingeschlagen haben und den Wind der rechten Abweichung in Gang gebracht haben, in die vollständige Isolierung.

Die Tatsachen beweisen, daß die Arbeiter, Bauern und Soldaten, die Kader und die revolutionären Intellektuellen, das sind die breiten Volksmassen, die über 95 Prozent der Bevölkerung ausmachen, die Revolution wollen und den Sozialismus unterstützen. Sie wollen nicht durch hochgestellte Persönlichkeiten, die den Revisionismus praktizieren, unterworfen werden. Dem sozialistischen Weg zu folgen ist ihr tiefstes Streben. Die Große Proletarische Kulturrevolution entspricht ihren grundlegenden Interessen. Sie wollen sie festigen und ihre Eroberungen entwickeln. Sie wollen das bürgerliche Recht einschränken und die sozialistische Revolution voranbringen. Die Volksmassen werden es niemals hinnehmen, daß der Revisionismus praktiziert wird und die Ergebnisse der Großen Proletarischen Kulturrevolution in Frage gestellt werden.

Kürzlich hat der Vorsitzende Mao unterstrichen:

„Jetzt sind sie also unter das Feuer der sozialistischen Revolution geraten. Während der Kampagne zur Entwicklung des Genossenschaftswesens hat es in der Partei Leute gegeben, die sich dieser Kampagne widersetzt haben. Und die Kritik am bürgerlichen Recht hat sie hochgeschreckt. Man führt die sozialistische Revolution und weiß nicht einmal, wo die Bourgeoisie sitzt; aber sie sitzt mitten in der Kommunistischen Partei. Es sind die Verantwortlichen, die den kapitalistischen Weg eingeschlagen haben. Sie haben nicht aufgehört auf diesem Weg weiterzugehen.“

In dieser sehr klarsichtigen marxistisch-leninistischen Analyse faßt der Vorsitzende Mao die historische Erfahrung in der sozialistischen Revolution zusammen, die seit etwas mehr als 20 Jahren bei uns durchgeführt wird, verteidigt und entwickelt er den Marxismus-Leninismus. Diese Analyse ist für uns eine mächtige ideologische Waffe, um den Revisionismus zu bekämpfen und zu verhindern und für die Fortsetzung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats zu gewährleisten.

Vorsitzender Mao präzisiert damit, daß während der sozialistischen Revolution die Verantwortlichen, die den kapitalistischen Weg beschreiten, eine Bourgeoisie darstellen mitten in der Partei.

Bei jedem Schritt vorwärts, den die Partei gemacht hat seit der Bewegung für das Genossenschaftswesen bis zur Kritik am bürgerlichen Recht, ist sie auf den Widerstand dieser Bourgeoisie gestoßen. Wie in der sozialistischen Gesellschaft noch Klassen vorhanden sind, Klassengegensätze und Klassenkampf, so gibt es den Boden und die Bedingungen, die den Kapitalismus und Bourgeoisie hervorbringen. Verantwortliche, die den kapitalistischen Weg einschlagen, und neue Repräsentanten der Bourgeoisie werden immer wieder mitten in der Partei auftauchen. Die Erscheinung wird lange vorhanden sein. „Die Verantwortlichen, die den kapitalistischen Weg eingeschlagen haben, werden diesem Weg auch weiterhin folgen.“ Hinter dem Wind der rechten Abweichung steckt jener Verantwortliche, der den kapitalistischen Weg eingeschlagen hat, vor der Großen Proletarischen Kulturrevolution kritisiert worden ist, es aber ablehnt, sich zu ändern. Mit den Lippen hat er geschworen, „niemals die Errungenschaften in Frage zu stellen“. Als er aber einmal auf seinen Arbeitsposten zurückgekehrt war, hat er sein Versprechen gebrochen und den kapitalistischen Weg fortgesetzt. Leute wie er sind niemals Marxisten gewesen, sondern bürgerliche Demokraten, deren Denken noch zum heutigen Tag, wie der Vorsitzende Mao ausgeführt hat, das gleiche ist wie in der Periode der demokratischen Revolution. Genau wie Sung Djiang in dem Roman „Geschichten vom Liangschan-Moor“ in den Reihen der aufständischen Bauern die Klasse der Grundbesitzer repräsentiert, so repräsentieren die Verantwortlichen, die den kapitalistischen Weg eingeschlagen haben und nur dem Namen nach „Mitglieder der Kommunistischen Partei“ sind, tatsächlich die alte und neue Bourgeoisie sowohl innerhalb als außerhalb der Partei. Wir müssen gut behalten: Während der ganzen historischen Periode des Sozialismus bleibt der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie der Hauptwiderspruch und bleibt der Revisionismus die Hauptgefahr. Die Revolution richtet sich gegen die Bourgeoisie, vor allem gegen die Verantwortlichen der Partei, die den kapitalistischen Weg eingeschlagen haben.

In dem Kampf, den der Vorsitzende Mao persönlich eingeleitet hat und führt, um den Wind der rechten Abweichung zu vertreiben, stehen die Zukunft und das Schicksal unserer Partei und unseres Landes auf dem Spiel. In der Geschichte gibt es nach jeder wichtigen sozialen Umwälzung Leute, die wie Konfuzius sich in den Vordergrund drängten, um die gerechten Ergebnisse in Frage zu stellen und an der Restauration zu arbeiten. Und in einer so großartigen Revolution wie der Großen Proletarischen Kulturrevolution ist es ganz unvermeidlich, daß solche Leute auftauchen. Der gegenwärtige Kampf zwischen denen, die die gerechten Ergebnisse in Frage stellen wollen, und denen, die sich dagegen wehren, zwischen denen, die für die Restauration sind, und denen, die dagegen sind, ist die Fortsetzung und Vertiefung des Kampfes zwischen der revolutionären proletarischen Linie des Vorsitzenden Mao und der revisionistischen konterrevolutionären Linie Liu Schao-tschis und Lin Biaos, die Fortsetzung und Vertiefung der Großen Proletarischen Kulturrevolution. Solche Kämpfe werden noch lange andauern. Darüber müssen wir uns ein klares Bewußtsein bewahren.

Der Kampf gegen den Wind der rechten Abweichung entwickelt sich unter der Führung der Parteikomitees der verschiedenen Ebenen. Man braucht keine Märsche zu unternehmen, um Verbindungen herzustellen, noch braucht man Kampfgruppen aufzustellen. Man muß nachhaltig die Theorie der Diktatur des Proletariats studieren, die Thesen über die Klassen, die Klassenwidersprüche und den Klassenkampf, die Vorsitzender Mao seit der zweiten Vollversammlung des auf dem VII. Parteitag gewählten Zentralkomitees formuliert hat. Man muß die wichtigen Direktiven studieren, die zur Großen Proletarischen Kulturrevolution und zum Kampf gegen den Wind der rechten Abweichung geführt haben, um das Wesen, den Gegner, die Aufgabe und das Ziel der sozialistischen Revolution genau zu erkennen. Die führenden Kader sollen die Bewegung leiten und ein Vorbild sein beim Studium, bei der Entlarvung, in der Kritik und beim Gegenangriff auf den Wind der rechten Abweichung. Man muß Vertrauen in die Massen haben, sich auf die Massen stützen und sie ohne Vorbehalt mobilisieren. Man muß die allgemeine Orientierung des Kampfes ohne Schwanken beibehalten und sich zusammenschließen, um das Feuer der Kritik auf die revisionistische Linie zu konzentrieren, die jener Verantwortliche vorangetrieben hat, der den kapitalistischen Weg eingeschlagen hat und es ablehnt, sich zu ändern. Die breiten Massen und die revolutionären Kader müssen die Lehren des Vorsitzenden Mao gut behalten: „Die größtmögliche Zahl heranziehen und so das Ziel des Angriffs eingrenzen“, „Die Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit ziehen, um ihre Wiederholung zu vermeiden, und die Krankheit heilen, um den Menschen zu retten“. Man muß der kleinen Zahl von führenden Kadern helfen, die die falsche Linie angewandt haben, damit sie ihre Position berichtigen. Man muß sie aufnehmen, wenn sie ihre Irrtümer korrigieren. Man muß ohne Schwanken an dem Prinzip festhalten: „Die Revolution machen und die Produktion fördern, unsere Arbeit verbessern und uns aktiv auf den Kriegsfall vorbereiten“, damit wir unsere Arbeit auf allen Gebieten, auch der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, immer besser erfüllen. Wir müssen auf der Hut sein gegenüber den Klassenfeinden, die Unruhe stiften werden, und gegenüber denen, die versuchen werden, die Revolution zu torpedieren durch die Sabotage der Produktion. Mit dem Kampf gegen den Wind der rechten Abweichung fahren wir fort, Stabilität und Einheit zu ermutigen und die großartigen Errungenschaften der Großen Proletarischen Kulturrevolution und der Bewegung der Kritik an Lin Biao und Konfuzius zu entwickeln.

Führen wir unter Führung des Zentralkomitees der Partei mit Vorsitzendem Mao an der Spitze den Kampf gegen den Wind der rechten Abweichung, der die gerechten Ergebnisse in Frage stellen will, bis zum Ende und nehmen wir den Klassenkampf als Dreh- und Angelpunkt!

* In einem Artikel „China beginnt einen Kampf gegen den Revisionismus“ in „hsinhua“ vom 11. März finden wir folgende Erläuterung:

„Das Programm der revisionistischen Linie besteht darin, ‚die drei Direktiven als Dreh- und Angelpunkt nehmen‘.

Dieses reaktionäre Programm wurde im letzten Sommer lanciert. Der Verantwortliche der Partei, der den kapitalistischen Weg geht und es hartnäckig ablehnt, sich zu ändern, der sich der roten Fahne widersetzt, indem er die rote Fahne schwingt, der den Eklektizismus vertritt, ändert mit verborgenen Absichten die Direktiven des Vorsitzenden Mao: Er hat die Direktiven zum Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats, um den Revisionismus zu bekämpfen und zu verhindern, und die Direktiven über die Stabilität und Einheit wie über die Entwicklung der nationalen Wirtschaft auf die gleiche Ebene gehoben. Er hat sie ‚den allgemeinen Dreh- und Angelpunkt unserer Arbeit in allen Bereichen‘ genannt. Das bedeutet den Leitfaden und die Maschen durcheinanderbringen und die einen an die Stelle des anderen setzen, um die grundlegende Linie der Partei zu leugnen und die Direktive, die Vorsitzender Mao mehrmals formuliert hat: Im Verlauf der sozialistischen Periode muß die Arbeit in allen Bereichen den Klassenkampf als Dreh- und Angelpunkt nehmen. Vorsitzender Mao hat kürzlich darauf hingewiesen: ‚Was heißt das, ‚die drei Direktiven zum Dreh- und Angelpunkt nehmen‘! Stabilität und Einheit wollen nicht sagen, daß der Klassenkampf unterdrückt werden soll; der Klassenkampf ist der Dreh- und Angelpunkt, von dem alles andere abhängt.‘ “

„Wir bleiben!"

Widerstand gegen die Vernichtung einer Arbeitersiedlung in Hamburg- Finkenwerder

Am 20. Januar hat der Hamburger Senat beschlossen, alle bewohnten Vordeichgebiete (dort wohnen etwa 10 000 Menschen) zu räumen. Begründung: Die dort wohnende Bevölkerung könne anders nicht vor Hochwasser geschützt werden. Eines der betroffenen Wohngebiete ist die Rüschsiedlung, ein Arbeiterviertel in Finkenwerder. 250 Familien wohnen hier in kleinen Häusern mit Garten. Ursprünglich waren dies Behelfsheime, die von den Arbeitern der Deutschen Werft für ausgebombte Kollegen direkt neben der Werft auf der Rüschhalbinsel gebaut wurden. Heute werden die Häuser von der „Neuen Heimat" verwaltet.

Nicht Schutz vor Naturgewalt, sondern Durchsetzung von Kapitalinteressen

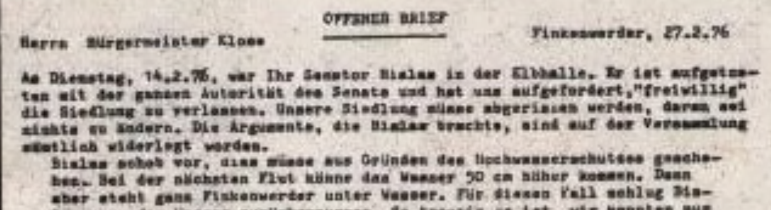
Spätestens seit 1973 ist bekannt, daß das Gelände der Rüschhalbinsel für Industrie- bzw. Hafenbetriebe vorgesehen ist. Um den Warenexport des westdeutschen Kapitals zu verbilligen, betreibt der Hamburger Senat schon seit geraumer Zeit den raschen Ausbau des Hafens und des Hafenindustriegebiets. Schulden in Milliardenhöhe hat er dafür bei den Banken gemacht und mit einschneidenden „Sparmaßnahmen" dem Volk die Rechnung präsentiert. Wegen der verschärften Konkurrenz auf dem Weltmarkt ist gerade jetzt eine gesteigerte Umschlagskraft des Hafens und die Verbilligung des Warenexports für das Kapitals von großer Bedeutung. Der 1. Bürgermeister Klose hat dies erst jüngst in einer Rede betont und weitere einschneidende Maßnahmen im Bildungsbereich angekündigt.

Für die Arbeiterfamilien in der Rüschsiedlung hat die Erweiterung des Hafenindustriegebietes besonders drastische Auswirkungen: Vernichtung ihrer Wohnungen, in die sie häufig Zehntausende von Mark und viel Arbeit hineingesteckt haben. Daß dies wegen der Sturmflutgefahr geschehen soll, ist eine durchsichtige Lüge des Senats. Das Gelände müßte bloß eingedeicht werden. Mit Sicherheit wird es auch vor Hochwasser geschützt werden für die Betriebe. Die benachbarte Flugzeugwerft von MBB wird z.B. aus Steuergeldern eingedeicht. Senat und Bürgerschaft schützen nichts anderes als die Interessen der Kapitalisten. Oft entsprechen diese auch direkt den privaten Interessen der Herren Abgeordneten. In der letzten Bürgerschaft waren z.B. 49 von 120 Abgeordneten selber an Unternehmen und Banken beteiligt oder als Führungskräfte dort tätig. Davon acht im „sozialen Wohnungsbau", was insofern von Interesse ist, als die „Neue Heimat", welche die Rüschsiedlung verwaltet, zusammen mit vier Banken an der „Gesellschaft für Industrieansiedlung m.b.H." beteiligt ist und darüber sich von der Räumung der Rüschsiedlung Profite verspricht.

Der Widerstand wird aufgebaut

Die Bewohner der Siedlung erfahren aus der Zeitung von den Absichten des Senats. Sofort bildet sich eine Initiative und berät, was zu tun ist. Die Siedlung muß bleiben und eingedeicht werden. Das ist der Standpunkt. Die heutigen „Sozialmieten" wollen und können wir nicht zahlen. Ohnehin ist es heutzutage schwer, die Familie durchzubringen. Außerdem: Die Wohnghettos, die man uns anbieten wird, sind menschenunwürdig. In der Siedlung dagegen haben wir uns durch eigene Arbeit eine Umgebung geschaffen, in der man sich noch einigermaßen wohlfühlen kann und in der die Kinder nicht ständig Verbotstafeln vor sich haben. Der Staat hat kein Recht, Werte zu vernichten, die von den Arbeitern geschaffen wurden. Einer sagt: „Die Reichen setzen ihr Geld als Machtmittel gegen die Arbeiter ein. Das ist doch eine Diktatur. Das lassen wir nicht zu!" Es wird beschlossen, eine Demonstration zu organisieren.

Eine Demonstration, das hat es in Finkenwerder noch nicht gegeben. Die örtliche SPD-Führung bekommt Wind davon und organisiert ebenfalls einen außergewöhnlichen Schritt: eine groß angekündigte öffentliche Sitzung des Ortsausschusses in der Aula der Norderschule. Sogar Bausenator Bialas wird eingeladen. Ziel ist, durch wortradikale Angriffe auf die Baubehörde die selbständige Bewegung zu orientieren auf einen Streit zwischen Ortsausschuß und Senat. Auf selbständige Aktion soll sie verzichten. Das Manöver klappt nicht. Schon vorher ist jeder empört über das Redeverbot fürs Volk, das zu den „parlamentarischen Spielregeln" gehört. Die Behördenvertreter, die anstelle von Bialas zur Versammlung gekommen sind, werden mehrfach in ihrer Rede unterbrochen. Die SPD-Fraktion ist grundsätzlich für die Vernichtung der Siedlung, aber nicht so überstürzt. Die CDU, die in Finkenwerder bei den letzten Bundestagswahlen gerade 27 Prozent der Stimmen bekommen hat, spricht sich aus Gründen der Wahlreklame für die Erhaltung der Siedlung aus, stellt aber noch nicht einmal einen Antrag auf Abstimmung. „Die wollen uns ganz schön verschaukeln", ist das Urteil



OFFENER BRIEF

Herrn Bürgermeister Klose

Finkenwerder, 27.2.76

Am Dienstag, 14.2.76, war Ihr Senator Bialas in der Elbhalle. Er ist aufgetreten mit der ganzen Autorität des Senats und hat uns aufgefordert, "freiwillig" die Siedlung zu verlassen. Unsere Siedlung müsse abgerissen werden, daran sei nichts zu ändern. Die Argumente, die Bialas brachte, sind auf der Versammlung sämtlich widerlegt worden.

Bialas schob vor, dies müsse aus Gründen des Hochwasserschutzes geschehen. Bei der nächsten Flut könne das Wasser 30 cm höher kommen. Dann aber steht ganz Finkenwerder unter Wasser. Für diesen Fall schlug Bialas vor, das Wasser zurückzupumpen. So traurig es ist, wir konnten nur lachen über dieses Argument.

Dann wurde angeführt, es müsse unbedingt Industrie auf der Rüschhalbinsel angesiedelt werden, um unsere Arbeitsplätze zu erhalten. Wir haben den Eindruck, daß dieses Argument jedesmal kommt, wenn den Arbeitern eins übergebraten werden soll. Wie kommt es denn, daß schon Abermillionen Steuergelder für Industrieansiedlung ausgegeben wurden und trotzdem die Arbeitslosigkeit gewachsen ist? Das liegt doch daran, daß in der Industrie immer stärker rationalisiert wird, um Lohngelder zu sparen. Nach dem Motto: "Einer schafft für zwei". Dagegen sich zu wehren ist Aufgabe der Gewerkschaften. Das Motto: "Einer schafft für zwei gilt besonders für neue Industrieanlagen, und da redet Ihr Senator von Arbeitsplatz"sicherung", und dafür müßten wir Opfer bringen. Das kommt uns doch sehr verdächtig vor.

Weiter wurde gesagt, die Räumung der Siedlung sei demokratisch beschlossen worden. Ist das demokratisch, wenn die Interessen einer Minderheit von Kapitaleignern rigoros durchgesetzt werden gegen den Willen der Bevölkerung? Welche Rechte werden uns eigentlich zugebilligt, außer daß wir alle vier Jahre wählen dürfen? Ihr Beschluß richtet sich ja nicht nur gegen die Bewohner der Rüschsiedlung, sondern gegen die Bewohner von ganz Finkenwerder.

Es ist Ihnen vielleicht bekannt, daß in Finkenwerder Wohnraum mehr als knapp ist. Teilweise leben drei Generationen auf kleinstem Raum zusammen. Andererseits werden pro Jahr nur 89 Wohnungen hinzu gebaut. Wir sind der Meinung, auf diese Wohnungen haben zuerst die unter beengten Verhältnissen lebenden Finkenwerderer Anspruch. Außerdem sehen wir nicht ein, daß bei 30 000 Wohnungssuchenden in Hamburg immer mehr preisgünstiger Wohnraum zerstört und ersetzt wird durch teure Wohnungen, die sich kaum noch jemand leisten kann.

Zudem ist man in Finkenwerder dagegen, immer mehr von Industrie eingekreist zu werden. Die Folge wird doch sein, daß z.B. LKWs, die gerade von unseren Straßen verbannt worden sind, wieder durch Finkenwerder fahren und dann zur noch schnelleren Zerstörung der Straße und der Häuser beitragen.

Wir fragen Sie, ob Sie ernstlich vorhaben, trotz aller Tatsachen, die gegen den Senatsbeschluß sprechen, uns gewaltsam zu vertreiben? Einer Ihrer Polizeibeamten hat dies ja schon angekündigt.

Meinen Sie, daß Sie es sich leisten können (vor allem im Wahljahr) ganz offen die Interessen einer reichen Minderheit gegen die Arbeiter, Angestellten und Rentner in Finkenwerder durchsetzen zu können?

Wir fordern Sie nochmals auf, Ihren Beschluß rückgängig zu machen und fordern:

- ERHALTUNG UND EINDEICHUNG DER RÜSCHSIEDLUNG!
- SOFORTIGER STOP DER ZERSTÖRUNG VON WOHNRAUM UND VERMITTLUNG LEERGEWORDENER HÄUSER AN WOHNUNGSSUCHENDE!

Wir erwarten Ihre Antwort bis zum 12.3.76.

Bürgerausschuß für die Erhaltung der Rüschsiedlung

(verantwortlich: Annemarie Weilert, Finkenwerder Landscheideweg [illegible] 35)

Der offene Brief an Bürgermeister Klose

über die Sitzung, „wir müssen jetzt erst recht demonstrieren".

140 demonstrieren am Sonnabend darauf von der Siedlung zum Marktplatz. „Die Industrie will unsere Siedlung einverleiben, doch wir haben beschlossen zu bleiben", ist eine der Parolen. Die Demonstration hat erreicht, daß der Kampf um die Rüschsiedlung im ganzen Süderelbe-Gebiet bekannt wird. Die Lokalpresse muß ausführlich berichten.

Der Kampf findet Unterstützung

In Finkenwerder findet der Kampf viel Beachtung. Schon mehrere Bewegungen hat es hier gegeben gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen im Gefolge der Industrialisierung rund um den Stadtteil. Viele haben erfahren, daß unter der Herrschaft der Kapitalistenklasse jeder Fortschritt der Industrie auf dem Rücken der Arbeiter erzielt wird. Mit den Hamburger Stahlwerken z.B. wurde ein Betrieb angesiedelt, in dem die Arbeiter nahezu schrankenlos ausgebeutet werden. Laufend werden Kollegen durch Arbeitslose ersetzt. Die gewerkschaftliche Bewegung im Betrieb wurde vorübergehend zerschlagen. Für die Bevölkerung im Stadtteil brachte HSW nichts als eine dicke Eisenoxidwolke.

Die Vernichtung von erhaltenswertem Wohnraum und seine Ersetzung durch teureren Wohnraum ist ein Verbrechen, das von der bürgerlichen Klasse systematisch betrieben wird und überall beobachtet werden kann. Manche Leute nennen diesen Vorgang „Verbesserung der Lebensqualität". Die Arbeiter hassen diese Art von „Verbesserung". Insbesondere, wenn sie wie in Finkenwerder mangels akzeptabler Wohnungen in viel zu kleinen Wohnungen leben müssen, die oft noch nicht eimal ein Kinderzimmer haben.

Aber auch außerhalb von Finkenwerder gibt es Unterstützung. Die Arbeiter aus der Rüschsiedlung haben am Arbeitsplatz viele Diskussionen mit ihren Kollegen geführt. Im Hafen zum Beispiel meinte ein Kollege: „Ihr habt recht in eurer Siedlung. Wir Arbeiter müssen uns grade machen."



Demonstration der Siedlungsbewohner

Bialas muß her

Ergebnis davon, daß der Widerstand bekannt geworden ist, war eine größere Geschlossenheit in der Siedlung, und es haben sich die Bedingungen verbessert, die bürgerlichen Politiker zu stellen. Als nächstes mußte Bausenator Bialas zur Rechenschaft gezogen werden, das war schon direkt nach der Demonstration auf dem Marktplatz beschlossen worden. Die Initiative lud ihn zu einer Versammlung ein und rief im ganzen Stadtteil mit Plakaten zu der Versammlung auf. Bialas sagte zu, er könne nur zu einem späteren Zeitpunkt kommen. Vielleicht wollte er auch testen, ob der Widerstand in der Siedlung nur ein Strohfeuer war, das durch die neue Taktik der „Neuen Heimat" schon gelöscht ist. Die „Neue Heimat" hatte sich inzwischen vorgenommen, keine Kündigungen abzuschicken (die wären garantiert zurückgeschickt worden), sondern einzelne Häuser, die schon verlassen sind, zu demolieren und damit die Bewegung in der Siedlung zu entmutigen.

Diese Rechnung ging nicht auf. Zu der Versammlung, die ohne Bialas durchgeführt wurde, kamen weitaus mehr als zur Demonstration. Die meisten Familien aus der Siedlung waren vertreten. In vielen Redebeiträgen wurde der Senat und die „Neue Heimat" angegriffen. Die bürgerlichen Politiker aus Finkenwerder kriegten kein Bein auf die Erde. Ein CDU-Mitglied wäre fast von der Versammlung rausgeschmissen worden, als er gegen die Resolution auftrat, die einheitlich verabschiedet wurde und in der die Linie für den weiteren Kampf festgelegt wurde: Erhaltung und Eindeichung der Siedlung! Stopp der Zerstörungsaktionen! Vermittlung freigewordener Wohnungen an Wohnungssuchende!

Ein vierzehnköpfiger Ausschuß wurde gewählt, der die notwendigen Schritte zur Durchsetzung dieser Forderungen organisieren soll. Der Senat ist gezwungen, das Thema Rüschsiedlung erneut zu behandeln. Noch am selben Abend ist Bialas auf einer weiteren Versammlung in Finkenwerder. Er steuert einen harten Kurs und verkündet, der Senat werde mit allen Mitteln die Demoralisierungstaktik der „Neuen Heimat" unterstützen. Dies sei notwendig im Interesse des Gemeinwohls und der demokratischen Spielregeln. Diese Drohung hatte nicht das vom Senat gewünschte Ergebnis. Unter Beifall wurde Bialas entgegnet, daß der Senat hier nicht die Interessen der Allgemeinheit vertritt, sondern die Interessen einer Minderheit von Fabrikbesitzern und Bankiers, und daß es genau das Gegenteil von demokratisch ist, wenn diese Interessen mit Gewalt gegen die Bevölkerung durchgesetzt werden.

Einschüchterungsversuch mißglückt

Viele sagten nach der Versammlung: „Jetzt wissen wir, wo wir dran sind. Das wird ein harter Kampf werden." Die Mehrheit der Bewohner bekräftigte per Unterschrift, daß sie bleiben und um die Siedlung kämpfen werden. Die Antwort des Ausschusses auf die Drohungen von Bialas war ein offener Brief an den 1. Bürgermeister Klose, in dem sich u.a. mit dem Argument auseinandergesetzt wurde, die Vernichtung der Siedlung diene der Erhaltung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen: „Wir haben den Eindruck, daß dieses Argument jedesmal kommt, wenn den Arbeitern eins übergebraten werden soll." Am Schluß des Briefes heißt es: „Wir fragen Sie, ob sie ernstlich vorhaben, trotz aller Tatsachen, die gegen den Senatsbeschluß sprechen, uns gewaltsam zu vertreiben? Einer Ihrer Polizeibeamten hat dies ja schon angekündigt. Meinen Sie, daß Sie es sich leisten können, vor allem im Wahljahr, ganz offen die Interessen einer reichen Minderheit gegen die Arbeiter, Angestellten und Rentner in Finkenwerder durchsetzen zu können?"

Daß die Bewohner der Rüschsiedlung keineswegs allein gegen den Senat stehen, dokumentieren die etwa 1 000 Unterschriften, die innerhalb kurzer Zeit in Finkenwerder gesammelt wurden.

Am letzten Wochenende haben die Bewohner der Rüschsiedlung im Stadtteil aufgerufen zu einem Tag der offenen Tür, um aufzuklären über die Lage in der Siedlung und um nachzuweisen, daß es sich hier um erhaltenswerten Wohnraum handelt. Über 50 Menschen haben diese Gelegenheit genutzt.

Abends fand ein Solidaritätsfest statt mit Tanz, Tombola und einem Lichtbildervortrag über die Wohnungsnot in Hamburg. Zirka 100 Besucher, vor allem Jugendliche aus dem Stadtteil, waren anwesend und haben insgesamt mehr als 500 DM für den weiteren Kampf gespendet. Viel Anklang fanden Plakate mit Fotos von Senatoren, die man bemalen und mit Texten versehen konnte.

Der Bürgerausschuß drängt jetzt darauf, eine klare Stellungnahme von Bürgermeister Klose zu bekommen, der auf den offenen Brief bisher nicht geantwortet hat. – (z., Stadtteilzelle Finkenwerder)